

zivilschutz magazin



Blick in die Geschichte

Historische Katastrophen im Spiegel der Zeit

In klaren Vollmondnächten klingt die Glocke über das Meer . . .

Heute: Der Untergang von Rungholt bei der Marcellus-Flut
im Jahre 1362

Zu allen Zeiten und bei allen Völkern haben große Katastrophen – zumal wenn sie in grauer Vorzeit liegen – die Phantasie der Menschen beflügelt; zu nennen wäre hier nur ein Stichwort: Atlantis. Dieses sagenhafte versunkene Land lebt in vielen Erzählungen seit Jahrhunderten, Sensationsschreiber und ernsthafte Forscher haben Theorien aufgestellt, Landkarten gezeichnet, Dichter und Schriftsteller das vermeintliche Schicksal Atlantis' ausgeschmückt, in der Neuzeit wurden Filme gedreht . . . doch das Schicksal dieser Insel, von der schon der griechische Philosoph Platon eine Schilderung hinterließ, liegt nach wie vor im Dunkeln, ja selbst die Lage bleibt ein Geheimnis – vorausgesetzt, sie hat je existiert!

Auf sicherem Boden bewegt man sich heute, wenn man den Spuren nachgeht, die in jüngerer Zeit gefunden wurden und beweisen, daß einige deutsche Sagen einen zumindest realen Kern haben, wenn auch in der Überlieferung vieles „goldener“ wurde als es vor Jahrhunderten, Jahrtausenden in der Wirklichkeit war.

Die großen Sturmfluten des Mittelalters haben die deutschen Küsten der Nord- und Ostsee immer wieder verändert; Städte und ganze Landstriche versanken im Meer, etwa die sagenhaften Orte Rungholt in Schleswig-Holstein oder Vineta auf der Ostseeinsel Wollin. Von beiden Sagenstädten hieß es, sie seien unermeßlich reich gewesen, stolze Bürger hätten einen weitreichenden Handel getrieben. Doch die Wirklichkeit sah ganz anders aus . . .

Detlev von Liliencron (1844–1909), in Kiel geboren, setzte Rungholt, dessen wahrer Standort um die Jahrhundertwende noch nicht bekannt war, von dem die Sage aber berichtete, in klaren Vollmondnächten könne man die Glocke der versunkenen Stadt deutlich über das Meer klingen hören, ein märchenhaftes Denkmal:

Heut bin ich über Rungholt gefahren,
Die Stadt ging unter vor fünfhundert
Jahren.

Noch schlagen die Wellen da wild und
empört

Wie damals, als sie die Marschen zerstört.
Die Maschine des Dampfers schütterte,
stöhnte,

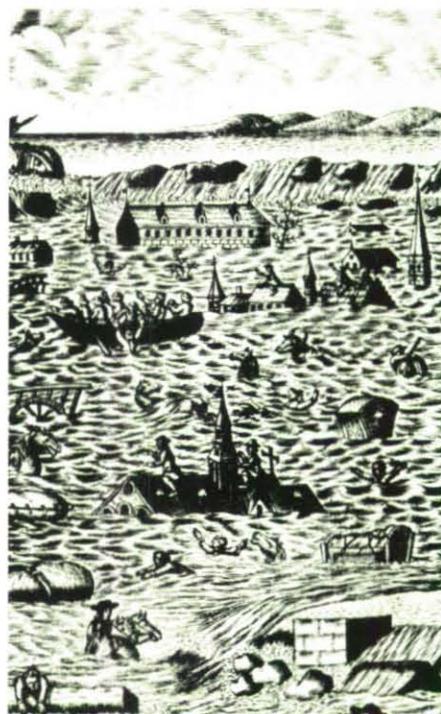
Aus den Wassern rief es unheimlich und
höhnte:

Trutz, Blanke Hans . . .

Rungholt ist reich und wird immer reicher,
Kein Korn mehr faßt selbst der größte
Speicher.

Wie zur Blütezeit im alten Rom
Staut hier täglich der Menschenstrom.

Die Sänften tragen Syrer und Mohren,
Mit Goldblech und Flitter in Nasen und
Ohren . . .



Liliencron zieht die Parallele zu Rom – heute weiß man, daß Rungholts Untergang durch die berühmte Marcellus-Flut des Jahres 1362 verursacht wurde. Doch versank damals nicht – wie seit vielen hundert Jahren überliefert – eine strahlende, geschäftige Handelsmetropole, sondern ein kleines Küstenstädtchen mit etwa tausend Einwohnern, die weder unermeßlich reich noch übermäßig hochmütig waren und etwa deshalb, so die Sage und auch die Ballade Liliencrons, wegen ihrer Gier nach Geld bestraft wurden.

Der Sage auf den wahren Kern ging ein Forscher namens Busch, der intensive historische Studien trieb, bis er auf einer alten Landkarte von Nordfriesland den Namen „Rungholt“ entdeckte. Diese Karte aus dem Jahre 1651 beruhte auf alten Unterlagen aus der Zeit um die Mitte des 13. Jahrhunderts. Busch wurde so zum Entdecker Rungholts, als man an der angegebenen Stelle bei Niedrigwasser Umriss einer Siedlung fand – das war im Jahre 1921.

Die Wissenschaftler fanden in den Überresten der Stadt nur einige wenige und sehr schlichte Funde, nämlich Hausgerätschaften, Krüge und Waffen, die weder besonders prächtig noch aus purem Gold waren. Die phantastischen Schätze existierten also nur in der Phantasie, in der Sage, die Generationen um den Untergang des mittelalterlichen Städtchens auf der nordfriesischen Insel Nordstrand gewoben haben. Übrig bleibt die große Katastrophe, von der wir uns heute nur schwer eine Vorstellung machen können.

Wir sind – soll man es bedauern oder die Forschungsergebnisse des 20. Jahrhunderts bewundern? – um eine schöne Sage ärmer. Wie hatte noch Detlev von Liliencron in dichterischer Freiheit schreiben können:

Auf allen Märkten, auf allen Gassen
Lärmende Leute, betrunkene Massen.
Sie zieht am Abend hinaus auf den Deich:
Wir trotzen dir, Blanker Hans, Nordsee-
teich! . . .

Die Wasser ebbten, die Vögel ruhen,
Der liebe Gott geht auf leisesten Schuhen.
Der Mond zieht am Himmel gelassen die
Bahn,
Belächelt der protzigen Rungholter
Wahn . . .

Ein einziger Schrei – die Stadt ist ver-
sunken

Und Hunderttausende sind ertrunken.
Wo gestern noch Lärm und lustiger Tisch,
Schwamm ändern Tags der stumme
Fisch. –

Heut bin ich über Rungholt gefahren,
Die Stadt ging unter vor fünfhundert
Jahren.

Trutz, Blanke Hans?

zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

Mai
5/83

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.



Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August als Doppelnummer.

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Dorothee Boeken
Günter Sers

Layout:

Paul Claes

Druck, Herstellung und Vertrieb

A. Bernecker
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement jährlich DM 33,60,
zzgl. Versandkosten

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 6,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

- „Die Bundesregierung wird den Verteidigungswillen – dazu gehört auch die zivile Verteidigung – in unserem Volke wachhalten . . .“ 8
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zur Friedens- und Sicherheitspolitik.
- „Pegel Köln: 9,96 Meter“ 9
Zweite Hochwasserwelle 1983.
- „Die große Schlacht gegen den Schlamm“ 10
Aufräumarbeiten an Rhein und Mosel.
- „Die Lage überall fest in Griff“ 14
Rheinland-Pfalz: Innenminister Böckmann würdigt die Leistungen der Helfer.
- „Eine offene und lebhafte Diskussion“ 17
Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann zu Gast beim THW-OV Würzburg.
- „Zivilschutz muß ein positives Reizwort werden“ 19
Parlamentarischer Staatssekretär Spranger: Bundesregierung wird den Entwurf eines neuen Zivilschutzgesetzes beim Bundestag einbringen.
- „Dem Bürger zeigen, was der Katastrophenschutz vermag“ 21
„Tag des Helfers im Katastrophenschutz“ in Nordrhein-Westfalen.
- „Die Nordatlantik-Pakt-Organisation“ 26
Entstehungsgeschichte, Strukturen und Organisation der NATO – Teil 4.
- „Funkamateure des THW sichern den Kontakt zu den Einsatzkräften“ 30
- „Äthiopien – hoffnungslos?“ 45
- „Nicht für jedes Wehwehchen muß die Solidargemeinschaft eintreten“ 47
- „Farbgebung und Kennzeichnung von Sanitätsfahrzeugen der JUH“ 49
- „MHD-Bundesversammlung appelliert an den Bundestag“ 51
- „Keine Unterstützung für den Weltverband der freiwilligen Feuerwehren“ 53
- „Neue Katastrophenschutz-Einheit am Bigge-Stausee in Dienst gestellt“ 57
- „Das Minimagazin“ U 3
In diesem Monat: Safety first im Brandschutzdienst.



Umschau

Betreuungszug übte „Lenkungsdienst“

Am 13. und 14. Mai 1983 führte der 2. Betreuungszug im Katastrophenschutz des Kreises Nordfriesland eine fernmeldeartig geführte Lenkungsdiensübung durch. Der Übung lag die Annahme zugrunde, daß im Zuge großräumiger Evakuierungen 1000 Personen im Raum Eiderstedt zu zwei Durchgangslagern gelenkt werden sollten. Da im Kreis Nordfriesland kein Betreuungszug aufgestellt ist, nahm Zugführerin Frau Bernhardt die Gelegenheit wahr, sich über den Ausbildungs- und Einsatzstand ihres Zuges zu informieren.

Folgender Übungszweck war festgelegt: Nach der erforderlichen taktischen Umgliederung des Zuges zur Anpassung an die Lage sollten die übenden Teileinheiten (zwei Erkundungstrupps, „Lenkung“ [mot], ein Zugtrupp, verstärkt durch eine Relaisfunkstelle und ein nur für den Übungsbereich aufgestellter Verpflichtungstrupp) den Meldeweg, die fachlichen Kenntnisse im Lenkungsdiensdienst, die Grundkenntnisse im ABC-Schutz aller Fachdienste und die einfache Sprechfunkbetriebsabwicklung üben.

Am Freitagabend wurde ein aus drei Helfern bestehendes Vorkommando per Alarmspruch zum nahegelegenen Dorf Tetenbüll beordert. In Kürze waren Führungszelt, Küchenbereich und Bereitstellungsräume für die Erkundungskraftwagen hergerichtet. Am nächsten Morgen ging man an die letzten Vorbereitungen, so daß mit Eintreffen des Führungsfahrzeugs die Leitstelle gegen Mittag einsatzbereit war. Um 13.00 Uhr wurden die Einsatzbefehle erteilt, und die einzelnen Trupps rückten nach Anmeldung bei der Funkstelle des Zugstrupps zu ihren Bezugskoordinaten ab.

Laufend folgten jetzt die Erkundungsergebnisse der Trupps, die auf die Großblattekarte aufgezeichnet wurden. Von der Übungsleitung wurden Einlagen eingespielt, die die Handhabung der ABC-Schutzmaske, des Meldevordrucks NBC 1, das Ersetzen eines „ausgefalle-

nen“ Truppführers und die Änderung einer Koordinate, die „falsch“ angegeben war, notwendig machten. Gegen 16.30 Uhr war das Übungsziel erreicht. „Übungsende“ wurde befohlen,

alle Trupps rückten zur Leitstelle ein. Einige wenige Mängel wurden bei der anschließenden Manöverkritik angesprochen, die es im Laufe der weiteren Ausbildung gilt abzustellen.

Kampfflugzeug stürzte auf Scheune

Bei einem Übungstiefflug ist am 10. Mai 1983 in Kirchberg, Ortsteil Hornberg (Kreis Schwäbisch Hall), ein amerikanisches Kampfflugzeug vom Typ „F16“ auf eine Scheune gestürzt. Bei dem Absturz kam der Pilot, ein Oberleutnant, ums Leben, das Flugzeug und die Scheune brannten total aus. Ein angren-

zendes altes Wohnhaus, das leer stand, wurde nahezu in Trümmer gelegt. Nach ersten Ermittlungen hatte der Pilot sich vermutlich in der Höhe verschätzt und mit den Tragflächen seiner Maschine zunächst das Feuerwehrgerätehaus von Hornberg gestreift, ehe die F16 abstürzte. (Foto: dpa)



Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen bekämpften mehr als 40000 Brände

Die Leistungsbilanz der öffentlichen Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen, das sind Berufs- und Freiwillige Feuerwehren, weist für das Jahr 1982 über 40000 Brandeinsätze, annähernd 80000 technische Hilfeleistungen und rund 950000 Einsätze im Notfallrettungsdienst und Krankentransport aus. Allein durch die Brände wurde ein geschätzter Schaden von rund 729 Millionen DM verursacht. Dies gab Innenminister Dr. Herbert Schnoor am 11. Mai 1983 in Düsseldorf bekannt. Im Vergleich zum Vorjahr sind damit sowohl eine Zunahme der Brände als auch eine Steigerung der Schadenssumme zu verzeichnen. Im Jahr 1981 waren die Feuerwehren bei rund 35000 Bränden im Einsatz, durch die ein Schaden von rund 660 Millionen DM verursacht worden ist.

Die Brände wurden klassifiziert in 35000 Kleinbrände (fast 86 Prozent aller Brände), 4300 Mittelbrände (10,5 Prozent) und 1500 Großbrände (3,7 Prozent). Insgesamt stieg die Zahl der Brände im Vergleich zum Jahre 1981 um rund 6000, während die Zahl der technischen Hilfeleistungen leicht um 1500 abgenommen hat.

Diese Angaben – so der Innenminister – belegen eindrucksvoll den hohen Leistungsstand der öffentlichen Feuerwehren des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Zahlen könnten aber nicht aufzeigen, in wie vielen gefährlichen Situationen nur der selbstlose Einsatz eines Feuerwehrmannes, seine Bereitschaft, freiwillig und uneigennützig dem Gemeinwohl zu dienen, größeren Schaden verhindert hat.

Der Minister erinnerte daran, daß die vielseitigen Hilfeleistungen von den öffentlichen Aufgabenträgern – Gemein-

den, Kreise und das Land – nicht allein erbracht werden könnten. Erst durch die Gemeinschaftsleistung, das Zusammenwirken mit den Organisationen, zu denen sich viele Bürger freiwillig zusammengeschlossen haben, um humanitäre Hilfe zu leisten, sei ein wirksamer Feuerschutz im Lande gewährleistet. Innenminister Dr. Herbert Schnoor dankte allen Feuerwehrmännern für ihre ständige Einsatzbereitschaft und für ihr Engagement im Dienste des Bürgers von Nordrhein-Westfalen.

In der Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen sind zu den Brandursachen wiederum einige interessante Zahlen enthalten: Bei 51,5 Prozent aller Brände konnte die Brandursache nicht festgestellt werden. Bauliche, betriebliche und maschinelle Mängel waren zu 5,4, schadhafte elektrische Anlagen oder Geräte zu 6, Selbstentzündung zu 2 und sonstige Feuer-, Licht- und Wärmequellen zu 8 Prozent Ursache aller Brände. Durch Fahrlässigkeit entstanden 5535 (= 13,6 Prozent) und durch Brandstiftung 5110 (= 12,5) Schadenfeuer. Davon wurden allein durch Kinder 1586 (= 3,9 Prozent) Brände verursacht.

Fast 30 Prozent aller Brände entstanden in Wohngebäuden, 8,8 in Gewerbe- und Industriebetrieben, 3 in landwirtschaftlichen Anwesen und 1,7 Prozent in Bürogebäuden und Versammlungsräumen. 9 Prozent waren Wald- und Wiesenbrände, 17 Brände an Fahrzeugen und 32,5 Prozent sonstige Brandstellen.

„Security '83“: Internationale Sicherheits-Fachmesse in Utrecht

Internationaler Treffpunkt von Angebot und Nachfrage auf dem Gebiet der Sicherungstechnik wird erneut die Internationale Sicherheits-Fachmesse „Security“ sein, die in diesem Jahr vom 10. bis 14. Oktober zum sechsten Mal in der holländischen Messestadt Utrecht stattfindet.

Daß der Sicherungsmarkt nach wie vor ein Wachstumsmarkt ist, zeigt auch das lebhafteste Interesse der in- und ausländischen Anbieter an dieser seit 1973 im jährlichen Wechsel zwischen Utrecht und Essen veranstalteten Fachmesse zum Thema „Innere Sicherheit“. Das breitgefächerte Produkt- und Dienstleistungsangebot der „Security“ umfaßt mechanische Sicherungstechnik, Kontroll- und Überwachungseinrichtungen, Überfall-, Einbruch- und Diebstahlmeldeinrichtungen, Brandmelde-, Rauch- und Gaswarneinrichtungen, Einzelgeräte der elektrischen Sicherungstechnik,

Transportschutzeinrichtungen, Spezialfahrzeuge, persönliche Ausrüstung, Dienst- und Schutzbekleidung, Katastrophenschutztechnik, Kriminaltechnik, Sicherung und Bewachung durch Dienstleistungen, Beratung, Ausbildung und Fachliteratur.

Informationen: Königlich Niederländische Messe, Postbox 8500, NL 3503 RM Utrecht.

Verstärkung des Katastrophenschutzes in Pforzheim und im Enzkreis

Neue Fahrzeuge für den Sanitäts- und Betreuungsdienst des Katastrophenschutzes stellten die Stadt Pforzheim und das Landratsamt Enzkreis der Öffentlichkeit vor. Im Rahmen der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Einrichtungen konnten Vertreter des DRK die Fahrzeugschlüssel aus den Händen der verantwortlichen Dezernenten der Katastrophenschutzbehörden übernehmen. Von den Einsatzmöglichkeiten des Betreuungsdienstes konnten sich die Bürger gleich überzeugen. Zur Freude aller wurde ein schmackhafter Erbseneintopf gereicht.



Unser Bild zeigt Regierungsrat Wiget, Landratsamt Enzkreis (links), und Bürgermeister Siegbert Frank, Stadt Pforzheim, mit den Einheitsführern des DRK bei der Schlüsselübergabe.

(Foto: Winterfeldt)

Bundesverdienstmedaille für Verdienste um den Behörden-selbstschutz

Mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland wurde Oberamtsmeister Friedrich Wulf im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW) ausgezeichnet. Der Staatssekretär im Bundesministerium, Paul Harro Piazzolo, überreichte die Auszeichnung.

Der Geehrte war seit über zwanzig Jah-

ren ehrenamtlich im Selbstschutz (Katastrophen- und später Behördenselbstschutz) tätig. Dabei hat er sich einer umfangreichen Fachausbildung unterzogen. Nach seiner Arbeitsaufnahme im BMBW hat sich Wulf sofort für eine Mitarbeit im Katastrophen- und Behördenselbstschutz zur Verfügung gestellt und wesentlich am Aufbau dieser Selbsthilfeeinrichtung mitgewirkt. Seit 1964 lag in seinen bewährten Händen die Verwaltung, Pflege und Wartung der Fachdienstausstattung des Behördenselbstschutzes des Ministeriums. Außerdem war er unermüdlich tätig, neue freiwillige Helfer für den Behördenselbstschutz zu gewinnen. Aufbau und Funktionsfähigkeit des Behördenselbstschutzes im BMFT/BMBW wären ohne die selbstlose Einsatzbereitschaft nicht denkbar gewesen.



Zu unserem Bild: Staatssekretär Piazzolo (links) überreicht dem mit Ablauf des 31. März 1983 in den Ruhestand gegangenen Oberamtsmeister Wulf die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

ADAC-Aktion „Schulweg-Training schützt“

„Mammi, hilf mir rüber!“ – Hilflös wie die fünfjährige Nadja auf diesem Foto sind alle Kinder im Straßenverkehr, wenn ihre Eltern sie nicht gründlich auf die Verkehrswirklichkeit vorbereiten. Eltern, deren Kinder dieses Jahr in die Schule kommen, sollten deswegen frühzeitig den sichersten Schulweg suchen und mit ihren Sprößlingen einüben. Beim ADAC gibt es dazu kostenlos das Faltblatt „Schulweg-Training schützt“, das Eltern die wichtigsten Übungen zeigt und ihnen wertvolle Trainings-Tips gibt, z. B.:

- Je eher, desto besser: Mit dem ersten Training kann (und sollte!) schon im 3. Lebensjahr begonnen werden.
- Üben Sie ohne Zeitdruck! Trainieren Sie zwischendurch, auf den alltäglichen Wegen, nie zu lange, lieber öfter.
- Auch bei Ablenkung sicher? Lassen



Sie bereits Gelerntes – also das richtige Verhalten – immer mehrfach wiederholen und probieren Sie, ob Ihr Kind sich auch dann richtig verhält, wenn Sie es ablenken.

- Lassen Sie sich ruhig mal „herab“: In der Hocke können Sie sich – „Angesicht zu Angesicht“ – mit Ihrem Kind am besten verständigen und sehen gleichzeitig einmal die Dinge aus der Kinderperspektive.

- Kinder haben den (gesunden) Drang zum „Selbermachen“: Darum erklären Sie nicht zu viel, beschreiben Sie, was Sie gleichzeitig deutlich vormachen, und lassen Sie Ihr Kind möglichst oft selbst aktiv werden!

- Sparen Sie nicht mit Lob und Anerkennung.

- Als zusätzlichen Service bietet der ADAC eine „Elterninformation“. Geschulte Fachleute kommen nach Vereinbarung z. B. in den Kindergarten, in die Schule, zum Elternabend (mit Filmen, Dias und umfangreichem Info-Material). Vorteil: Erfahrungsaustausch mit anderen Eltern, direkter Kontakt mit erfahrenen Moderatoren. Man kann diesen kostenlosen Service (im Einvernehmen mit Schulleitung, Elternbeirat usw.) mit der nächstgelegenen ADAC-Geschäftsstelle vereinbaren.

Giftige Wolke schwebte über Memmingen

Bei einem Brand in einer Seifenfabrik ist am 29. April 1983 in Memmingen eine giftige Chlorgaswolke frei geworden und über weite Teile der Allgäu-Stadt gezo-

gen. Bei dem Brand und durch die Giftwolke, die sich am späten Vormittag aufgelöst hatte, wurde offenbar niemand verletzt. In unmittelbarer Nähe der Fabrik mußten eine Oberschule für Mädchen evakuiert sowie vorübergehend mehrere Wohnhäuser geräumt und die Straßen von Polizei und Feuerwehr großräumig abgesperrt werden. Nach Polizeiangaben brach das Feuer durch Fahrlässigkeit eines Firmenangehörigen aus.

Rettung über eine 30 Meter hohe Felswand

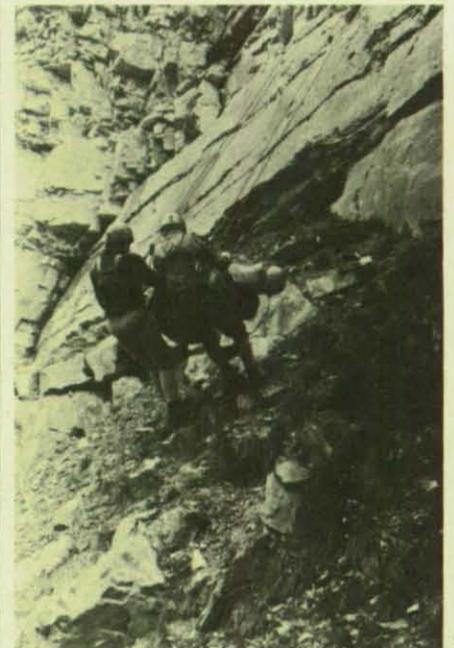
Das Deutsche Rote Kreuz, Ortsverein Simmern, das Technische Hilfswerk Rhein-Hunsrück und die Bergwacht, ebenfalls aus Simmern, hatten sich zu einem überörtlichen Rettungseinsatz in Rheinböllen zusammengefunden, um die Leistungsfähigkeit, die Einsatzbereitschaft und die Schnelligkeit bei einem „Ernstfall“ zu testen. Angenommen war ein Flugzeugabsturz in unwegsamem Gelände bei einem Steinbruch. Die Polizei alarmierte die Feuerwehren Rheinböllen und Simmern, die jedoch wegen eines Brandes bereits im Einsatz waren. Daraufhin wurden das Technische Hilfswerk, das Rote Kreuz und die Bergwacht alarmiert und zum Unglücksort, der nach Koordinaten angefahren werden mußte, beordert.

Der Alarmruf ging morgens um 8 Uhr ein; um 9 Uhr trafen ein geschlossener Zug des THW, 26 Helfer mit einem GKW, zwei MKW und einer Feldküche, die „Schnelle Einsatzgruppe“ des DRK Simmern mit 16 Helfern und die Bergwacht Hunsrück mit sieben Helfern und

einem Suchhund am Unfallort ein. Die Hilfsmannschaften fanden sieben Opfer, die die unterschiedlichsten „Verletzungen“ aufwiesen: Brandwunden, Schädelbasisbruch, Rippenfraktur . . .

Die „Schnelle Einsatzgruppe“ unter Bereitschaftsführer Richard Stabe sorgte sofort für Erste Hilfe und gab über Funk die genaue Lage der „Verletzten“ bekannt, damit sie anschließend von den Männern des THW geborgen und mit Tragen zum improvisierten Verbandplatz transportiert werden konnten. Dazu war es erforderlich, daß das THW eine Seilbahn über den reißenden Guldenbach baute, damit ein „Verletzter“ in der Bergungsmulde in zehn Metern Höhe über die Schlucht gezogen werden konnte.

Noch schwieriger war die Bergung einer „verletzten“ Person, die oberhalb des Steinbruchs lag und von den Bergwachtmännern über die etwa 30 Meter hohe, fast senkrechte Felswand in mühevoller Arbeit zu Tal gebracht werden mußte. Zuvor war ein Fangnetz über die Felswand hinabgelassen worden, um gegen abbröckelndes Gestein geschützt zu sein.



Gegen 12 Uhr konnte diese realistische Einsatzübung durch THW-Einsatzleiter Wilhelm Stöffen, die DRK-Bereitschaftsführer Richard Stabe und Heidi Kasten sowie den Einsatzleiter der Bergwacht Hunsrück, Dieter Köhn, abgeschlossen werden. Wolfgang König, THW, dankte bei der Manöverkritik allen Beteiligten für ihren Einsatz, der viel Positives gezeigt habe, der aber auch Schwachstellen aufwies, die in Zukunft zu verbessern sind. Richard Stabe und Dieter Köhn lobten den gemeinsamen Einsatz, der für eine Hilfe im Ernstfall von großer Bedeutung ist. Klaus Herrmann, der die

Jugendrotkreuzler als Opfer geschminkt hatte, bemängelte vor allem die teilweise schlechte Kommunikation der Retter untereinander, hier mußten für solche Einsätze unbedingt mehr Funksprengeräte vorhanden sein. Ansonsten war die Zusammenarbeit der drei Hilfsorganisationen als sehr gut zu bezeichnen.

Zu unserem Bild: Helfer der Bergwacht bringen einen Verletzten über die Steilwand sicher zu Tal. (Foto: Kopp)

NATO-Generalsekretär Luns: Sichtbare Stärke der zivilen Bereitschaft ist integraler Bestandteil der Abschreckungspolitik

Der Generalsekretär des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses, Joseph Luns, betonte in der Plenarsitzung des NATO-Oberausschusses für Zivile Verteidigungsplanung, wie wichtig die zivilen Planungen für die Verteidigungsbereitschaft des Bündnisses sind. Luns wies darauf hin: „Wenn es uns nicht gelingt, ein hohes Maß an ziviler Planung aufrechtzuerhalten, dann wäre das genauso gefährlich, wie wenn es uns nicht gelingen würde, unsere militärische Verteidigung auf dem angemessenen Stande aufrechtzuerhalten. Daher ist sichtbare Stärke der zivilen Bereitschaft ein integraler Bestandteil der Abschreckungspolitik der NATO.“

Kanadischer Starfighter stürzte bei Schaufliegen ab

Vor den Augen der rund 25000 Besucher des Frankfurter „Wäldchestages“, des alljährlich größten Volksfestes der Main-Metropole im Stadtrandgebiet, ist am Pfingstsonntag bei einer Flugvorführung ein kanadischer „Starfighter“ aus geringer Höhe abgestürzt. Während sich der Pilot mit dem Schleudersitz retten konnte, starben fünf Mitglieder einer Frankfurter Pfarrerfamilie, als ihr Personenwagen von Trümmerteilen der Maschine getroffen wurde. Weitere drei Menschen wurden schwer verletzt. An der Unfallstelle direkt neben dem Eingang des Frankfurter Waldstadions wurden auf einem Parkplatz etwa 50 Autos durch Wrackteile beschädigt, zwölf Pkw brannten total aus (unser Bild).

Das Flugzeug gehörte zu einer Formation von fünf Maschinen, die in 200 Metern Höhe über dem Flughafengelände einen sogenannten „Langsamflug“ de-

monstrierten. Eine 60köpfige Untersuchungskommission der kanadischen Streitkräfte barg zunächst die Flugzeug-

trümmer, um die Unglücksursache zu klären. Mit dem Ergebnis wird erst in einigen Wochen gerechnet. (Foto: dpa)



Sechs Soldaten starben auf Ausflugsfahrt

Ein tragisches Ende nahm der Omnibus-Ausflug von Angehörigen der britischen Luftwaffe: Die Soldaten waren am Morgen zu einer Schwarzwald-Rundfahrt aufgebrochen. In einer abschüssigen Kurve vor der Ortschaft Sasbachwalden im Ortenaukreis kam der Militärbus von der Fahrbahn ab, prallte gegen einen Baum und stürzte eine zehn Meter hohe Böschung hinunter in den Wald, wo er auf dem Dach liegen blieb.

Die Rettungsmannschaften mußten die eingeklemmten Passagiere aus den Trümmern des Busses befreien. Für sechs von ihnen, darunter der Fahrer

des Busses, kam jede Hilfe zu spät, 30 Soldaten trugen zum Teil schwere Verletzungen davon. Die Schwerverletzten wurden mit Hubschraubern in Krankenhäuser der Umgebung gebracht.

Nach Ermittlungen der zuständigen Staatsanwaltschaft war Bremsversagen die Ursache des Unglücks. Dafür spricht auch die Tatsache, daß an der Unglücksstelle keinerlei Bremsspuren gefunden wurden. Nach Zeugenaussagen hat ein Fahrgast noch versucht, dem Fahrer beim Herunterschalten des Getriebes zu helfen, was aber nicht mehr gelang.



Erdbeben vernichtete 26 Hektar Wald

Nach starken Niederschlägen geriet der „Albrauf“ bei Mössingen (Kreis Tübingen, Schwäbische Alb) auf einer Länge von mehr als 600 Metern ins Rutschen.



Dabei senkten sich Wege, metertiefe Gräben entstanden. Bei dem Erdbeben wurden rund 25 Hektar Wald im Werte von 1,5 Millionen DM vernichtet.

(Foto: dpa)

Chinesische Delegation informierte sich über den Luftrettungsdienst

Im Rahmen des Abkommens auf dem Gebiet des Gesundheitswesens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China hielt sich eine siebenköpfige Delegation des Chinesischen Gesundheitsministeriums vom 13. bis 15. April 1983 in Bayern auf. Das besondere Interesse der Regierungsvertreter galt dem Ausbau des Rettungswesens. In diesem Zusammenhang informierten sich die Gäste auch bei der RTH-Station „Christoph 1“ am Städtischen Krankenhaus München-Harlaching über den Luftrettungsdienst in der Bundesrepublik, ferner waren sie zu Besuch in der ADAC-Zentrale in München.

„Christoph 16“ flog in fünf Jahren 6300 Einsätze

Aus Anlaß des fünfjährigen Bestehens der RTH-Station Saarbrücken gab der Saarländische Innenminister Dr. Rainer Wicklmayr am 3. Mai 1983 einen Empfang. Die dabei vorgelegte Leistungsbilanz kann sich sehen lassen: 6300 Rettungsmissionen mit 3000 Flugstunden wurden seither durchgeführt. 1981 erreichte „Christoph 16“ mit 1452 Flügen die höchste Einsatzzahl im gesamten Luftrettungsdienst der Bundesrepublik. Dieses Ergebnis blieb bisher unübertroffen. Auch 1982 stand „Christoph 16“ wieder mit an der Spitze der Einsatzstatistik; seine 1239 Starts wurden nur von „Christoph 4“ (Hannover) übertroffen.

Der Vorsitzende des ADAC Saarland, Oberstaatsanwalt Dr. Huhn, erinnerte daran, daß bei der Indienststellung der RTH-Station am 14. April 1978 große Skepsis bestand, ob dieser Standort we-

gen seiner Grenzrandlage voll angenommen wird. Für den außergewöhnlichen Erfolg führte er vor allem zwei Gründe an: 1. die Leitstelle; sie ist der zentrale Meldekopf des Rettungsdienstes im Saarland und steuert mit modernster Technik sämtliche Einsatzmittel im gesamten Landesbereich. Vorteilhaft wirkt sich in diesem Zusammenhang auch aus, daß Leitstelle und RTH-Station sich unter dem gleichen Dach befinden. 2. die bewährte Teamarbeit von Innenministerium, Winterberg-Krankenhaus, Feuerwehr und ADAC, wobei Dr. Huhn in besonderer Weise das große Engagement der RTH-Ärzte hervorhob.

Die hohe Qualitätsnorm von „Christoph 16“ ist inzwischen zu einem unverzichtbaren Element in der Notfallmedizinischen Versorgung der Bevölkerung des Saarlands geworden.

Windhose wütete in Kiel

Starke Schäden richtete eine Windhose an, die über Pfingsten den Kieler Stadtteil Kronshagen heimsuchte. Der Sturm deckte Häuser ab und knickte Bäume um, Autos wurden bis zu hundert Meter

weit fortgerissen. Unser dpa-Foto zeigt die Verwüstungen auf einem Campingplatz; der Wohnwagen im Vordergrund wurde vom Sturm herumgewirbelt und blieb auf dem Dach liegen.



Ampeln lassen sich auf „Grün“ schalten

Einsatzfahrzeuge von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten sollen künftig die Ampeln selbst auf „Grün“ schalten – ein von der Björn-Steiger-Stiftung entwickeltes System soll es möglich machen. Wie ein Versuch der Universität Karlsruhe ergab, lassen sich dadurch die Gefahrenmomente bei Einsatzfahrten deutlich verringern. Wenn die Ampel mit einem entsprechenden Zusatzgerät ausgestattet ist, kann der Fahrer des Einsatzfahrzeuges per Impuls die Ampel schalten.

Zur Zeit wird das System in Berlin erprobt. Das Zivilschutz-Magazin wird das System in einer der nächsten Ausgaben vorstellen.

„Förderverein Luftrettung“ flog auf

In letzter Zeit mehren sich wieder einmal die Meldungen über unseriöse Geschäftemacher, die gutgläubigen Mitmenschen das gute Geld aus der Tasche locken wollen, indem sie für einen „Förderverein Luftrettung“ (so im Raume Siegen) oder ähnliche Vereine werben, die angeblich die Kosten für den Patiententransport per Hubschrauber übernehmen oder gar eigene Rettungshubschrauber unterhalten wollen.

So schrieb die „Westfälische Rundschau“: „Jeder Einsatz unseres Rettungshubschraubers, stellte der smarte junge Mann fest, kostet immerhin ganze 15000 Mark. Die Krankenkassen, müssen Sie wissen, steuern nur einen kleinen Betrag dazu – den Rest zahlt der Patient. Für Sie als zukünftiges Mitglied in unserem Verein wäre der Transport nach einer Erkrankung oder einem Unfall völlig kostenlos. Voller Überzeugungskraft setzten sich die drei jungen Leute beim Verkaufsgespräch in einer Siegener Gaststätte für ihren Auftraggeber ein . . .“

Der ADAC und der Leitende Hubschrauberarzt des in Siegen stationierten Hubschraubers „Christoph 25“ stellten öffentlich klar, daß ein „Förderverein Luftrettung“ ihnen nicht bekannt sei . . .

Die „Kölnische Rundschau“ berichtete kurze Zeit später aus dem Kreis Euskirchen: „Der Oberkreisdirektor weist darauf hin, daß der Flugrettungsring e. V. Mannheim seit Monaten verstärkt Mitglieder wirbt, unter anderem mit dem Hinweis, daß Rettungshubschrauber an-

geschafft würden. Damit soll offensichtlich auf den gemeinnützigen Zweck der Sache hingewiesen werden. Das vorläufige Gemeinnützigkeitsprädikat wurde dem Verein vom Finanzamt Mannheim aufgrund einer vorgelegten Satzung erteilt.

Bekannt wurde, daß offensichtlich auch Spenden angenommen werden. Die reine Mitgliederwerbung ist nicht zu beanstanden. Es sind jedoch Praktiken der Werber bekanntgeworden, die über die reine Mitgliederwerbung hinausgehen:

- Es werden abweichende Aufnahmeantragsformulare verwendet, nach denen der Geworbene nicht Mitglied, sondern nur Förderer des Flugrettungsringes e. V. wird.

- Es werden Beiträge neben/über die auf den Antragsformularen aufgedruckten Jahresmitgliedsbeiträge hinaus abgefordert.

- Es werden Aufnahmeantragsformulare ausgefüllt, die Unterschrift des Geworbenen aber nicht eingeholt und der empfangene ‚Jahresbeitrag‘ quittiert.

In derartigen Fällen liegt jeweils eine erlaubnispflichtige Haussammlung vor, die mangels Erlaubnis ein Einschreiten nach dem Sammlungsgesetz (Bußgeldverfahren) gegen den Verein ermöglicht. Die örtlichen Ordnungsämter und die Kreisordnungsbehörde sind für entsprechende Hinweise aus der Bevölkerung dankbar . . .“

DDR: „Veterinärmediziner aktiv im Friedenskampf“

„Es genügt nicht, den Frieden zu wollen, man muß auch täglich mit einer ehrlichen guten Arbeit und darüber hinaus etwas für ihn tun“, erklärte Genosse Volkmar Rödiger, Fachtierarzt in der Staatlichen Tierärztlichen Gemeinschaftspraxis Briesen, Kreis Fürstenwalde. Er arbeitet freiwillig in der Zivilverteidigung und ist Truppführer eines tierärztlichen Kontrolltrupps. Mit seinen Genossen ringt er um die Vervollkommnung der Fähigkeiten und Fertigkeiten bei der Beherrschung der Geräte zur radiologischen und chemischen Aufklärung. Die ausgezeichneten Ausbildungsergebnisse des Kollektivs widerspiegeln sich in der höchsten Einsatzstufe, die dem Trupp seit 1979 zugesprochen wurde.

„Unsere berufliche Aufgabe besteht in der Gesunderhaltung unserer Tierbestände, und wir betrachten es als unse-

ren Klassenauftrag, im Karl-Marx-Jahr unseren Beitrag zu leisten, daß hohe Fruchtbarkeit und Aufzuchtleistungen sowie die weitere Senkung der Tierverluste in allen landwirtschaftlichen Betrieben Selbstverständlichkeit werden“, betonte Genosse Rödiger. „Ebenso müssen wir angesichts der zunehmenden Bedrohung des Friedens durch die Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik des USA-Imperialismus und der NATO aber auch vorbereitet sein, unsere Tierbestände vor Wirkungen von Massenvernichtungsmitteln zu schützen. Es ist ja nicht unbekannt, daß in der Bundesrepublik Deutschland und anderen NATO-Ländern neben den Atomwaffen auch bakteriologische und chemische Waffen gelagert werden, mit denen man uns bedroht. Deshalb betrachten wir unsere Mitarbeit in der Zivilverteidigung als Dienst am Frieden und streben danach, unsere Einsatzbereitschaft weiter zu erhöhen.“

Intensiv bereiteten sich das Kollektiv des Genossen Rödiger sowie vier weitere Kontrolltrupps unseres Bezirkes auf die Teilnahme am III. Zentralen Leistungsvergleich der Kontrollkräfte der Zivilverteidigung aus dem Bereich der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR vor, der vom 6. bis 8. April 1983 in Gusow im Kreis Seelow stattfindet.

Bei diesem Leistungsvergleich, zu dem die besten tierärztlichen Kontrolltrupps aus allen Bezirken anreisen, geht es um die Bestenermittlung in der Ablegung der geforderten Normenprüfungen und der radiologischen und chemischen Kontrolle unter praxisnahen Bedingungen.

Genosse Rödiger vertritt mit seinem Kollektiv zum zweiten Mal den Bezirk Frankfurt (Oder) und mit den anderen Kontrolltrupps ist der beim II. Zentralen Leistungsvergleich 1981 in Kyritz errungene 4. Platz in der Bezirkswertung zu verteidigen.

„Wir werden uns bemühen, mit ganz vorn zu liegen“, sagte Genosse Rödiger, „und deshalb scheuen wir keine Anstrengungen, um nicht nur die Aufklärungsgeräte zu beherrschen, sondern auch unser physisches Leistungsvermögen zu erhöhen, denn all diese Aufgaben unter der Schutzausrüstung zu lösen, kostet Kraft und körperliche Ausdauer. Aber wir tun es gern, und so wie wir leisten viele Tausende Bürger unseres Bezirkes und unserer Republik freiwillig und bewußt ihren Beitrag in der Zivilverteidigung zum Schutz des Lebens und der Errungenschaften in unserem sozialistischen Vaterland.“

(„Neuer Tag“, Frankfurt/Oder, DDR)

„Die Bundesregierung wird den Verteidigungswillen – dazu gehört auch die zivile Verteidigung – in unserem Volke wachhalten . . .“

Die Bürger vom Sinn der Anstrengungen überzeugen –
Der Bundeskanzler zur Friedens- und Sicherheitspolitik

In seiner Regierungserklärung am 4. Mai 1983 vor dem Deutschen Bundestag hat Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl ausführlich zu dem Themenkomplex „Frieden, Freiheit, Sicherheit“ Stellung genommen und dabei auch die zivile Verteidigung erwähnt. Der Bundeskanzler dazu wörtlich: „Die Bundesregierung wird den Verteidigungswillen – dazu gehört auch die zivile Verteidigung – in unserem Volk wachhalten und die Bürger vom Sinn unserer Anstrengungen überzeugen.“

Der Bundeskanzler erklärte u. a.: „Deutsche Außenpolitik heißt vor allem: Bewahrung der Freiheit und Festigung des Friedens in Europa und in der Welt. Für uns ist aktive Friedenspolitik eine politische Notwendigkeit und eine sittliche Pflicht.“

Wir sind ein weltoffenes Land und wir wollen es bleiben. Wir wollen gute Nachbarn in Europa sein. Wir brauchen Partner und Freunde in der Welt. Wir haben sie. Wir wollen die Freundschaft erhalten.

Wir können dies, weil unsere Politik zuverlässig, vertragstreu und berechenbar ist. Unsere Freunde können sich auf uns verlassen.

Die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen und die Europäische Menschenrechtskonvention bestimmen unsere Politik. Als freier Teil eines geteilten Volkes bleiben wir verpflichtet, für die Menschenrechte aller Deutschen einzutreten.

Die Schlußakte von Helsinki verpflichtet alle, die sie unterschrieben haben. Gewaltverzicht ist und bleibt Kernstück unserer Friedenspolitik. Das Gewaltverbot in der Charta der Vereinten Nationen gilt für alle und überall.

Wir leben an der Trennungslinie zwischen Ost und West. Das legt uns besondere Lasten für unsere Sicherheit auf, zwingt uns in besonderem Maße zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Gesellschaftssystem, verpflichtet uns aber auch zur Verständigung.

In unserer Lage ist es wichtig, daß das Bild von unserem Lande, von unserem Volke, von unserer Geschichte, und zwar das zutreffende Bild, auch im Ausland lebendig ist.

Wir brauchen die Sympathie und das Wohlwollen anderer Völker . . .

Fundamente unserer Außenpolitik bleiben das Atlantische Bündnis und die Europäische Gemeinschaft. Die Entscheidung für das Atlantische Bündnis, für die Partnerschaft mit den USA und Kanada wird uns auch in Zukunft Frieden und Freiheit sichern. Ich stehe dafür, daß der Weg, den CDU/CSU und F.D.P. unter Konrad Adenauer eingeschlagen haben, nicht verlassen wird.

Wir sind keine Wanderer zwischen Ost und West.

Wer von ganzem Herzen für den Frieden eintritt, wer Freiheit und Menschenwürde als höchstes Gut betrachtet, wer unsere nationalen Interessen auf Dauer gesichert sehen will, der muß das westliche Bündnis stark und gesund erhalten. Die Atlantische Allianz sichert den Frieden in Europa, und sie ist ein wesentlicher Faktor der Stabilität für die ganze Welt.

Kernstück der Allianz bleibt die fest verwurzelte Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika . . .

Die Grundlagen dieser Freundschaft sind seit Oktober 1982 für jedermann sichtbar erneut gefestigt. Das Vertrauen ist erneuert.

In den Konsultationen mit unseren Verbündeten bringen wir unsere Sicherheits- und Verteidigungsinteressen voll zur Geltung. Wir werden die politische und militärische Zusammenarbeit im Bündnis weiter stärken, aktiv mitgestalten und mitverantworten.

Jeder weiß, daß unsere vitalen Interessen über den NATO-Vertragsbereich hinausreichen. Krisenhafte Entwicklungen in anderen Teilen der Welt wirken sich auch auf uns aus. Deshalb brauchen und üben wir Solidarität und enge Abstimmung mit den Verbündeten, die weltweit Verantwortung übernommen haben.

Unser Gewicht im Bündnis wird maßgeblich von unserem Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung bestimmt. Daher wird die Bundesregierung der Bundeswehr die notwendige Unterstützung und die notwen-

gen Mittel geben, damit sie ihren Auftrag der Friedenssicherung erfüllen kann.

Die Bundesregierung wird den Verteidigungswillen – dazu gehört auch die zivile Verteidigung – in unserem Volk wachhalten und die Bürger vom Sinn unserer Anstrengungen überzeugen.

Für die nächste Zeit stellen sich vor allem drei Aufgaben im Bereich der Verteidigungspolitik:

Erstens: Wir werden die personellen Probleme der Bundeswehr lösen, damit sie trotz schwächer werdender Jahrgänge ungeschmälert einsatzfähig bleibt.

Es ist mein fester Wille, hier mehr Wehrgerechtigkeit zu schaffen. Es geht nicht an, daß mehr als ein Drittel unserer Jungmänner-Generation im wehrfähigen Alter weder Wehr- noch Zivildienst leistet.

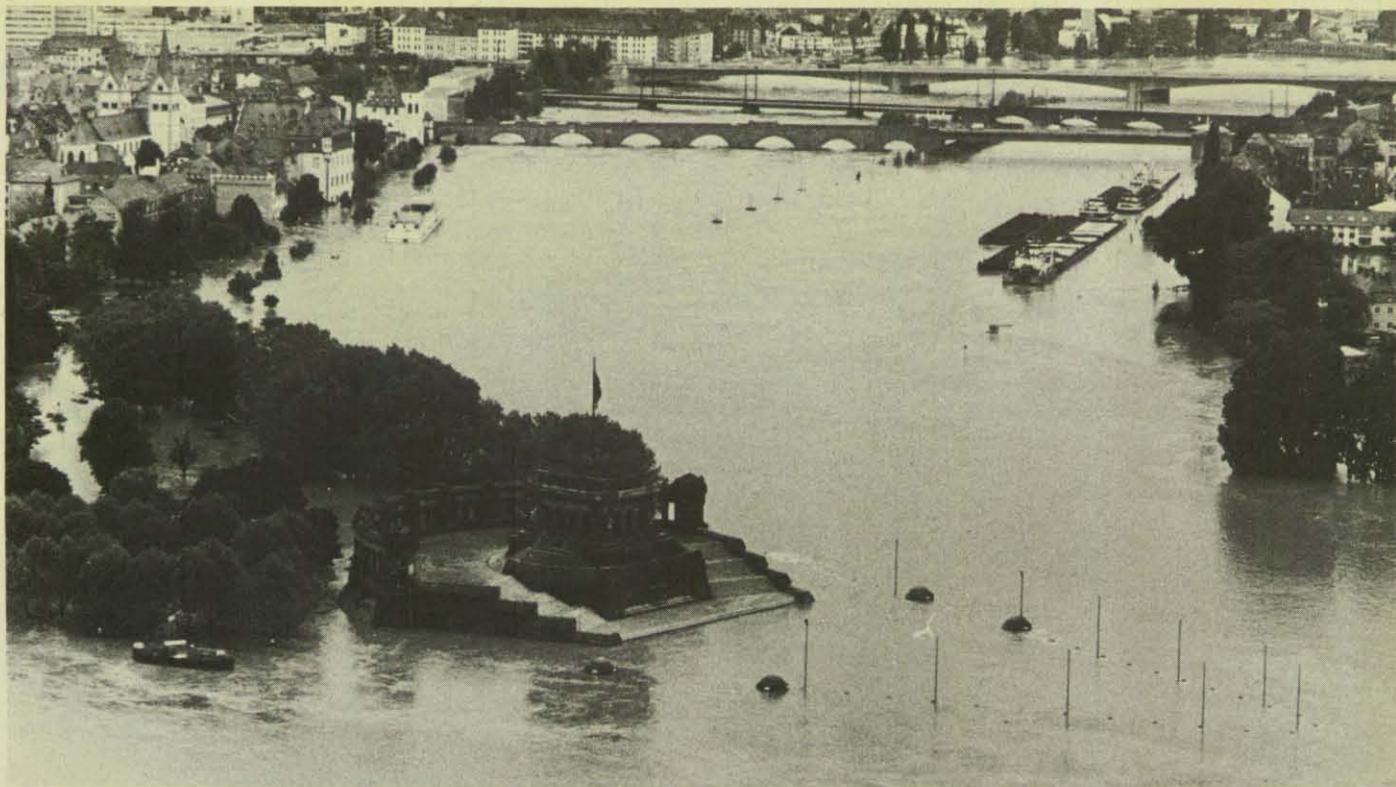
Zweitens: Alle reden vom Frieden – unsere Soldaten sichern ihn. Ihr Dienst ist Friedensdienst. Wir wollen das auch in unseren Schulen sagen. Wir wollen keine Wehrerziehung, aber wir brauchen eine realistische Darstellung der Notwendigkeit unserer Sicherheitspolitik und unserer Verteidigungsbereitschaft auch in unseren Schulen.

Drittens: Nur eine umfassende Abrüstung könnte militärische Mittel zur Friedenssicherung entbehrlich machen. Solange dies nicht geschieht, bleibt die Bündiskonzeption von Abschreckung und Verteidigung auf der Grundlage des Gleichgewichts unverzichtbar.

Wir können die Nuklearwaffen nicht über Nacht aus der Welt schaffen. Ein einseitiger Verzicht würde die auf uns gerichtete nukleare Bedrohung nicht mindern, sondern die Gefahr eines Krieges erhöhen.

Es gibt in Wahrheit nur einen Weg aus diesem Dilemma: Wir müssen die nuklearen Waffen auf beiden Seiten drastisch reduzieren, diejenigen, die unsere Existenz bedrohen, und diejenigen, die wir heute für unsere Sicherheit bereithalten müssen. Der Weg zu mehr Sicherheit führt weg von Waffen.

Wir wollen immer danach handeln: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen . . .“



Zweite Hochwasserwelle reichte fast an die „Jahrhundertflut“ heran

Pegel Köln: 9,96 Meter

Am 30. Mai 1983 erreichte die Flutwelle in Köln ihren Scheitelpunkt – Erneut große Schäden

Damit hatten selbst Fachleute nicht gerechnet: Gerade im sonst vielbesungenen Wonnemonat Mai verließen Mosel, Saar und „Vater Rhein“ ein zweites Mal ihr Bett und richteten erneute Überschwemmungen an, die die Überflutungen des Aprils noch erheblich übertrafen. Auch die Redaktion des „Zivilschutz-Magazins“ wurde von der Flut überrascht: Während der Vorbereitungen für dieses Heft – auf den folgenden Seiten berichten wir über das April-Hochwasser – kamen die „Rekordmeldungen“; am 30. Mai 1983 erreichte der Pegel Köln die Marke 9,96. Mit Ausnahme der Jahre 1926/27 und 1947 ist dies der höchste Stand des Rheins in diesem Jahrhundert. Dabei zählt eigentlich das Hochwasser des Jahres 1947 nicht mit, denn damals staute sich der Rhein an den noch zahlreichen Brückentrümmern, die im Flußbett lagen.

Die Schadensbilanz im Mai ist erschreckend, vermutlich kamen sechs Menschen ums Leben. In Nordrhein-Westfalen ertrank ein 74-jähriger Mann im Hochwasser in der Kölner Altstadt, ein siebenjähriger türkischer Schüler war bereits drei Tage vor dem Höchststand des Wassers in einen Bach in der Nähe von Bonn gestürzt und

wird immer noch vermißt. In Baden-Württemberg waren vier Todesopfer die traurige Bilanz des Hochwassers.

Die Flut am Rhein erreichte am 30. Mai gegen vier Uhr morgens in Köln ihren Höchststand mit 9,96 Meter, im April hatte der Pegel „nur“ 9,81 Meter angezeigt. 1947 war das Wasser auf 10,31 Meter angestiegen, und während der sogenannten „Jahrhundertflut“ zur Jahreswende 1926/27 erreichte der Pegel 10,69 Meter.

Nach etwa dreistündigem Stillstand ging das Wasser dann stündlich um etwa einen Zentimeter zurück. Ein Grundwasserstau führte auch in weit vom Rhein abgelegenen Straßen zu Überflutungen. Die Hilfskräfte hatten alle Hände voll zu tun, doch wurde von allen einmütig betont, daß nicht zuletzt durch das disziplinierte Verhalten der Anwohner in den Hochwassergebieten ein schnelles und wirksames Arbeiten möglich war. Straßensperren hielten die Schaulustigen ab, die noch im April die Einsätze der Hilfskräfte stark beeinträchtigt hatten.

Das Hochwasser an der Mosel erreichte mit 10,51 Meter bei Trier am Samstag, 29. Mai, ebenfalls einen Rekordwert. Der Scheitelpunkt der Flut war hier wie auch an

der Saar und am Neckar schon am Sonntagabend erreicht. Die Flut ging erst sehr langsam, dann aber stündlich um etwa sechs Zentimeter zurück. Am Montagabend, 30. Mai, war das Wasser bereits um 1,50 Meter gesunken.

Große Schäden richtete eine Geröll- und Schlammlawine im Moselort Koblenz bei Koblenz an, nachdem der Damm einer Kiesgrube gebrochen war. Wie durch ein Wunder wurde aber niemand dabei verletzt.

In Köln hatte die Berufsfeuerwehr ihre Technische Einsatzleitung diesmal in einem Bus in der Altstadt untergebracht. Dort waren die Männer zunächst noch zum Warten verurteilt, denn das Wasser ging nur sehr langsam zurück. Die große Arbeit aber für die Anwohner beginnt erst dann, wenn die Wassermengen sich zurückgezogen haben. Wie schon im April müssen umfangreiche Aufräum- und Reinigungsarbeiten in Gang gesetzt werden.

Unser dpa-Foto von Montag, 30. Mai 1983, zeigt das „Deutsche Eck“ in Koblenz, den Zusammenfluß von Mosel und Rhein. Es verdeutlicht die Ausmaße der zweiten großen Hochwasserwelle dieses Jahres.

Dorothee Boeken

Hochwasserschäden gehen in die Millionen

Die große Schlacht gegen den Schlamm

An Rhein und Mosel begannen nach der großen Flut die Aufräumarbeiten – Mit Besen und Schaufel gegen den Unrat

Der Fußweg über eine trockene Rheinuferpromenade ist wieder möglich; an den Hauswänden entlang stapeln sich Teppiche, Möbelreste, verdorbener Hausrat. Vor einem Lokal in der Kölner Altstadt werden Suppen, Bier und Limonade kostenlos für die vielen Helfer ausgegeben, die Tage und Nächte zuvor im Einsatz waren. Köln erholt sich vom jüngsten Hochwasser. Die Aufräumarbeiten haben begonnen. Dabei wird festgestellt: Die Schäden gehen in die Millionen.

An der Mosel das gleiche Bild: Reparaturarbeiten werden durchgeführt, Stege abgebaut und nasse Gegenstände an die frische Luft zum Trocknen gebracht. Die Moselaner waren vom Hochwasser am schlimmsten betroffen, auch hier rechnet man mit millionenhohen Schäden. Die Landwirte befürchten gar, die vom Schlamm bedeckten Äcker in diesem Jahr nicht mehr bestellen zu können. Für jeden einzelnen ein hartes Schicksal, aber auch für die zur Zeit fast überall leeren Gemeindegassen eine bittere Bilanz, die nach dem Hochwasser gezogen werden muß.



Im Moselstädtchen Zell konnten Waren während des Hochwassers nur noch mit dem Boot angeliefert werden.

Katastrophenalarm in Trier

Verheerende Ausmaße hatte das Hochwasser an der Mosel angenommen. Die Behörden in Trier gaben am Dienstag, 12. April, Katastrophenalarm, denn in der Nacht zuvor hatte der Fluß die Zehn-Meter-Marke überschritten und damit den höchsten Wasserstand seit seiner Kanalisierung im Jahre 1964 erreicht.

Der in Trier gebildete Katastrophenstab koordinierte Rettungs- und Bergungsarbeiten der Feuerwehr und der verschiedenen Hilfsorganisationen, die pausenlos im Einsatz waren. Auch die Bundeswehr leistete Hilfe. Einsatzgruppen wurden in die gefährdeten Gebiete geschickt. Oft mußten Erdgeschoßwohnungen geräumt werden.

Besonders betroffen vom Hochwasser war auch der internationale Schwerlastverkehr, der den deutsch-luxemburgischen Grenzübergang Wellen nicht mehr nutzen konnte und lange Umwege in Kauf nehmen mußte.



Versorgungsschwierigkeiten gab es an der Mosel: Wie hier in Zell waren Arztbesuche nur mit dem Boot möglich.

Die Schifffahrt erlahmte völlig. Bei vielen Schiffsführern riß die ungewollte Pause, die das Hochwasser erforderlich machte, ein tiefes Loch in die Kasse: Hafengebühren mußten zusätzlich entrichtet werden, Termine konnten nicht mehr eingehalten werden.

Versorgungsschwierigkeiten an der Mosel

Schlimme Verhältnisse herrschten an Mittel- und Untermosel. In Zell waren zwei Drittel der tiefgelegenen Stadt überflutet, 3000 Menschen waren direkt vom Hochwasser betroffen. Schon zeigten sich erste Versorgungsschwierigkeiten, denn wegen der starken Strömung des Hochwassers konnten keine Stege in den Innenstädten von Zell und Cochem verlegt werden. Nur mit dem Boot waren ein Einkauf oder ein Arztbesuch noch möglich.

Auch mit der Kälte hatten die Hochwassergeschädigten fertig werden müssen: In Cochem mußten Heizungen ausgebaut werden, um Heizkessel vor Beschädigungen zu bewahren. Große Sorge hatte der Krisenstab der Stadt Cochem mit einem auslaufenden Heizöltank. Ein Spezialfahrzeug der Feuerwehr mußte angefordert werden und das Öl mit Chemikalien gebunden werden. Taucher der Berufsfeuerwehr Koblenz rückten an, um einen leckgeschlagenen Öltank mit einem Fassungsvermögen von 10000 Litern zu schließen. Ohne Erfolg. Im Hochwasser ging nichts mehr.

Überhaupt hatte die Feuerwehr ebenso wie die anderen Organisationen eine Menge zu tun. So war ein Frachtkahn in Zell auf Land getrieben und drohte zu kippen. Die Feuerwehr mußte die Fracht bergen, und der Kahn konnte in die Fahrrinne zurückbefördert werden.

Aus einem Zufluß der Saar wurde ein 81jähriger Mann tot geborgen – das erste Opfer der Flut.

Verkehrsreiche Bundesstraßen wurden von dem Wasser überspült und mußten gesperrt werden. Dies führte zu erheblichen Verkehrsbeeinträchtigungen. Die Insel Nonnenwerth am Rhein wurde zum großen Teil überflutet. Zum Glück hatte das dort befindliche Gymnasium noch Schulferien.

Geschädigte in Köln: „Bittere Bilanz“

In Köln traf die Stadtverwaltung gemeinsam mit der Feuerwehr und dem Technischen Hilfswerk alle möglichen Maßnahmen, um Schäden, die das Hochwasser anrichtete, klein zu halten. Dennoch erlitten die Anwohner des Rheins hohe Verluste. In



Oben: Auf überschwemmten Straßen von Zell mußte das Kind mit dem Boot in die Kirche zur Erstkommunion „geschipert“ werden.



Rechts: Für diesen Wagen kam jede Hilfe zu spät. Er wurde in Zell von den Fluten überspült.

einem Restaurant löste sich das Holzparkett in viele Einzelteile auf und wurde von den hineinströmenden Fluten weggespült. Camper, die in einem Kölner Vorort in „Seenot“ gerieten, mußten per Boot von der Feuerwehr geborgen werden: Über Nacht hatte der Rhein ihnen den Rückzug abgeschnitten. Erhebliche Beeinträchtigungen hatten auch die Landwirte hinzunehmen. Durch das überschwappende Wasser können die Felder am Rhein nicht mehr rechtzeitig bestellt werden. Für rund zwanzig Autos in einer Kölner Tiefgarage kam jede Hilfe zu spät. Sie konnten bei dem ständig steigenden Wasser nicht mehr aus dem Gebäude herausgefahren werden.

Ein Wirt in der Kölner Altstadt schätzt den Schaden in seiner Gaststätte auf „zigtausend Mark“: verdorbener Fußboden, vollgesogene Holzverkleidungen, verschmutzte Küche, nasse Holzbänke, die getrocknet und poliert werden müssen. Das Wasser stand in seiner Gaststätte 1,10 Meter hoch. Ein anderer Hotelier zieht ebenfalls eine „bittere Bilanz“: Die Wärmepumpe im Wert von vierzigtausend Mark fiel den Rheinfluten zum Opfer.

Ständig im Einsatz

Auch am Straßenbelag richtete das Hochwasser in Köln erhebliche Schäden an. Sie wurden erst bei den Aufräumarbeiten sichtbar: Pflastersteine waren herausgerissen worden und Begrenzungssteine umgekippt. Beete und Rasenflächen waren überzogen von einer graubraunen Kruste; Schlammassen hatten Blumen erstickt, Unrat hatte der Rhein über gepflegte Anlagen verteilt.

Drei Tage und Nächte hatten Kräfte der Feuerwehr, der Polizei, des Technischen Hilfswerks und des Malteser-Hilfsdienstes sowie des städtischen Reinigungs- und Fuhramtes während des Hochwassers Wände gemauert, Sandsäcke geschleppt, Schläuche verlegt, Pumpen aufgestellt und angeschlossen. In der Hochwasserschutzzentrale wurden Arbeitseinsätze der verschiedenen städtischen Ämter und der Organisationen koordiniert. Dennoch kritisierten viele Kölner Bürger, daß die Stadt keinen Katastrophenalarm gegeben hatte.

Die Berufsfeuerwehr verstärkte sich mit sechs Löschgruppen der Freiwilligen Feuerwehr, um die angeforderten Pumpeinsätze bewältigen zu können. Auch Öl mußte mehrmals abgesaugt werden.

Krisenstab in Bonn

Im Bonn-Beueler Rathaus, in einem ehemaligen Schulgebäude und im Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Mehlem waren Technische Einsatzleitungen (TEL) aktiv. In

Kräfte der Johanniter-Unfall-Hilfe bringen in einem Trierer Keller einen Öltank in Sicherheit, der aus seiner Verankerung gerissen worden war.



Gemeinsame Aktion der Helfer in der Kölner Altstadt: Sie haben Stege gebaut, damit die Anwohner ihre Häuser erreichen können.



In Bonn-Beuel legen THW-Helfer mit Pontons an einem Steg an.



Die Bundesstraße B9 ist überflutet. Das THW fährt im „Linienverkehr“.



THW und Feuerwehr bringen Sandsäcke zu den gefährdeten Häusern.



Abgerutschtes Erdreich muß befestigt werden. Die Kräfte des Technischen Hilfswerks arbeiten fast pausenlos. (Fotos: dpa [6], THW [4])

der Feuerwache I arbeitete eine „Führungsgruppe Hochwasser“.

Am Dienstag, 12. April, trat in Bonn-Beuel der große Krisenstab zusammen, in dem die Amtsleiter ihre Hochwassermaßnahmen koordinierten. Im Bereich der drei Technischen Einsatzleitungen waren über 500 Helfer im pausenlosen Einsatz. Sogar ein Fährdienst mit fünf Booten wurde in Beuel eingerichtet. Einige Evakuierungen standen ebenfalls im Einsatzplan der Hilfskräfte. Die Einsatzleitung war recht zufrieden mit der Arbeit der Helfer: „Alles klappte problemlos.“

Kräfte des Technischen Hilfswerks in der linksrheinischen Bundeshauptstadt bauten Stege und sogar einen Sperrdamm, um die Areale des Bundesbauministeriums und der amerikanischen Botschaft zu schützen. Die Reinigungsarbeiten zur Vorbereitung der nächsten Saison in den Bonner Freibädern hatten bereits begonnen, als das Hochwasser vordrang. So erwarten die Verantwortlichen allein für den Neubeginn der Reinigungsarbeiten erhebliche Kosten.

Die große Schlacht gegen den Schlamm

Nachdem sich abzeichnete, daß das Hochwasser langsam zurückwich, wurde sofort mit den Aufräumarbeiten begonnen, denn sie mußten zügig verlaufen. Was anfangs an Schmutz und Schlamm noch mit Schlauch und Besen zu entfernen war, konnte Stunden später nur noch mit der Schaufel weggeschafft werden. Eine Schlacht gegen den Schlamm begann. In Köln mußten 20000 Kubikmeter Wasser aus den Zufahrten zum Rheinfertunnel gepumpt werden, der vor dem Hochwasser wasserdicht verschlossen worden war.

Auch Posttechniker hatten eine Menge zu tun: Defekte Kabel wurden repariert; Totalschaden war alleine an drei Fernmeldekabeln entstanden. Für die Reinigungsarbeiten in Köln wurden auch Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose eingesetzt, die das Arbeitsamt für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vermittelt hatte.

Die Hochwassergeschädigten müssen teilweise für Reinigungs- und Reparaturarbeiten tief in die Taschen greifen. Zwar gibt es Steuererleichterungen für sie, doch finanzielle Hilfen der Stadt können sie nicht erwarten. Eines jedoch wurde schon bekanntgegeben: Die hochwassergeschädigten Kölner brauchen die Kosten für die Hilfeleistungen von Feuerwehr und städtischen Dienststellen nicht zu bezahlen.

Kosten anderer Art entstanden allerdings auch durch das Hochwasser an Rhein und Mosel: Die Flut ist, so war der Presse zu entnehmen, einer der Gründe für die Preissteigerung beim Heizöl.

Die Lage überall fest im Griff

Innenminister Böckmann würdigt die Leistungen der Helfer – Erfahrungen aus dem Einsatz

Eine erste Bilanz des Hochwassers – soweit es den Einsatz der Helfer aller Hilfsorganisationen betrifft – ist für das Land Rheinland-Pfalz zumindest überschlägig möglich. Im akuten Einsatzzeitraum vom 10. bis 17. April 1983 waren nach Mitteilung des rheinland-pfälzischen Ministeriums des Innern und für Sport im Durchschnitt täglich 3000 Helfer in Aktion, zu „Spitzenzeiten“ sogar 4000. Allein im Regierungsbezirk Trier wurden von den eingesetzten Kräften bis zum 26. April 16000 Einsatzstunden geleistet. Die Einsatzzeit je Helfer lag im Tagesdurchschnitt bei zehn Stunden.

Dank des Innenministers

Nach dem Rückgang des Hochwassers an Rhein, Mosel und ihren Nebenflüssen dankte der rheinland-pfälzische Innenminister Kurt Böckmann im Namen der Landesregierung allen Kräften, insbesondere den zahlreichen Angehörigen der Feuerwehren, Sanitäts- und Hilfsorganisationen, des Technischen Hilfswerks, der Bundeswehr und nicht zuletzt der Polizei für die anerkanntswerten Leistungen in Tag- und Nachteinsätzen zum Schutze der Bevölkerung sowie der Sicherung der Sachwerte.

Hierbei habe sich wieder einmal, so Böckmann, die Schlagkraft und die Bedeutung der Freiwilligen Feuerwehren sowie der Sanitäts- und Hilfsorganisationen mit ihren ehrenamtlichen Helfern gleich in mehrfacher Weise dargestellt, einmal durch die Selbstlosigkeit des Einsatzes auch an Sonn- und Feiertagen, zum anderen in finanzieller Hinsicht, weil die Vielzahl der notwendigen Helfer und deren Einsatzstunden als Dienstleistung des Staates nicht zu finanzieren wären, und schließlich als Zeichen vorbildlichen Gemeinsinns in unserer Demokratie.

Dank und Anerkennung sollten jedoch auch, wie Innenminister Böckmann betonte, auf die Arbeitgeber ausgedehnt werden, die mit Verständnis für die besondere Situation die Angehörigen der Hilfsorganisationen von ihrer eigentlichen beruflichen Tätigkeit für die Hochwassereinsätze freigestellt hätten.

Schutzmaßnahmen gegen die steigende Mosel: Sandsack-Barrieren und Fußgängerstege (rechts im Bild).



Auch der THW-OV Cochem richtete einen „Personenverkehr“ per Boot ein.



Für das Technische Hilfswerk an der Mosel schon fast Routine: Fußgängerstege, damit die Bürger trockenen Fußes ihre Besorgungen erledigen können.



Als Hauptproblem stellte sich – so war aus dem Mainzer Ministerium zu erfahren – wieder einmal aus Heizöltanks auslaufendes Öl dar. Viele Hausbesitzer hätten, wohl aus Unkenntnis, vergessen, ihre Tanks in den Kellern gegen die Decke zu verkeilen, um so das gefährliche „Aufschwimmen“ zu verhindern. In der Folge tritt aus gebrochenen Leitungen das Öl aus; an einigen Orten führte das auslaufende Öl zu Verunreinigungen der Keller und Wohnungen.

Koblenz: „Ausnahmestand“

Wie an der „naßen Front“ gegen die schmutzig-trüben Wogen gekämpft wurde, davon erhielt das Zivilschutz-Magazin auf Anfrage einen kurzen telefonischen Bericht aus Koblenz. Gerade Koblenz und Trier waren wohl die am stärksten betroffenen Städte. Richtiggestellt werden muß aber die übertreibende Darstellung eines großen Boulevard-Blattes, das berichtet hatte, in Trier hätte es „Katastrophenalarm“ gegeben. Der zuständige Beigeordnete in Trier, Dr. Schroer, sagte der Redaktion, es habe lediglich eine Art Voralarm gegeben, auch in Koblenz beschränkte man sich auf den sogenannten „Ausnahmestand“, bei dem dann keine nachbarliche Hilfe mehr geleistet werden muß. (Anmerkung: Der „Katastrophenalarm“ als solcher ist in Rheinland/Pfalz nicht speziell vorgesehen, da die Grenzen der einzelnen Alarmierungen fließend sind.)

In Koblenz wurde der Einsatz der Hilfskräfte gegen das Hochwasser von der Leitstelle aus koordiniert, allerdings mußte die Besetzung von zwei Personen auf acht erhöht werden; diese Verstärkung kam aus dem eigenen Verwaltungspersonal. An Fernmeldemitteln benutzte man die Geräte im 2-m-Band sowie das Telefon, nur ausnahmsweise wurden 4-m-Band-Geräte eingesetzt.

Zweimal täglich Lagebesprechungen

Die für die einzelnen Abschnitte verantwortlichen Abschnittsleiter draußen waren über Relaisstationen erreichbar. Zweimal täglich – um 9 und um 17 Uhr – fanden Lagebesprechungen mit dem Bürgermeister statt, an denen Polizei, Feuerwehr, THW, Sanitätsorganisationen und Bundeswehr teilnahmen. In den Lagebesprechungen trugen die Abschnittsleiter die Lage vor, es wurden die Schwerpunkte der Einsatzmaßnahmen festgelegt, die Versorgung erörtert, mögliche Evakuierungen vorbereitet und Rundfunkinformationen konzipiert.

Als der „Ausnahmestand“ festgestellt werden mußte, wurde die „Wachstärke“

In zahlreichen Orten entlang des Mittelrheins – wie hier in Braubach – hielt das THW den Personenverkehr mit Booten aufrecht.



der Berufsfeuerwehr um 50 Prozent erhöht, die Hälfte der Wehrmänner hatte dann 36-Stunden-Schicht. Die Freiwilligen Feuerwehren wurden für jeweils 17 Uhr einberufen, um ihre Kollegen zu entlasten. Dieses System, so lautet die Erfahrung in Koblenz, habe „hervorragend geklappt“. Neben der Feuerwehr als „Mädchen für alles“ wurde das THW schwerpunktmäßig zum Bau von Stegen eingesetzt, auch hier lautet das Urteil der Verantwortlichen „sehr bewährt“. Ein eigener Verpflegungstrupp sowie Helfer des MHD kochten und verteilten täglich 300 Essen an die Einsatzkräfte.

Information und Führung

Der schriftliche Erfahrungsbericht wird dann auch nur einige wenige Mängel ansprechen. Die Führung des Stabes sei problemlos, die personelle Ausstattung ausreichend. Allerdings seien die Abschnitte oft „schlecht erreichbar“ gewesen, so daß der Überblick der Leitstelle/Stab „nicht immer ausreichend“ war. Die Leiter der Abschnitte hätten – so hörten wir

– noch eine entsprechende Schulung nötig, da ihnen (hauptsächlich Ingenieure vom Hoch- und Tiefbauamt) natürlich die Führungspraxis fehle. Auch die Informationsgebung der Unterführer an die Abschnittsleiter sei zu verbessern.

Und, wie immer und überall, schließlich die Feststellung: Die Fernmeldemittel – vor allem im 2-m-Bereich – müssen verstärkt werden, es fehlt an Reserven.

Für die Bevölkerung war – bei allen sonstigen Beeinträchtigungen – der Zusammenbruch des Telefonnetzes besonders prekär. So sind am besten von der Post besondere Telefonstellen (per Luftkabel) einzurichten, um hier den Bedarf decken zu können.

Die ganz große Bewährungsprobe blieb den Koblenzern allerdings und glücklicherweise erspart: Am berühmten „Deutschen Eck“ wurden keine nennenswerten Evakuierungen erforderlich – wenn jedoch die Flut nur 20 Zentimeter höher gestiegen wäre, hätte man auch solche Maßnahmen durchführen müssen mit all den technischen und logistischen Schwierigkeiten, denen man sich dann stellen muß.

Die Flut zieht langsam wieder ab und hinterläßt ihre schmutzigen Spuren.

(Fotos: Floeder 4, Bröder 1)



STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

1. **Leiter-/in der BVS-Dienststelle Deggendorf**
(Verg.-Gr. IVa BAT) – ab sofort –
2. **Leiter-/in der BVS-Dienststelle Münster**
(Verg.-Gr. IVa BAT) – ab 1. 10. 1983 –
3. **Leiter-/in der BVS-Dienststelle Oldenburg**
(Verg.-Gr. IVa BAT) – ab 1. 10. 1983 –
4. **Leiter-/in der Fahrbaren Zivilschutzausstellung (FZA)
bei der BVS-Landesstelle Niedersachsen**
(Verg.-Gr. IVb BAT) – ab sofort –

Die Bewerber sollten über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivilschutzes, insbesondere des Selbstschutzes, verfügen.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum **30. Juni 1983** zu richten an den

**Bundesverband für den Selbstschutz
– Bundeshauptstelle –
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41**

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei ha. Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung auf dem Dienstweg.

STELLENAUSSCHREIBUNG

An der Katastrophenschutzschule des Landes Schleswig-Holstein in Schönböken bei Bornhöved ist zum 1. Januar 1984 die Stelle des

Schulleiters

neu zu besetzen.

Vom Bewerber werden neben umfassenden Kenntnissen über Organisation und Aufgaben des Katastrophenschutzes auch ausgeprägte Führungseigenschaften, organisatorische Befähigung und pädagogische Erfahrungen erwartet.

Bei Bewerbern, die eine wissenschaftliche Hochschulausbildung oder gleichwertige Fähigkeiten und Erfahrungen nachweisen können, erfolgt die Eingruppierung in die Vergütungsgruppe II a BAT mit der Möglichkeit des späteren Bewährungsaufstieges.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisabschriften und einer Übersicht über den beruflichen Werdegang richten Sie bitte bis zum **15. 8. 1983** an:

**Der Innenminister
des Landes Schleswig-Holstein
Amt für Zivilverteidigung und
Katastrophenabwehr
Klopstockstraße 17,
2300 Kiel**

STELLENAUSSCHREIBUNG

An der Katastrophenschutzschule des Landes Schleswig-Holstein in Schönböken bei Bornhöved sind zwei Stellen als

Lehrgruppenleiter/Fachlehrer (Verg. Gr. IV a BAT)

kurzfristig zu besetzen.

Vom Bewerber werden möglichst umfassende Kenntnisse im Katastrophenschutz und Erfahrungen im Ausbildungswesen erwartet, die ihn befähigen, in den Bereichen Bergung und Versorgung bzw. Fernmeldedienst und Führung qualifiziert zu unterrichten sowie praktisch auszubilden.

Die Beschäftigung erfolgt im Angestelltenverhältnis nach Vergütungsgruppe IV a BAT mit der Möglichkeit des Bewährungsaufstieges.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisabschriften und einer Übersicht über den beruflichen Werdegang richten Sie bitte bis zum **15. 8. 1983** an:

**Der Innenminister
des Landes Schleswig-Holstein
Amt für Zivilverteidigung und
Katastrophenabwehr
Klopstockstraße 17,
2300 Kiel**

Andreas Krauth

Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann zu Gast beim THW-OV Würzburg

Eine offene und lebhaft Diskussions

THW-Mitarbeiter trugen dem Minister ihre Sorgen und Nöte vor

Hohen Besuch hatte der THW-OV Würzburg: Der oberste Dienstherr des THW, Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann, kam, um sich über die Nöte und Probleme des Katastrophenschutzes zu unterrichten.

Zu dem Gespräch hatte der Ortsverband Würzburg THW-Geschäftsführer und Ortsbeauftragte aus dem unterfränkischen Regierungsbezirk sowie zahlreiche Vertreter der Feuerwehr, des Bayerischen Roten Kreuzes und anderer Hilfsorganisationen eingeladen. Der Geschäftsführer des GFB Würzburg, Hans Suhle, dankte dem Bundesinnenminister für sein Interesse, sich über die Probleme des Katastrophenschutzes und speziell des THW in Kenntnis zu setzen.

Dr. Zimmermann wies auf seine besondere Verbundenheit mit dem Technischen Hilfswerk hin. So habe er seit vielen Jahren zum THW einen freundschaftlichen Kontakt, und eine seiner ersten Amtshandlungen als Bundesminister sei die Verabschiedung der THW-Helfer für den Libanon-Einsatz im vergangenen Spätherbst gewesen, die zu einem Teil aus unterfränkischen Ortsverbänden stammten und von denen einige anwesend waren.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die neue Dislozierungsplanung des THW. Die aus Sparmotiven aufgegriffene Neuplanung basiert auf einer auf Bundesebene durchgeführten Erfassung des THW-Bestandes, auf deren Grundlage Personal und Material neu verteilt werden sollen. Sinn der Umverteilung ist es, jeden Ortsverband entsprechend der „Stärke- und Ausrüstungsnachweisung“ (STAN) auszurüsten.

Die geplante Umverteilung hat unmittelbare Folgen für die Ortsverbände: Die Reduzierung des Geräts und der Fahrzeuge würde die Einsatzfähigkeit des THW erheblich einschränken und z. B. den Autobahnbereitschaftsdienst in seiner heutigen Form in Frage stellen. Darüber hinaus würde es auch immer wieder schwieriger, die freiwilligen Helfer zu ihrer Tätigkeit zu motivieren.

Dr. Zimmermann verneinte einige der vorgebrachten Punkte und wies auf das Konsolidierungsprogramm des Bundes bis 1990 hin, das 1,1 Mrd. Mark umfaßt. Pro-



Herzlich empfangen wird Bundesinnenminister Dr. Zimmermann vom THW und Vertretern weiterer Hilfsorganisationen.



Geschäftsführer Suhle (links) trägt die Sorgen und Nöte des THW vor.

blematisch sei jedoch zukünftig die Übernahme von Folgekosten selbst angeschafften Geräts. Soweit es aus wirtschaftlicher Sicht und auf den Katastrophenschutz bezogen notwendig ist, soll auch in Zukunft benötigtes Gerät beibehalten bleiben.

Den Mitgliedern des THW-Ortsverbandes Würzburg erscheinen jedoch die Planinhalte der „Stärke- und Ausrüstungsnachweisung“ nicht ausreichend. Daher nahm auch das Problem der Selbstbewirtschaftungsmittel (S-Mittel) einen breiten Raum in der Diskussion ein. Die Bemessungsgrundlage für die S-Mittel, aus denen die laufenden Kosten der Einheiten bestritten werden müssen, stammt aus dem Jahr 1972. Trotz einer gewissen Anpassung in der letzten Zeit besteht noch immer ein gravierender finanzieller Engpaß. Alle organisatorischen und sonstigen Maßnahmen der Ortsverbände haben nicht verhindern können, daß bei einer Anzahl von Ortsverbänden der Dienstbetrieb eingeschränkt werden mußte. Dies sei auf Dauer so nicht tragbar.

Ein weiterer Problempunkt für das THW sind Fahrzeuge, die zwar auf dem Papier den Ortsverbänden zustehen, aber erst im Ernstfall beordert werden. Als Beispiel sind Kipper zu nennen, die für die Ausbildung unerlässlich sind, aber von den Ortsverbänden nur im Bedarfsfall von außen herangezogen werden können. Auch ein großes Ärgernis stellen Verwaltungshemmnisse dar: So wies der für den Katastrophenschutz zuständige LtD. Regierungsdirektor



Dr. Zimmermann trägt sich in das Gästebuch des THW-OV Würzburg ein.

(Fotos: Kleinert)

Wagenblast darauf hin, daß man dem Sachverstand der mit den örtlichen Begebenheiten vertrauten Landesvertretern vertrauen möge und nicht „bis zur letzten Schraube vorschreiben und verwalten“ sollte. So könnte es zu einer sinnvollerer Verteilung des Geräts an die einzelnen Ortsverbände entsprechend der örtlichen Einsatzbedürfnisse kommen.

Abschließend dankte der Innenminister dem THW-OV Würzburg für die offene und lebhaftige Diskussion und insbesondere für

die zahlreichen Informationen aus erster Hand, die für ihn vielfach neue Erkenntnisse darstellten. Trotz der äußerst schwierigen Haushaltslage versprach der Minister, sich mit Nachdruck um eine angemessene Lösung der aufgezeigten Probleme zu bemühen.

Geschäftsführer Suhle überreichte Dr. Zimmermann eine Zusammenstellung der wichtigsten Problempunkte und zum Dank für seinen Besuch ein kleines Gastgeschenk des THW.

Stichwort „Chlophen“

Bundesinnenminister Zimmermann: Gefährdete Transformatoren abschirmen

Ministerium führt Gespräch mit den
Herstellerfirmen

„In den Trafos tickt eine giftige Zeitbombe“ – „60000 Seveso-Zeitbomben in der Bundesrepublik“: So und ähnlich lauteten im April in allen deutschen Tageszeitungen die aufsehenerregenden Überschriften über Beiträgen, die sich mit den Transformatoren beschäftigten, die mit dem Kühlmittel Chlophen (so der Handelsname, richtig: polychloriertes Biphenyl, abgekürzt PCB) gefüllt sind.

Die rund 60000 Transformatoren – davon 95 Prozent in gewerblicher Nutzung – ent-

halten je nach Größe 400 bis 1000 Liter Chlophen, 20000 bis 25000 Tonnen dieses Chemieprodukts sind nach Expertenschätzung in den Trafos zur Kühlung eingesetzt. In einer bundesweiten Aktion erfassen zur Zeit die Feuerwehren diese Transformatoren, dies hatte die Konferenz der Innenminister (IMK), und zwar der zuständige Arbeitskreis 5, am 20. Oktober 1982 beschlossen. Die Trafos werden gekennzeichnet und in die Einsatzpläne aufgenommen.

PCB brennt praktisch nicht, enthält aber als produktionsbedingte Verunreinigung Dioxin. Wenn PCB, etwa als Folge eines Brandes in der Umgebung, Temperaturen zwischen 170 und 700 Grad Celsius ausgesetzt ist, entsteht polychloriertes Dibenzodioxin (PCDD), chemisch eng verwandt dem Seveso-Dioxin ICDD, das rund 1000mal giftiger als Zyankali ist.

Was kurzfristig zur Erhöhung der Sicherheit getan werden kann, erläuterte Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann in einem Interview mit den „Westfälischen Nachrichten“ in Münster. Auf die Frage: „Erst jetzt hat sich herausgestellt, daß

mehr als 60000 Trafo-Stationen in der Bundesrepublik ein Kühlmittel enthalten, das im Fall einer Brandkatastrophe zu einem dioxin-ähnlichen Gift verdampft. Was geschieht, um diese Gefahrenquelle zu beseitigen?“ erklärte der Bundesinnenminister:

„Zuerst müssen die Transformatoren feuersicher abgeschirmt werden; denn ein Austausch ist bei dieser großen Zahl nicht möglich. Im übrigen würde dann das Entsorgungsproblem anstehen. Man wüßte nicht wohin damit. Langfristig werden diese Transformatoren sicher nicht mehr verwendet werden. In zwei Wochen findet im Bundesinnenministerium ein Gespräch mit den Herstellerfirmen statt. Schon im Vorfeld haben sich dankenswerterweise die Chemischen Werke ‚Bayer-Leverkusen‘ bereit erklärt, die Produktion umzustellen und auch die Entsorgungskapazitäten für die alten Trafos zu vergrößern. Ich halte dies für eine sehr positive Entwicklung. Damit wird erneut deutlich, daß die deutsche Industrie bereit ist, bei meinen Bemühungen um einen verstärkten Umweltschutz mitzuziehen.“

Parlamentarischer Staatssekretär Spranger:

Zivilschutz muß ein positives Reizwort werden

Leere Staatskassen sind allerdings für die Weiterentwicklung des Zivilschutzes eine schwere Hypothek – Bundesregierung wird den Entwurf eines neuen Zivilschutzgesetzes beim Bundestag einbringen

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Carl-Dieter Spranger, hat am 13. Mai 1983 anlässlich

der Jahrestagung der „Schutzkommission“ beim Bundesminister des Innern in Neu-Ulm die Bedeutung des Zivilschutzes

im Rahmen einer glaubwürdigen Verteidigungsbereitschaft und damit der Friedenssicherung unterstrichen. Staatssekretär Spranger kündigte in seiner Begrüßungsansprache an, daß die Bundesregierung den Entwurf eines neuen Zivilschutzgesetzes beim Deutschen Bundestag einbringen wird. Der Bonner Politiker sagte u. a.:

„In den vergangenen Jahren habe ich wiederholt für die CDU/CSU-Fraktion zu Fragen des Zivilschutzes Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß die Anstrengungen auf diesem Gebiet verstärkt werden müssen. Dieser Grundüberzeugung werden wir selbstverständlich auch jetzt in der Bundesregierung treu bleiben. Ich muß allerdings leider hinzufügen, daß wir leere Staatskassen vorgefunden haben. Daß dies für die Weiterentwicklung des Zivilschutzes eine schwere Hypothek ist, brauche ich nicht zu betonen.

In der heutigen Zeit werden Fragen der Sicherheitspolitik von vielen Menschen weltweit mit einer kaum jemals gekannten Intensität diskutiert. Hier in der Bundesrepublik Deutschland können wir wohl nur einen Vergleich zu den fünfziger Jahren ziehen, in denen die Frage der deutschen Wiederbewaffnung so heiß umstritten war.

In diese sicherheitspolitische Diskussion ist auch der Zivilschutz einbezogen. Besonders deutlich geschieht dies im Augenblick durch ärztliche Kreise, die nicht nur bei uns, sondern vor allem auch in den USA und in Großbritannien sich mit Fragen des Zivilschutzes in einem nuklearen Krieg beschäftigen. Erfreulicherweise ist es nur eine kleine Minderheit der Ärzte, die glaubt, sich von vornherein der Aus- und Fortbildung in der Katastrophenmedizin verweigern zu müssen. Ich brauche Ihnen gegenüber nicht zu betonen, daß Ärzte keinesfalls von ihrer ethischen Verpflichtung zur humanitären Hilfe, durch welche Ursachen auch immer die Hilfsbedürftigkeit entsteht, entbunden werden können. Jede Chance zur Hilfe und zur Linderung von Leiden muß genutzt werden. Es ist falsch und



Carl-Dieter Spranger, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern.

unverständlich, daß diese Ärzte stets nur vom totalen, alles zerstörenden Atomkrieg ausgehen. Sie ignorieren völlig andere mögliche Erscheinungsformen eines Krieges und einer Bedrohung, die eine viel größere Aufmerksamkeit verdienen, worauf Prof. Carl Friedrich von Weizsäcker immer wieder nachdrücklich hingewiesen hat.

Ich möchte hier die Fragen nach den Gefahren, die uns am meisten bedrohen, und auch die humanitären Gesichtspunkte des Zivilschutzes nicht weiter vertiefen. Vielmehr möchte ich einen Aspekt der jetzigen sicherheitspolitischen Diskussion aufgreifen . . . Bei der heutigen Diskussion über Frieden durch Abschreckung werden von den meisten Menschen immer nur die militärischen Potentiale diskutiert. Wer sich wie die Bundesregierung und unsere Verbündeten in der NATO dazu bekennt, daß die Sicherung des Friedens eine glaubhafte Verteidigungsbereitschaft erfordert, darf aber die Diskussion nicht ausschließlich über die vorhandenen und erforderlichen Waffensysteme führen. Verteidigen müßten wir uns im Bedrohungsfalle nicht in einem fernen menschenleeren Land. Vielmehr müßten unsere Soldaten ihren Verteidigungsauftrag hier inmitten ihrer Angehörigen, hier in einem Land mit einer dichten Zivilbevölkerung erfüllen. Wie kann eine Verteidigungsbereitschaft voll glaubhaft sein, wenn nicht auch Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung getroffen werden? Das Wort Zivilschutz ist für viele Menschen ein Reizwort. Es gilt, den Zivilschutz nicht nur unter den humanitären Aspekten zu betrachten, deren Bedeutung hier nicht herausgehoben zu werden braucht. Vielmehr ist es notwendig, in der sicherheitspolitischen Diskussion die Bedeutung des Zivilschutzes auch für eine glaubwürdige Verteidigungsbereitschaft und damit für die Friedenssicherung aufzuzeigen. In diesem Sinne muß Zivilschutz ein positives Reizwort werden.

Die Bundesregierung wird, wie von der Fraktion der CDU/CSU in der Opposition vorgeschlagen worden ist, Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung erarbeiten. In diesen Rahmenrichtlinien muß der notwendige Zusammenhang aller Elemente, die für eine glaubhafte Verteidigungsbereitschaft und damit die Friedenssicherung notwendig sind, deutlich werden.

Die Bundesregierung wird auch den Entwurf eines neuen Zivilschutzgesetzes beim Deutschen Bundestag einbringen. Zu diesem Entwurf, möchte ich hier nur soviel sagen, daß es darauf ankommen wird, Zivilschutz nicht nur als eine Aufgabe des Staates, sondern als eine Aufgabe darzustellen, die jeden angeht, den Einzelnen wie die Hilfsorganisation, die sich der humanitären Aufgabe am Nächsten verschrieben haben."

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesamt für Zivilschutz, einer Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern, sind mehrere Stellen der Vergütungsgruppe II a BAT

für Lehrer/Lehrerinnen an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler

zu besetzen. Die Lehraufgaben beziehen sich auf die Fachgebiete ABC-Wesen, Brandschutz, Fernmeldewesen, Methodik/Didaktik und allgemeine Führung einschließlich Stabsarbeit. Ein Lehrer hat in der Regel zwei Fachgebiete zu betreuen.

Gesucht werden Bewerber oder Bewerberinnen mit einer abgeschlossenen wissenschaftlichen Hochschulbildung der Fachrichtungen

Biologie, Chemie/Physik (Diplom-Chemiker, Diplom-Physiker), Maschinenbau, Nachrichtentechnik (Diplom-Ingenieur) oder Pädagogik.

Bewerber, die darüber hinaus über eine Stabsoffiziersausbildung oder über besondere Kenntnis auf dem Gebiet des ABC- und Fernmeldewesens verfügen, werden bevorzugt berücksichtigt. Außerdem sind Erfahrungen im Zivil- und Katastrophenschutz von Vorteil.

Bei Vorliegen der Voraussetzungen ist eine spätere Übernahme in das Beamtenverhältnis (höherer Dienst) mit Beförderungsmöglichkeit nach Besoldungsgruppe A 14 (Oberregierungsrat, Oberbaurat) möglich.

Die Katastrophenschutzschule des Bundes ist die Führungsschule des Bundes auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes und hat u. a. folgende Aufgaben:

- Ausbildung leitender Zivilschutzkräfte des Bundes und der Länder,
- Ausbildung des in den Katastrophenschutzstäben der Kreise und kreisfreien Städte eingesetzten Personals,
- Aus- und Fortbildung von Führungs- und Fachkräften des erweiterten Katastrophenschutzes,
- Ausbildung von hauptamtlichem Personal und Helfern der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk sowie
- Durchführung von Lehrgängen im Bereich des Selbstschutzes.

Das Bundesamt für Zivilschutz würde es begrüßen, wenn sich durch diese Ausschreibung insbesondere auch Frauen angesprochen fühlen. Ihnen werden die gleichen Aufstiegschancen geboten wie Männern.

Schwerbehinderten Bewerbern wird bei gleicher Eignung der Vorzug gegeben.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis zum **30. Juni 1983** unter der Kennzahl 614 erbeten an das

**Bundesamt für Zivilschutz
Postfach 200850
5300 Bonn 2**

Günter Sers

Zum ersten Male ein „Tag des Helfers im Katastrophenschutz“ in Nordrhein-Westfalen

„Dem Bürger zeigen, was der Katastrophenschutz vermag“

Innenminister Dr. Herbert Schnoor eröffnete die Fahrzeug- und Geräteschau – Die Hilfsorganisationen zeigten der Öffentlichkeit ihren Leistungsstand und ihre Einsatzmöglichkeiten

Er beginnt im strömenden Regen, der erste „Tag des Helfers im Katastrophenschutz“ des Landes Nordrhein-Westfalen, zu dem Innenminister Dr. Herbert Schnoor für Samstag, den 7. Mai, nach Düsseldorf eingeladen hat. Und so flüchten die Helfer und Mitarbeiter der Hilfsorganisationen sowie die Gäste erst einmal unter die Oberkasseler Brücke, die wie ein riesiges Dach Schutz vor der Nässe bietet. Die Organisatoren reagieren schnell: Sie schleppen Rednerpult und Mikrophon unter den Brückenbogen – die Veranstaltung kann beginnen.

Mit dem Bürger ins Gespräch kommen

Düsseldorfs Erster Bürgermeister Bungert hat Schwierigkeiten, sich verständlich zu machen. Ohrenbetäubender Lärm, verursacht von den Straßenbahnen, die in Abständen über die Brücke fahren, schneidet ihm immer wieder das Grußwort ab. Der Bürgermeister hebt den hohen Stellenwert hervor, den die Landeshauptstadt Düsseldorf dem Katastrophenschutz beimißt. Er hoffe trotz des widrigen Wetters auf einen regen Besuch der Schau.

Auch Innenminister Dr. Herbert Schnoor kämpft gegen den Lärm an. Der Minister freut sich, daß „es gelungen ist, diese Veranstaltung zu realisieren“. Es sei wichtig, daß die Hilfsorganisationen in die Öffentlichkeit gingen, um dem Bürger zu zeigen, was der Katastrophenschutz vermag. Dr. Schnoor dankt den Helferinnen und Helfern im Namen der Landesregierung für ihren selbstlosen Einsatz.

Der Tag soll dem Bürger auch Gelegenheit geben, mit den Helfern und Mitarbeitern der Hilfsorganisationen ins Gespräch zu kommen, führt der Minister weiter aus. Wichtig sei der unmittelbare Kontakt mit dem Helfer, um dem Bürger Anstöße zu geben, darüber nachzudenken, wem er es zu verdanken habe, heutzutage in einer relativen Sicherheit leben zu können. Der Innenminister appelliert an die Bürger, nicht nur ihr finanzielles Scherflein beizutragen, sondern auch mitzuarbeiten in den Organisationen des Katastrophenschutzes.

Information beim MHD (von links): Ulrich John, Katastrophenschutz-Referent im Innenministerium NW, Innenminister Dr. Schnoor, MHD-Landesgeschäftsführer Mario Nowak und der Geschäftsführer des MHD-Ortsverbandes Köln, Ernst Brück.



Mit dem „Regionalen Betreuungszug Düsseldorf“ ist die JUH vertreten.



Ein Gespräch mit dem ASB (von links): Ltd. Ministerialrat Herbert Fuchs, Ministerialdirigent Hans Maier-Bode, Abteilungsleiter „Feuerschutz, Katastrophenschutz, Zivilschutz und Zivile Verteidigung“ im Innenministerium NW, Innenminister Dr. Schnoor, ASB-Ortsverbandsvorsitzender Schönthier.





DRK-Landesbereitschaftsführer Blankerts demonstriert dem Minister die Arbeitsweise der „Milchkuh“.



DLRG-Landesverbandspräsident Jan Schmitz (dritter von rechts) zeigt die Einsatzmöglichkeiten eines Rettungsbootes auf.



THW-Helfer erläutern Minister Schnoor die umfangreiche Ausstattung der Einsatzfahrzeuge.



Der Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes NW, Schneider (vierter von links), nimmt Stellung zu Fragen des Ministers.

Dr. Schnoor nutzt die Gelegenheit, auch den Gemeinden zu danken, „die trotz ihrer finanziellen Belastungen viel für den Katastrophenschutz und das Rettungswesen tun“. Zum Schluß weist der Minister darauf hin: Einen absoluten Schutz könne auch der beste Katastrophenschutz nicht gewährleisten. Jeder Bürger müsse selber mithelfen. „Wenn ich daran erinnere, dann auch deshalb, weil gerade in einem hochverdichteten Industrieland wie Nordrhein-Westfalen täglich neue Gefahren auftreten können, bisher unbekannte Gefahren. Ich erinnere beispielsweise an die gegenwärtige Diskussion über Dioxin, die uns alle doch sehr bewegt...“

Den Ansprachen unter der Oberkasseler Brücke folgt ein Besuch bei den einzelnen Hilfsorganisationen. Der Innenminister hat sich viel Zeit genommen und läßt sich aufmerksam die vielen Fahrzeuge und die umfangreiche Ausrüstung der Organisationen erläutern. Die Helfer beantworten viele interessierte Fragen des Ministers und weisen auch auf ihre Probleme und Sorgen hin.

Ein umfassender Überblick

Die DRK-Landesverbände Nordrhein und Westfalen-Lippe haben am Ufer des Rheins eine Wasseraufbereitungsanlage, einen Werkstatt- und Laborwagen, die sogenannte „Milchkuh“, einen Funkzug sowie einen Einsatzleitwagen aufgestellt.

Der Malteser-Hilfsdienst zeigt ein Container-Fahrzeug, eine verlastbare Behindertentoilette, einen Küchenkraftwagen mit Feldkochherd und einen kompletten Funkzug.

Mit dem „Regionalen Betreuungszug Düsseldorf“ ist die Johanniter-Unfall-Hilfe vertreten. Der Arbeiter-Samariter-Bund schließt sich mit dem „Regionalen Katastrophenschutzzug“ des Ortsverbandes Düsseldorf an die Fahrzeuge der JUH an.

Mit je einem Wasserrettungszug „Rauwasser“ und „Seen und Kanäle“, einem Rettungstaucher-Trupp sowie Spezialscheinwerfern für die Suche nach im Wasser treibende Personen demonstrieren

die Landesverbände Nordrhein und Westfalen der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft ihre Einsatzbereitschaft.

Ein Bergungs- und Instandsetzungszug sowie eine Fähre auf dem Rhein zeigen die Aufgaben des Technischen Hilfswerks auf.

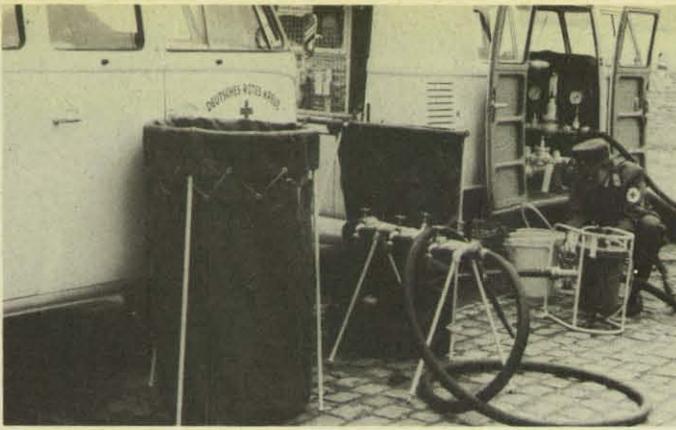
Die Freiwillige Feuerwehr Mettmann präsentiert zwei Löschfahrzeuge und einen Rüstwagen.

Die schwersten Fahrzeuge zeigt die Berufsfeuerwehr Düsseldorf: Sie ist mit einem 35-Tonnen-Kran, einer 30-Meter-Drehleiter sowie verschiedenen Rüstwagen an den Rhein gekommen. Auf dem Rhein demonstriert das Feuerlöschboot 2 seine Einsatzmöglichkeiten.

Mit einem Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug (DMF) macht die 1. ABC-Einheit der Regieeinheiten Düsseldorf auf sich aufmerksam.

Besondere Aufmerksamkeit zieht der Hilfszug „Chemie“ der Feuerwehr der Bayer AG Dormagen auf sich.

Schließlich zeigt die Freiwillige Feuerwehr



Rheinwasser verwandelt die Trinkwasseraufbereitungsanlage des DRK in Trinkwasser.



Der „Regionale Katastrophenschutzzug“ des ASB-Ortsverbandes Düsseldorf.



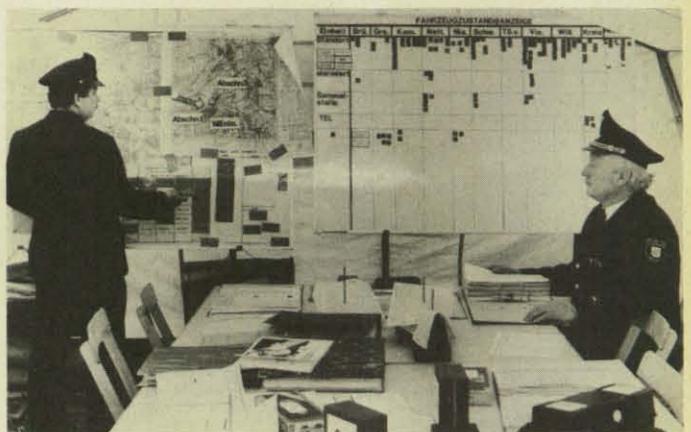
Die JUH-Fahrzeuge in Reih und Glied.



Eine verlastbare Behindertentoilette des MHD.



Ein Instandsetzungszug des THW mit den verschiedenen Gerätesätzen.



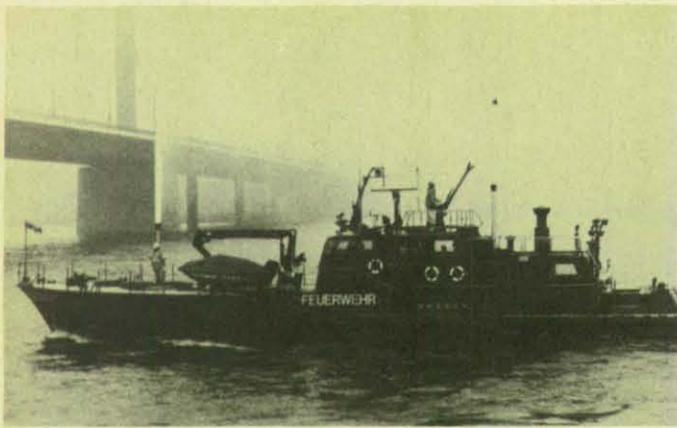
Die Technische Einsatzleitung der Freiwilligen Feuerwehr Viersen ist in einem Zelt untergebracht.



Der Hilfszug „Chemie“ der Feuerwehr der Bayer AG Dormagen.



Die THW-Fähre auf dem Rhein.



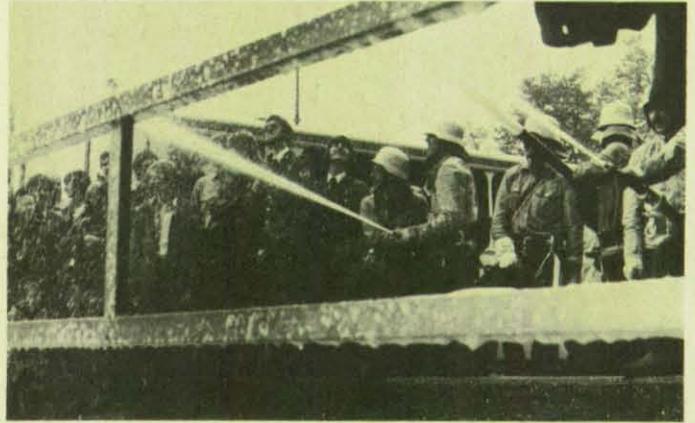
Das Feuerlöschboot 2 der Berufsfeuerwehr Düsseldorf.



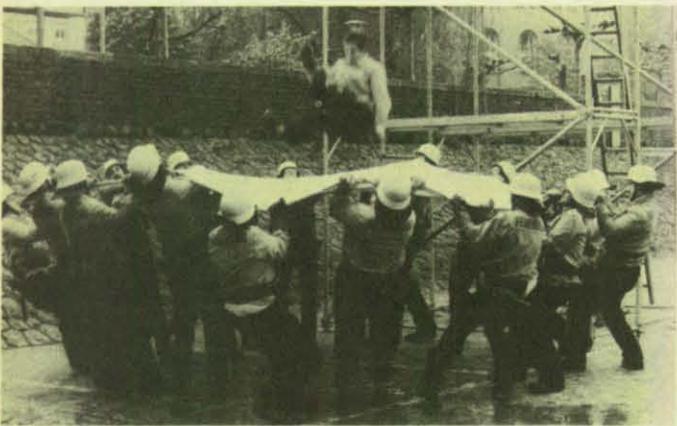
Helfer des THW demonstrieren das Ablassen aus Höhen.



Schnelligkeit ist Trumpf: Die Freiwillige Feuerwehr Mettmann zeigt einen Löschangriff.



Innerhalb kurzer Zeit heißt es: „Wasser marsch!“



Den Abschluß der Vorführungen der Feuerwehr bildet die Demonstration des Sprungtuchs.



Der „Verletzte“ ist von den DLRG-Helfern geborgen worden und wird den MHD-Helfern übergeben.



Viele Zuschauer beobachten die schnelle Rettungsaktion der DLRG und des MHD.



Gut versorgt wird Innenminister Dr. Schnoor vom MHD. Auch ihm schmeckt der Eintopf gut.

Viersen einen Einsatzleitwagen sowie ein Zelt, in dem die Technische Einsatzleitung (TEL) untergebracht ist.

Ausschnitte aus dem Einsatzprogramm

Stellvertretend für die rund 214 000 Helferinnen und Helfer des friedensmäßigen Katastrophenschutzes des Landes Nordrhein-Westfalen haben sich die Organisationen viel Mühe gemacht, der Bevölkerung eine eindrucksvolle Fahrzeug- und Geräteschau zu präsentieren. Sie wollen damit der Öffentlichkeit einen umfassenden Überblick über ihren Leistungsstand und die Einsatzmöglichkeiten bieten.

Einige Einheiten zeigten interessante Ausschnitte. So zieht eine Rettungsaktion der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft viele Zuschauer an: Auf dem Rhein brennt ein Schiff. Schnell sind die leuchtend roten DLRG-Boote am Einsatzort. Ein Mann ist über Bord gegangen und wird von den Helfern aus dem Wasser geborgen. Schon auf der Fahrt zum Ufer wird der „Verletzte“ fachgerecht versorgt. Über die Fähre des THW, die als Steg dient, bringen die Einsatzkräfte den „Bewußtlosen“ zum Rettungswagen des MHD. Auch Minister Dr. Schnoor, kritischer Beobachter der Übung, zollt der schnellen Bergungsaktion Beifall.

Schnell ist auch der Löschzug der Freiwilligen Feuerwehr Mettmann: Schläuche fliegen, Verteiler werden ausgelegt, Strahlrohre angekuppelt, und schon heißt es: „Wasser marsch!“. Die Schläuche füllen sich, werden prall, aus je zwei B- und C- sowie einem Mittelschaumrohr spritzen Wasser und Schaum – alles geht in Minutenschnelle. Man merkt es den 20 Feuerwehrmännern an, sie haben Spaß an der Aktion und sind gut vorbereitet. Auch hier gibt es Applaus für den vorbildlich vorgetragenen Löschangriff.

Was Präzision und Können ist, zeigt auch das Technische Hilfswerk. Von einem Stahlrohrgerüst aus wird das „Bergen aus Höhen“ demonstriert. Hier kommt es nicht auf Schnelligkeit an – Sicherheit und Sorgfalt sind bei dieser Rettungsaktion Trumpf.

Gut versorgt

Um den tristen Regentag ein wenig fröhlicher zu gestalten, überbrücken der Musikzug Borgholzhausen und der Spielmannszug Neuenkirchen mit schmissigen Weisen die Pausen zwischen den einzelnen Vorführungen. Kontrastprogramm bietet eine Combo des THW. Die Musiker haben die Pritsche eines Lkw zur Bühne umfunktioniert.

Etwas zuviel haben das DRK, die JUH und der MHD gekocht. Die Küchenchefs rechneten wohl mit besserem Wetter und einer

Erst einmal eine Stärkung für die Mädchen des Spielmannszugs.



Mit schmissigen Weisen verkürzt der Spielmannszug Neuenkirchen die Pausen.



Seine Geldbörse zückt Minister Dr. Schnoor für die Lotterie der DLRG. (Fotos: Günter Sers)



größeren Anzahl von Besuchern für ihren schmackhaften Eintopf. Doch freuen sie sich über das einhellige Lob der Einsatzkräfte und Gäste. Wer nimmt, nimmt reichlich – es schmeckt allen.

Für den Ernstfall gewappnet

Ist auch, bedingt durch das naßkalte Wet-

ter, die Besucherzahl nicht so groß wie die Organisatoren erwartet haben, so können sich die Unentwegten doch einen guten Einblick verschaffen, was das Land Nordrhein-Westfalen und Hilfsorganisationen zu ihrem Schutz bereithalten. Die Fahrzeug- und Geräteschau zeigt: Die Katastrophenschutz-Organisationen sind für den Ernstfall gewappnet – der Bürger kann sich auf sie verlassen.

Die Nordatlantik-Pakt-Organisation

Entstehungsgeschichte, Strukturen und Organisation der NATO / 3. Fortsetzung

3. Die Entwicklung der Nordatlantik-Pakt-Organisation von 1952 bis zur Gegenwart

a) In den auf die Lissaboner Tagung von 1952 folgenden drei Jahren vervollkommnete die NATO ihre politische, zivile und militärische Organisation durch die Einsetzung zusätzlicher Ausschüsse, so z. B. durch den 1955 gegründeten **Oberausschuß für zivile Verteidigung** (Senior Civil Emergency Planning Committee = SCEPC) und durch den Ausbau der militärischen Kommandostruktur, ohne daß hier auf Einzelheiten eingegangen zu werden braucht.

In dieser Zeit wurden auch eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die noch heute weiter wirken⁵³). So wurde 1952 beschlossen, alljährlich eine Erhebung über die Verteidigungsanstrengungen der Mitgliedstaaten durchzuführen. Dieses sog. Jahreserhebungsverfahren war vom „Zeitweiligen Ratsausschuß“ 1951 vorgeschlagen worden, um die Verteidigungsprogramme auf die nationalen Möglichkeiten abzustimmen und eine gerechtere Verteilung der finanziellen Gesamtlast auf die Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Ferner wurde 1952 die Durchführung gemeinsamer Manöver der Streitkräfte aller NATO-Staaten beschlossen. 1953 folgten dann die erste Festlegung von Streitkräftezielen, Beschlüsse über ein erstes gemeinsames Infrastrukturprogramm und die Aufteilung der Kosten zu seiner Finanzierung sowie die Aufstellung koordinierter Rüstungsproduktionsprogramme. Außerdem wurden erstmalig im Dezember 1953 Vorkehrungen zur Koordinierung der nationalen Pläne für den Schutz der Zivilbevölkerung, für ihre Versorgung und für die Lenkung von Transportmitteln in einem Kriege vereinbart.

Das Jahr 1954 stand dann mehr oder minder im Zeichen der Verhandlungen über die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in das Bündnis. Nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) mußten neue Lösungen gefunden werden. Sie sind bereits in anderem Zusammenhang dargestellt worden⁵⁴).

Mit dem am 5. Mai 1955 vollzogenen Bei-

tritt als 15. Mitgliedstaat der NATO erhielt die Bundesrepublik Deutschland Sitz und Stimme in den bestehenden Spitzengremien und Ausschüssen der Allianz. Wie alle anderen Staaten errichtete sie eine Ständige Vertretung bei der NATO in Paris und unterstellte sie einem Delegationsleiter im Botschafterrang. Außerdem begann unverzüglich die Aufstellung deutscher Streitkräfte, die dem Bündnis zur Verfügung gestellt werden sollten. Weitere organisatorische Konsequenzen für die NATO hatte der deutsche Beitritt nicht. Schwierigkeiten ergaben sich für das Bündnis lediglich aus der Notwendigkeit, in den integrierten Einrichtungen und Kommandobehörden Stellen für deutsche Beamte und Offiziere verfügbar zu machen, die eine angemessene Beteiligung des neuen Bündnispartners erlaubten.

Noch im Jahre 1955 führte der NATO-Rat angesichts der sowjetischen Rüstung die ersten Erörterungen über die Ausrüstung der NATO-Streitkräfte mit nuklearen Waffen⁵⁵). Auch beschloß der Rat eine Reorganisation der Luftverteidigung mit dem Ziele, diese schon in Friedenszeiten voll zu integrieren⁵⁶).

b) Angesichts der internationalen Lage mußte sich das Bündnis in immer größerem Umfang mit nichtmilitärischen Fragen befassen. Schon die im Juli 1955 in Genf zusammengetretene und im November des gleichen Jahres gescheiterte Viermächte-Konferenz über Deutschland hatte die wachsende Bedeutung der politischen Konsultation der Mitgliedstaaten erkennbar werden lassen.

Bei seiner Minister-Tagung am 4. und 5. Mai 1956 setzte der NATO-Rat daher einen „Dreier-Ausschuß“ ein⁵⁷). Dieser sollte Empfehlungen zur Verbesserung und Erweiterung der Zusammenarbeit der Bündnisstaaten auf nichtmilitärischem Gebiet und zur Stärkung der Einheit innerhalb der atlantischen Gemeinschaft ausarbeiten.

Der „Dreier-Ausschuß“, der aus den Außenministern Italiens, Kanadas und Norwegens bestand, legte seinen Bericht dem NATO-Rat im Dezember 1956 vor⁵⁸). Das wichtigste Kapitel dieses Berichtes war der Intensivierung der politischen Konsultation gewidmet⁵⁹). Wie bedeutsam diese Frage

war, hatten gerade die Suez-Krise und die sowjetische Intervention in Ungarn Ende Oktober/Anfang November 1956 gezeigt.

Bei der Ministertagung vom 11. bis 14. Dezember 1956 billigte der NATO-Rat die Empfehlungen des „Dreier-Ausschusses“. Auf ihrer Grundlage faßte er außerdem eine Entschliebung über die friedliche Regelung von Streitfällen und Meinungsverschiedenheiten zwischen Mitgliedern der Organisation des Nordatlantik-Vertrages⁶⁰).

Die Billigung der Empfehlungen des „Dreier-Ausschusses“ führte zu einer Reihe von organisatorischen Änderungen⁶¹):

- Der NATO-Rat auf Ministerebene sollte nicht mehr ausschließlich in Paris – wie dies seit 1952 geschehen war –, sondern gelegentlich auch in anderen Hauptstädten tagen. Der Ständige NATO-Rat blieb dagegen unverändert in Paris.

- Der Generalsekretär sollte künftig bei den Ministertagungen ebenso wie im Ständigen Rat den Vorsitz führen. Neugeschaffen wurde das Amt eines Präsidenten des Ministerrates, das ehrenhalber in jährlicher Folge der Außenminister eines der Mitgliedstaaten innehat.

- Der Generalsekretär sollte ferner für die Förderung und Leitung des Konsultationsverfahrens zwischen den NATO-Mitgliedstaaten auf allen nichtmilitärischen Gebieten verantwortlich sein. Als Grundlage für eine jährlich durchzuführende politische Lagebeurteilung durch die Minister sollte er künftig einen zusammenfassenden Bericht vorlegen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe war ein weiterer Ausbau des Internationalen Stabes vorzunehmen.

- Weiterhin wurde die Einsetzung eines **Ausschusses der politischen Berater** (Committee of Political Advisers, später Political Committee) beschlossen, der sich aus den Leitern der politischen Abteilungen der nationalen Vertretungen, ggf. verstärkt durch Beamte aus den Hauptstädten, zusammensetzte. Der Ausschuß sollte für die Konsultation in allen politischen Angelegenheiten zuständig sein und die Beratungen im NATO-Rat vorbereiten.

- Endlich wurde die Bildung eines **Ausschusses der Wirtschaftsberater** (Committee of Economic Advisers, später Eco-

nomics Committee) beschlossen, der die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Bereich der Wirtschaftspolitik verbessern sollte. Er setzte sich zunächst aus Fachleuten der Wirtschaftsministerien der Partnerstaaten, später aus den Leitern der Wirtschaftsabteilungen der nationalen Vertretungen zusammen.

Alle vom NATO-Rat beschlossenen Änderungen wurden im Laufe des Jahres 1957 durchgeführt. Noch im gleichen Jahre wurde ein **Wissenschaftsausschuß** (Science Committee) zur Verbesserung und Förderung der Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem und technologischem Gebiet gegründet.

c) Die weitere Entwicklung der NATO wurde maßgeblich durch Ereignisse und Abläufe in drei verschiedenen Bereichen geprägt:

● In den ersten Bereich fallen eine Reihe schwerer internationaler Krisen, von denen einige die Gefahr eines militärischen Konfliktes mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten im Warschauer Pakt heraufbeschworen (Juli 1958 Nahostkrise; November 1958 Berlin-Ultimatum Chruschtschows; Mai 1960 U-2-Zwischenfall; April 1961 fehlgeschlagene Landung von Exilkubanern in der Schweinebucht; August 1961 Bau der Berliner Mauer; Oktober 1961 Angriff Chinas auf Indien; Oktober/November 1961 Kuba-Krise; Ende 1963 erneute Zypern-Krise; April 1964 Blockade der Zugangswege nach Berlin).

Diese Krisen zwangen die NATO zur Entwicklung von Verfahren für das Krisenmanagement und zur Schaffung der erforderlichen organisatorischen und technischen Voraussetzungen. An ihrem Ende stand 1966 die Errichtung eines ständig präsenten Lagezentrums. Später folgte die Schaffung der notwendigen Fernmeldeverbindungen⁶²). In den folgenden Jahren wurde dann für diese Aufgaben ein besonderer **Ausschuß für Ratstätigkeiten und Übungen** (Council Operations and Exercise Committee = COEC) gegründet⁶³).

● Der zweite Bereich umfaßt eine größere Anzahl bi- und multilateraler Verhandlungen, an denen NATO-Staaten und Staaten des Warschauer Paktes beteiligt waren (1957 Verhandlungen des Abrüstungs-Unterausschusses der Vereinten Nationen mit Beteiligung der Sowjetunion, Kanadas, Frankreichs, Großbritanniens und der USA; 1958 Vorverhandlungen für eine West-Ost-Gipfel-Konferenz; 1959 Besuche westlicher Staatsmänner in Moskau, Chruschtschow in den USA; Vorverhandlungen über eine neue Deutschland-Konferenz; 1960 erneute Abrüstungsverhandlungen in Genf im Rahmen des Zehn-Mächte-Ausschusses, dem je fünf Staaten der NATO und des Warschauer Paktes angehörten; 16. Mai 1960 Gipfel-Konfe-

renz in Paris, die Chruschtschow abbricht; Juni 1961 Treffen Präsident Kennedys mit Chruschtschow in Wien; März 1962 Beginn einer 17-Mächte-Abrüstungs-Konferenz in Genf; 20. Juni 1963 Abkommen zwischen den USA und der Sowjetunion über die Einrichtung einer direkten Fernmeldeverbindung [sogenanntes Rotes Telefon]; Juli 1963 Paraphierung eines Abkommens zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Welt-raum und unter Wasser in Moskau).

Im Ergebnis konnten weder in der Deutschland-Frage noch bei den Abrüstungsverhandlungen Fortschritte erzielt werden, da sich die Sowjetunion beharrlich weigerte, Kompromisse zu schließen, die die Interessen der NATO-Staaten hinreichend berücksichtigen.

Die Vorbereitung und Führung dieser Verhandlungen hatte für die NATO eine außerordentliche Intensivierung der politischen Konsultationen zur Folge. Es mußte verhindert werden, daß die Sowjets einzelne NATO-Staaten gegen andere ausspielten. Es gelang sicherzustellen, daß alle beteiligten Staaten ihre Stellungnahmen mit den Bündnispartnern abstimmten, so daß bei den Konferenzen ein annähernd gemeinsamer Standpunkt der Allianz vertreten wurde.

● Der dritte Bereich umfaßte die Ausrüstung der NATO-Streitkräfte mit nuklearen Waffen und die Entwicklung von Verfahren und Richtlinien für ihren Einsatz.

Schon bei der Ministertagung des NATO-Rates in Bonn im Mai 1957 hatte der Rat festgestellt⁶⁴), daß der Sowjetunion kein Monopol an nuklearen Waffen auf dem europäischen Kontinent zugestanden werden könne. Die Allianz müsse in der Lage sein, jedem Angriff wirksam zu begegnen. Deshalb könne ihr die Sowjetunion das Recht, moderne Waffen für ihre Verteidigung zu besitzen, nicht bestreiten.

Bei der Ratstagung im Dezember 1957 in Paris beschlossen die Regierungschefs der Mitgliedstaaten⁶⁵), daß in Europa Vorräte an nuklearen Waffen gebildet und dem Obersten Alliierten Befehlshaber Europa (SACEUR) ballistische Flugkörper mittlerer Reichweite zur Verfügung gestellt werden sollten. Einzelheiten waren durch Vereinbarungen mit den USA zu regeln. Damit war ein Schritt von erheblicher Tragweite getan. Er diente dem strategischen Konzept der massiven Abschreckung durch konventionelle und nukleare Waffen im taktischen Bereich und durch strategische Nuklearwaffen zur Vergeltung.

Bei der Ministertagung des NATO-Rates im Mai 1962 in Athen nahm der Rat die Erklärung der USA zur Kenntnis⁶⁶), daß sie die benötigten Nuklearwaffen für die Verteidigung der Allianz zur Verfügung stellen wer-

de. Die anwesenden Außen- und Verteidigungsminister prüften ferner⁶⁷), unter welchen Umständen sich das Bündnis zum Einsatz von Kernwaffen gezwungen sehen könnte (sog. Athener Richtlinien).

Nachdem sich Präsident Kennedy und der britische Premierminister Macmillan bei der Konferenz in Nassau auf den Bahamas vom 18. bis 20. Dezember 1962 bereit erklärt hatten, einen Teil ihrer nationalen nuklearen Streitkräfte der NATO zu unterstellen⁶⁸), befaßte sich der NATO-Rat auf Ministerebene bei seiner Tagung in Ottawa vom 22. bis 24. Mai 1963 vorrangig mit der Organisation der Nuklear-Streitkräfte des Bündnisses⁶⁹). Er nahm zur Kenntnis, daß die britische V-Bomber-Flotte und drei amerikanische Polaris-Unterseeboote SA-CEUR unterstellt (assigniert) werden sollten. SACEUR wurde aufgefordert, einen Stellvertreter für nukleare Angelegenheiten zu ernennen. Außerdem beschloß der Rat Maßnahmen, die eine breitere Mitwirkung von Angehörigen der nichtnuklear gerüsteten Mitgliedstaaten an der Nuklearplanung erlauben sollten.

Diese Entscheidungen hatten weiterreichende organisatorische Konsequenzen.

Noch im Jahre 1963 wurde ein **Verteidigungsplanungsausschuß** (Defence Planning Committee = DPC) ins Leben gerufen⁷⁰), der sich aus den Verteidigungsministern der Mitgliedstaaten zusammensetzte und vor dem Hintergrund der Entscheidungen auf nuklearstrategischem Gebiet die Verteidigungspläne prüfen und koordinieren sollte. Zentrale Frage war dabei, für eine ausreichende Ausgewogenheit der konventionellen und der nuklearen Elemente der Verteidigung zu sorgen.

Am 4. Juni 1964 stimmte dann der NATO-Rat einem Vorschlag des Militärausschusses zu, den Planungsstab der Ständigen Gruppe in Washington zu reorganisieren⁷¹). Sinn dieses Vorschlages war es, Offiziere aus nicht der Ständigen Gruppe angehörenden Mitgliedstaaten an der Ausarbeitung der militärischen Pläne und Grundsätze zu beteiligen.

Schließlich vertrat der Verteidigungsplanungsausschuß bei seiner Tagung in Paris vom 31. Mai bis 1. Juni 1965 die Auffassung⁷²), daß einer Verbesserung der Konsultation und der Beteiligung interessierter Mitgliedstaaten an der nuklearen Planung weitere Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse.

Damit waren die Weichen für weitere organisatorische Veränderungen gestellt. Inzwischen trat aber ein gravierendes Ereignis ein, das erhebliche organisatorische Konsequenzen hatte.

d) Am 9. September 1965 hatte der französische Präsident de Gaulle auf einer Pressekonzferenz bekanntgegeben, daß Frankreich die militärische Integration seiner

Streitkräfte im Rahmen der NATO spätestens 1969 beenden werde⁷³).

Am 7. März 1966 unterrichtete de Gaulle nunmehr den amerikanischen Präsidenten Johnson, daß Frankreich die Absicht habe, sich aus den integrierten militärischen Kommandobehörden zurückzuziehen. In Notizen an alle anderen Mitgliedsregierungen teilte es dann am 10. März 1966 seinen Rückzug aus der militärischen Struktur des Bündnisses mit. Am 29. März 1966 erklärte die französische Regierung schließlich, daß die Unterstellung der französischen Streitkräfte unter die NATO-Kommandobehörden am 1. Juli 1966 beendet werde und die alliierten Streitkräfte ihre Hauptquartiere und Einrichtungen – soweit sie nicht der französischen Kontrolle unterstünden – bis spätestens 1. April 1967 Frankreich zu verlassen hätten.

Die von dieser Entscheidung betroffenen 14 Mitgliedsregierungen setzten daraufhin sofort eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des belgischen NATO-Botschafters ein, die über die Einzelheiten der französischen Forderungen verhandelte.

Bei der Ministertagung des NATO-Rates am 7. und 8. Juni 1966 in Brüssel konnten bereits die ersten Entscheidungen getroffen werden⁷⁴). Es wurde beschlossen, die Hauptquartiere des Obersten Alliierten Befehlshabers Europa (SACEUR) und der Alliierten Streitkräfte Mitteleuropa (Allied Forces Central Europe = AFCENT) aus Frankreich zu verlegen. Belgien und die Niederlande wurden aufgefordert, geeignete Standorte für beide Hauptquartiere anzubieten. Das gleiche Ersuchen wurde an Italien gerichtet, das die bis dahin in Paris bestehende NATO-Verteidigungsakademie (NATO Defence College) aufnehmen sollte. Die Rolle der französischen Streitkräfte in der Bundesrepublik und die Beteiligung Frankreichs an gemeinsamen NATO-Infrastruktur-Vorhaben wurde weiteren Beratungen vorbehalten.

Am 16. Juni 1966 beschloß der Rat dann, die Ständige Gruppe in Washington nunmehr aufzulösen und einen neuen Stab zu schaffen. Der Militärausschuß wurde aufgefordert, Vorschläge für die Bildung eines gemeinsam finanzierten, integrierten **Internationalen Militär-Stabes** (International Military Staff = IMS) vorzulegen.

Darüber hinaus mußte dringend ein weiteres Problem gelöst werden⁷⁵). Frankreich hatte sich zwar aus der militärischen Integration zurückgezogen, blieb jedoch Mitglied des Bündnisses. Damit stellte sich die Frage der **Spitzenorganisation** der Allianz. Im Ergebnis entschied sich der Rat dafür, die Zuständigkeit des **NATO-Rates** auf die politischen und die nichtmilitärischen Aufgaben des Bündnisses zu beschränken. In ihm blieben auch weiterhin alle 15 Mitgliedsregierungen vertreten.

Die Beratung, Koordinierung und Entscheidung aller Fragen in bezug auf integrierte Verteidigung der Allianz wurde dagegen dem 1963 gegründeten **Verteidigungsplanungs-ausschuß** (Defence Planning Committee = DPC) übertragen, in dem nur die Staaten vertreten sind, die sich an der integrierten Verteidigung beteiligen. Für den Verteidigungsplanungs-ausschuß (DPC) sollten im übrigen die gleichen Regelungen wie für den NATO-Rat gelten. Das DPC tagt mithin laufend auf Botschaferebene und zweimal im Jahr auf der Ebene der Verteidigungsminister. Den Vorsitz führt der Generalsekretär.

Bereits am 21. Juni 1966 billigte das belgische Parlament die Aufgaben des Hauptquartiers der Alliierten Streitkräfte Europa in Belgien⁷⁶). Aufgrund eines Vorschlages der belgischen Regierung wurde am 13. September 1966 die Verlegung dieses Hauptquartiers von Rocquencourt in Frankreich nach Casteau nahe Mons in Belgien beschlossen. Am 1. April 1967 nahm es dort seine Tätigkeit auf.

Am 10. Oktober 1966 beschloß der NATO-Rat⁷⁷) dann die Verlegung des Hauptquartiers der Alliierten Streitkräfte Mitteleuropa von Fontainebleau nach Brunssum in den Niederlanden nahe der deutschen Grenze. Es wurde dort am 1. Juni 1967 in Betrieb genommen.

Ebenfalls am 10. Oktober 1966 bezog die NATO-Verteidigungsakademie ihr neues Gebäude in Rom⁷⁸).

Die Verlegung der militärischen Hauptquartiere in die Benelux-Staaten warf nun allerdings auch die Frage auf, ob es zweckmäßig war, weiterhin an Paris als Sitz des NATO-Rates, seiner Ausschüsse und des Internationalen Stabes festzuhalten⁷⁹). Es war ja gerade der Sinn der Beschlüsse von Lissabon im Jahre 1952 gewesen, alle diese Einrichtungen in unmittelbarer Nähe des SACEUR zu konzentrieren. Obwohl die französische Regierung dies nicht verlangt hatte, beschloß der NATO-Rat nunmehr am 26. Oktober 1966, auch den Sitz der NATO – und damit die vorgenannten Einrichtungen – nach Brüssel zu verlegen.

Daraufhin wurden am Stadtrand von Brüssel in kürzester Zeit Gebäude errichtet, in denen der NATO-Rat, seine Ausschüsse und der Internationale Stab am 16. Oktober 1967 ihre Tätigkeit aufnahmen. Gleichzeitig erfolgte auch die Unterbringung und Übersiedlung der nationalen Vertretungen der Mitgliedstaaten in die belgische Hauptstadt.

Im Lichte dieser Entscheidungen war es nur folgerichtig, daß der Verteidigungsplanungs-ausschuß am 10. November 1966 beschloß, nunmehr den Militärausschuß von Washington nach Brüssel zu verlegen und auch den neuzubildenden Internationalen Militär-Stab dort unterzubringen. Der

Stab wurde am 10. Februar 1967 errichtet⁸⁰).

Die geschilderten zahlreichen Veränderungen gaben dem Verteidigungsplanungs-ausschuß (DPC) Veranlassung, auch die seit geraumer Zeit drängende Frage einer Beteiligung der nichtnuklearen NATO-Staaten an der nuklear-strategischen Planung zu lösen. Auf seiner Sitzung am 14. Dezember 1966 beschloß der Verteidigungsplanungs-ausschuß, zwei neue Gremien zu bilden⁸¹), nämlich

● einen Ausschuß für nukleare Verteidigungsfragen (Nuclear Defence Affairs Committee = NDAC) und

● die **Nukleare Planungsgruppe** (Nuclear Planning Group = NPG).

Der Ausschuß für nukleare Verteidigungsfragen wurde dem Verteidigungsplanungs-ausschuß (DPC) unterstellt. Er war für nuklearstrategische Grundsatzfragen zuständig. Unter Vorsitz des Generalsekretärs sollte er auf der Ebene der Verteidigungsminister tagen. Die Zugehörigkeit zum Ausschuß stand grundsätzlich jedem Mitgliedstaat offen, doch machten Frankreich, Island und Luxemburg keinen oder nur eingeschränkten Gebrauch von ihrem Beteiligungsrecht.

Die Nukleare Planungsgruppe (NPG) bestand ursprünglich nur aus Vertretern von sieben Mitgliedstaaten, die vom Ausschuß für nukleare Verteidigungsfragen für begrenzte Zeit gewählt wurden, damit alle interessierten Länder Gelegenheit erhielten, sich an ihren Arbeiten zu beteiligen. Die NPG sollte sich mit konkreten Aspekten der Nuklearplanung befassen. Sie ist als ständige Einrichtung gedacht und tagt sowohl auf der Ebene der Verteidigungsminister als auch auf der Ebene der ständigen Vertreter. Ab November 1979 wurde die Zugehörigkeit zur Nuklearen Planungsgruppe erweitert. Heute gehören der NPG 13 Mitgliedstaaten an. Dadurch ist der Ausschuß für nukleare Verteidigungsfragen nahezu bedeutungslos geworden, obwohl er formal noch besteht.

e) Alle diese Regelungen hatten zur Folge, daß es seit 1966/67 wieder drei Spitzengremien der NATO gibt, die in gewissen Abständen auf Ministerebene, im übrigen aber auf der Ebene der ständigen Vertreter laufend tagen, nämlich

● den NATO-Rat,

● den Verteidigungsplanungs-ausschuß (DPC) und

● den Ausschuß für nukleare Verteidigungsfragen (NDAC) bzw. die Nukleare Planungsgruppe (NPG).

Die in den Jahren 1966 und 1967 geschaffene Organisation ist bis heute nahezu unverändert geblieben. Sie wurde lediglich 1969 noch durch die Gründung eines **Um-**

welt-Ausschusses (Committee on the Challenges of Modern Society = CCMS) ergänzt⁸²).

Schließlich ist auch noch die 1968 erfolgte Gründung der **Eurogruppe** zu erwähnen. Sie ist ein Zusammenschluß europäischer Mitgliedsregierungen im Rahmen der NATO. Die Eurogruppe dient einer engeren europäischen Zusammenarbeit im Bündnis, um den Beitrag Europas zur gemeinsamen Verteidigung so stark wie möglich zu gestalten⁸³).

f) Die weiteren politischen Entwicklungen zwischen 1966 und der Gegenwart hatten auf die Organisation des Bündnisses keinen Einfluß mehr. Diese hatte vielmehr 1966/67 eine den Erfordernissen der Allianz entsprechende Gestalt gefunden, auch wenn sie ständig neuen Gesichtspunkten Rechnung tragen muß.

Die NATO blieb auch weiterhin mit Problemen des Krisenmanagements konfrontiert (1967 Sinai-Krieg; 1968 ČSSR-Krise; 1973 Jom Kippur-Krieg; 1974 Zypern-Krise; 1979 Geiseldrama in Teheran und sowjetischer Einmarsch in Afghanistan; 1980 Beginn des Iran-Irak-Konfliktes; 1982 Libanon-Krieg).

Ebenso gewann die politische Konsultation aufgrund der laufenden West-Ost-Verhandlungen weiter an Gewicht. Es sei hier nur

● an die deutschen Ost-Verträge von 1970,

● an das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin 1971;

● an die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über die Begrenzung strategischer Waffen (SALT I) von 1969 bis 1972,

● an den deutsch-deutschen Vertrag und die Vier-Mächte-Erklärung über Berlin von 1972,

● an die Verhandlungen über SALT II von 1972 bis 1979,

● an die Verhandlungen über eine gegenseitige ausgewogene Truppenreduzierung in Wien (MBFR) seit 1973,

● an die KSZE-Konferenz von Helsinki von 1973 bis 1975,

● an die KSZE-Folge-Konferenz von Belgrad 1977 und Madrid seit 1980 und

● an die Verhandlungen über die Begrenzung der Mittelstreckenrüstung (INF) in Genf ab 1981 erinnert.

Unverändert sah sich die NATO auch dem Problem gegenüber, wie sie neben den Bemühungen um einen Abbau des Ost-West-Gegensatzes eine ausreichende Abschreckung sicherstellen konnte. Der Harmel-Bericht vom Dezember 1967⁸⁴) hatte deutlich gemacht, daß militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung keinen Widerspruch, sondern eine gegenseitige Ergänzung darstellen. Militärische Stärke und politische Solidarität müßten aufrechterhalten werden, „um gegenüber Aggressionen und anderen Formen von Druckanwendung abschreckend zu wirken und das Gebiet der Mitgliedstaaten zu verteidigen, falls es zu einer Aggression kommt“⁸⁵).

Diesem Ziele diente die Änderung des strategischen Konzepts der NATO, die vom Verteidigungsplanungsausschuß (DPC) bei seiner ersten Sitzung in Brüssel vom 13. bis 14. Dezember 1967 beschlossen wurde⁸⁶). Sie löste die alte Doktrin der massiven Vergeltung ab und ersetzte sie durch die Strategie der angemessenen Reaktion (flexible response). Diese soll die Abschreckung durch den Verbund konventioneller Streitkräfte mit nuklearen Kräften mittlerer und kurzer Reichweite bis hin zu den global-strategischen Einsatzmitteln der USA und Großbritanniens sicherstellen⁸⁷). Der Stärkung der in dieser sog. „Triade“ verbundenen Elemente dienten die Anstrengungen der Mitgliedstaaten um die Erhaltung des strategischen Gleichgewichts bis hin zu dem NATO-Doppelbe-

schluß vom 12. Dezember 1979, der die Nachrüstung im Bereich der Mittelstreckenraketen für den Fall vorsieht, daß die laufenden Verhandlungen über einen Abbau der sowjetischen Systeme zu keinem befriedigenden Ergebnis führen sollten.

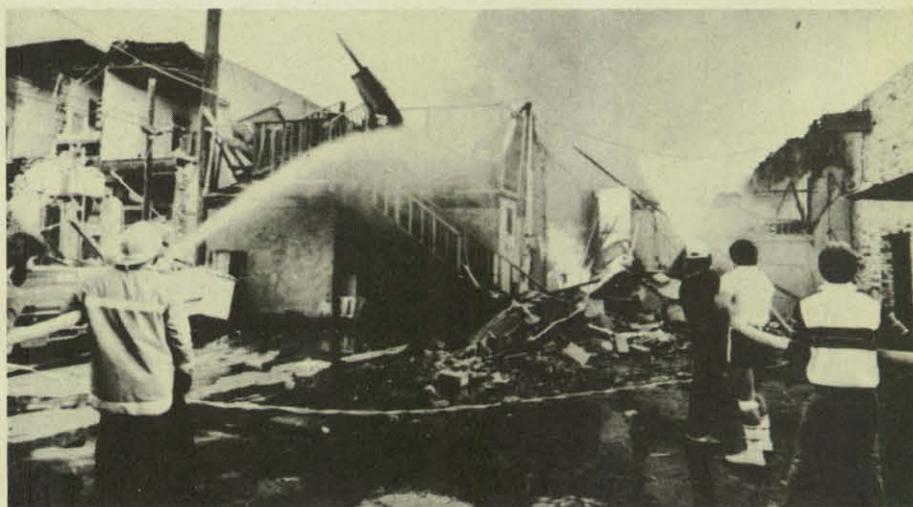
Diesen Anstrengungen ist es zu verdanken, daß das Bündnis seiner Funktion, Frieden in Freiheit zu sichern, trotz einer massiven sowjetischen Hochrüstung gerecht werden konnte. (Fortsetzung folgt)

- 53) vgl. „NATO-Handbuch“, 1960, S. 32
- 54) vgl. dazu Teil I, Ziff. 7 und 8 dieses Aufsatzes
- 55) vgl. „NATO-Facts“, 1969, S. 38
- 56) wie Anm. 55
- 57) vgl. „NATO-Handbuch“, 1960, S. 35
- 58) Text in „NATO-Facts“, 1969, Appendix 11, S. 303ff.
- 59) Zur Ausweitung der politischen Konsultation vgl. Teil II, Ziff. 2e) dieses Aufsatzes
- 60) Text in „NATO-Handbuch“, 1960, Anhang 3, S. 98
- 61) vgl. dazu „NATO-Handbuch“, 1960, S. 96/97
- 62) vgl. „NATO-Facts“, 1969, S. 97/98
- 63) vgl. „NATO-Facts“, 1981, S. 204/205
- 64) vgl. „NATO-Facts“, 1969, S. 39/40
- 65) wie vor, S. 41; „NATO-Handbuch“, 1960, S. 39 und S. 99ff.
- 66) wie Anm. 64, S. 50
- 67) vgl. „NATO-Facts“, 1969, S. 210; „NATO-Handbuch“, 1982, S. 71
- 68) vgl. „NATO-Handbuch“, 1982, S. 71
- 69) vgl. „NATO-Facts“, 1969, S. 51/52
- 70) vgl. „NATO-Facts“, 1969, S. 56; „NATO-Handbuch“, 1968, S. 10
- 71) vgl. „NATO-Facts“, 1969, S. 212
- 72) vgl. „NATO-Facts“, 1969, S. 212
- 73) vgl. zum Folgenden „NATO-Handbuch“, 1982, S. 74/75
- 74) vgl. zum Folgenden „NATO-Facts“, 1969, S. 56-58
- 75) vgl. dazu „NATO-Facts“, 1969, S. 56
- 76) vgl. zum Folgenden „NATO-Handbuch“, 1982, S. 75/76
- 77) wie Anm. 76
- 78) wie Anm. 76
- 79) wie Anm. 76
- 80) vgl. „NATO-Facts“, 1981, S. 104
- 81) wie Anm. 80, S. 50 und S. 152ff.; ferner „NATO-Handbuch“, 1979, S. 49 und 1982, S. 29
- 82) vgl. „NATO-Handbuch“, 1982, S. 78
- 83) vgl. Anm. 82, S. 52/53
- 84) Text abgedruckt in „NATO-Handbuch“, 1977, S. 69ff.
- 85) wie Anm. 60, Ziff. 5
- 86) vgl. „NATO-Facts“, 1969, S. 59/60
- 87) vgl. „NATO-Handbuch“, 1982, S. 18

Schweres Erdbeben in Kalifornien

Ein schweres Erdbeben hat in der Nacht zum 3. Mai 1983 in der 6500 Einwohner zählenden kalifornischen Stadt Coalinga (rund 300 Kilometer südwestlich von San Francisco) 2500 Häuser zerstört und 60 Verletzte gefordert. Das Beben, das den Wert 6,5 auf der Richterskala erreichte, forderte zum Glück keine Todesopfer, von den Verletzten brauchten nur zehn ein Krankenhaus aufzusuchen.

Nach dem Beben loderten an zahlreichen Stellen Brände auf, die jedoch von der Feuerwehr schnell gelöscht werden konnten (unser dpa-Foto).



Gerhard Escherich

Amateurfunk im Technischen Hilfswerk

Funkamateure des THW sichern den Kontakt zu den Einsatzkräften

Der Einsatz in Beirut war die Generalprobe – Arbeitskreis „Not- und Katastrophenfunk“ soll gebildet werden

Bei dem Erdbeben im Nordjemen zeigte sich sehr deutlich, daß ein wesentliches Merkmal von Naturkatastrophen der Zusammenbruch der Infrastruktur ist. Ob es eine Schneewetterlage in Norddeutschland, eine Überschwemmungskatastrophe in Indien oder ein Erdbeben in Algerien oder im Jemen ist: Gemeinsam ist allen Situationen nicht nur das Abschneiden der Verkehrswege, sondern auch der Ausfall der Fernmeldeverbindungen, sei es wegen Zerstörung oder völliger Überlastung.

Für eine wirksame Hilfeleistung in Katastrophengebieten ist jedoch Kommunikation eine wesentliche Voraussetzung. Nur dadurch können Hilfsaktionen eingeleitet, Kräfte herangeführt und die Hilfe sinnvoll gesteuert werden. Auch für die Helfer des Katastrophenschutzes sind gut funktionierende Verbindungswege für den Erfolg ihres Einsatzes ausschlaggebend.

Eine Aufgabe für Funkamateure

Obwohl in der Bundesrepublik Deutschland auf das Netz der BOS-Fernmeldemittel zurückgegriffen werden kann, ist dieses Netz bei großflächigen Katastrophen bald ausgeschöpft. Hier stellt sich eine Aufgabe für die Funkamateure, die diese Aufgabe in vielen Fällen schon erfolgreich wahrgenommen haben. Bei der Schneekatastrophe in Norddeutschland ließ sich z. B. durch die Funkamateure im Frequenzbereich 2 m und 70 cm (VHF/UHF) ein für den Katastrophenschutz wirksamer Sprechfunkverkehr landesweit aufbauen.

Noch wichtiger jedoch sind Fernmeldeverbindungen bei den Auslandseinsätzen von Katastrophenschutzkräften. Bei mehreren dieser Einsätze wurden lizenzierte Funkamateure erfolgreich mit ihren Geräten eingesetzt, um Verbindung zwischen den Einsatzkräften und der Leitung des THW in Bonn zu halten. Dies erfolgte z. B. in Ostpakistan, Äthiopien und der Türkei, hierfür wurden jeweils Sondergenehmigungen erteilt.

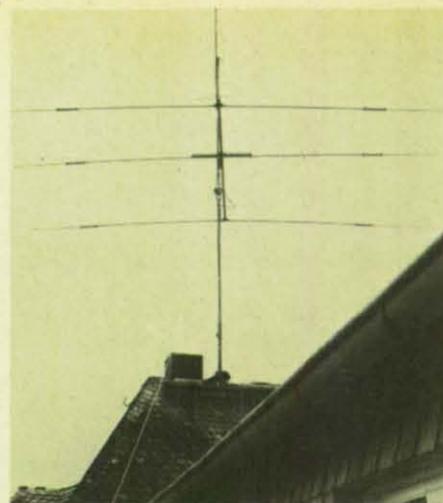
Die Kurzwelle ist ohne „Grenzen“

Seit jeher haben es Funkamateure als ihre Verpflichtung angesehen, ihre Kenntnisse in Notfällen zur Nachrichtenübermittlung zu nutzen. Die Kurzwelle bietet ohne Grenzen, bei jeder Entfernung ungehinderten Nachrichtenverkehr, sei es innerhalb Deutschlands oder nach Übersee bis zur Antarktis.

Bei vielen Katastrophen im Ausland wurden die ersten Meldungen und Hilferufe von Funkamateuren abgegeben und auch von deutschen Funkamateuren aufgenommen sowie erste Hilfsmaßnahmen im betroffenen Gebiet gesteuert.

Internationale Übereinkunft

Die Internationale Fernmelde-Union trug dieser Tatsache Rechnung und verabschiedete auf der Welt-Funkverwaltungskonferenz 1979 in Genf die Entschlie-



Nr. 640 über die „Internationale Benutzung von Funkverbindungen in den dem Amateurfunk zugewiesenen Frequenzbereichen bei Naturkatastrophen“. Sie beschloß u. a., daß die dem Amateurfunkdienst zugewiesenen Bereiche von den Verwaltungen für die Erfordernisse des internationalen Katastrophenverkehrs benutzt werden dürfen und ersucht die Verwaltungen, in ihrer nationalen Gesetzgebung Bestimmungen vorzusehen, die es ermöglichen, den Erfordernissen des Katastrophenverkehrs gerecht zu werden. In der Bundesrepublik Deutschland wurde dieser Empfehlung durch die Änderung der Durchführungsverordnung zum Amateurfunkgesetz Rechnung getragen.

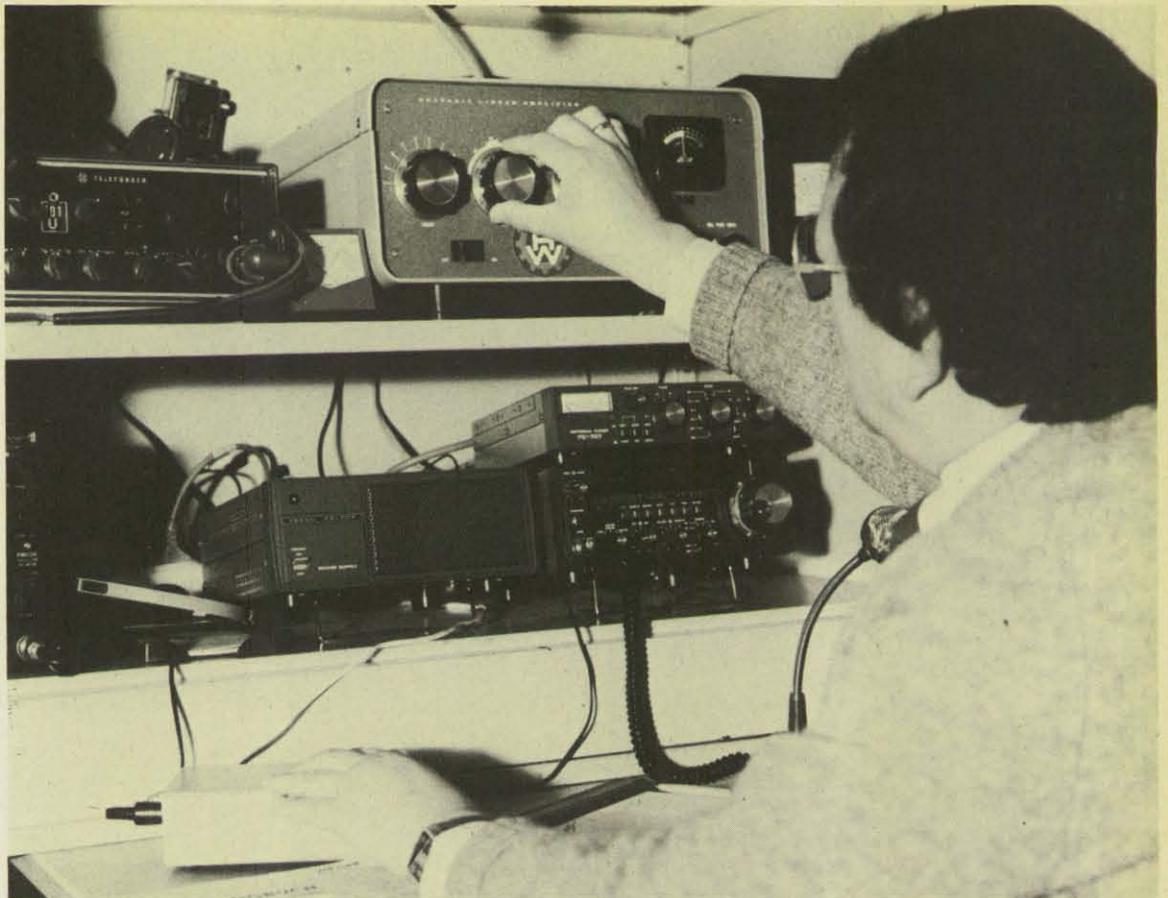
Die ab 1. Januar 1982 gültige Fassung der DVO besagt im § 7 (2): Die Sendungen sind auf technische Mitteilungen und solche persönlicher Art zu beschränken, für die wegen ihrer geringen Wichtigkeit die Übermittlung im öffentlichen Fernmelde-dienst nicht in Betracht kommen würde.

§ 7 (3): Sofern die Amateurfunkstelle am



Vier Wochen lang hatte die THW-Geschäftsstelle Aachen mit dieser privaten Funkstation Verbindung zu den Einsatzkräften des THW im Libanon.

Die THW-eigene Clubstation mit dem Kurzwellengerät FT 707, 100 Watt, sowie einer Endstufe mit einer Leistung von 600 Watt.



Internationalen Katastrophenverkehr teilnimmt, entfallen die Beschränkungen nach (2).

Der § 8 besagt u. a.:

(1) Verboten ist im Amateurfunkverkehr 1. der Austausch von nicht den Amateurfunk betreffenden Nachrichten, die von dritten Personen ausgehen oder für dritte Personen bestimmt sind, ausgenommen Notrufe und Funkverkehr nach § 7 Abs. 3.

Funkamateure im THW

In den über 600 Ortsverbänden des Technischen Hilfswerks im gesamten Bundesgebiet sind unter den aktiven Helfern auch eine große Zahl lizenzierter Funkamateure. Viele dieser Helfer haben ihr Wissen in den Dienst des THW gestellt, andere Helfer ausgebildet und die Voraussetzungen für den Einsatz des Amateurfunks im THW geschaffen.

So wurde u. a. im THW-Ortsverband Hamburg-Harburg gezielt eine Gruppe von Helfern als Funkamateure ausgebildet und ein Konzept erarbeitet. Die Einrichtung der Amateurfunk-Clubstation DF 0 TB in den Räumen des THW-OV Hamburg-Harburg ermöglicht auch den praktischen Funkbetrieb mit Funkamateuren auf der ganzen Erde.

Auch in anderen THW-Ortsverbänden wurden ähnliche Initiativen ergriffen. Ende 1982 verfügten mit Aachen, Bergisch

Gladbach, Braunschweig, Bremen-Osterholz, Hamburg-Harburg, Mönchengladbach, Oldenburg, Schongau und Westendorf insgesamt neun THW-Ortsverbände über eine Amateurfunk-Clubstation.

Auch bei der THW-Leitung im BZS wurden verstärkt Überlegungen hinsichtlich der Verbesserung der Fernmeldeverbindungen bei Auslandseinsätzen angestellt, nachdem z. B. beim Erdbebeneinsatz in Algerien keinerlei Verbindung der Einsatzkräfte nach Deutschland bestand und für eine Verbindung mit Bonn vier Stunden Autofahrt zum nächsten Telefon erforderlich waren.

Konzept für den Kurzwellenfunk

Am 30. März 1982 erhielt der Geschäftsführer des THW-Geschäftsbereichs Aachen, selbst lizenzierter Funkamateur, von der THW-Leitung den Auftrag, ein Konzept für den Einsatz des Kurzwellenfunks bei THW-Einsätzen zu erarbeiten.

Gemeinsam mit den Funkamateuren des THW Hamburg-Harburg wurden die Grundlagen festgelegt und der Entwurf eines Maßnahmenkataloges entwickelt. Das Konzept wurde mit dem Auslandsreferenten des Deutschen Amateur-Radio-Club (DARC), Hans Berg, abgestimmt.

Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen muß vor allem sichergestellt werden, daß

nur lizenzierte Funkamateure vom THW eingesetzt werden und eine enge Zusammenarbeit mit dem für Amateurfunk zuständigen Fachverband, dem DARC, erfolgt.

Außerdem muß berücksichtigt werden, daß der Amateurfunkdienst innerhalb des Technischen Hilfswerks nicht andere vorhandene Fernmeldemittel (BOS-Funk) ersetzen soll und im Notfall- und Katastrophenfunk, gemäß den Bestimmungen der DVO AFU, nur bei tatsächlichem Vorliegen von Notfällen und Katastrophen eingesetzt wird.

Erste Bewährungsprobe: Libanon-Einsatz

Mitten in diese Planungen fiel dann die erste Bewährungsprobe für die Funkamateure des THW mit dem Einsatz vom 23. Oktober bis zum 17. November 1982 in Beirut/Libanon. Der THW-Helfer und Funkamateur Uli Heinz, Würzburg, erhielt vom THW-Landesverband Bayern den Auftrag, mit einer Kurzwellenstation von Beirut aus die Funkverbindung nach Deutschland sicherzustellen. Unterstützt von THW-Geschäftsführer Suhle, Würzburg, der einschlägige Erfahrungen aus seinem THW-Einsatz als Funkamateur in Äthiopien hatte, konnten die Vorbereitungen für Gerätebereitstellung, Einholen der Gastlizenz für den Libanon u. a. m. kurzfristig erledigt werden.

An einem Wochenende erprobte das THW Aachen an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler die Ausstattung einer mobilen Kurzwellenstation.



Vom 23. Oktober bis 17. November 1982 meldete sich dann jeden Abend die Station DL4NZ/OD5 aus Beirut im 14-MHZ-Band. Zwischen Beirut und Deutschland bestanden zwar Fernschreib- und Fernsprechverbindungen, wenn auch sehr gestört, und häufig unterbrochen. Aufgrund der unsicheren Lage im Krisengebiet konnte sich das jedoch sehr schnell ändern. Durch die Amateurfunkstation war dennoch jederzeit die Verbindung gesichert.

In Deutschland stellten die Funkstationen Würzburg und Westendorf die Verbindung zum THW-Landesverband Bayern sicher, die Funkstation Aachen hielt die Verbindung zur THW-Leitung in Bad Godesberg. Außerdem waren weitere Amateurfunkstationen in Bayern, Nordrhein-Westfalen,

Berlin und Schleswig-Holstein am Funkverkehr beteiligt, um mit den Angehörigen der auch aus diesen Landesverbänden in Beirut beteiligten THW-Helfer Kontakt zu halten. Dieser Einsatz war die Generalprobe. Er brachte wertvolle Erkenntnisse für den Ernstfall, der bald danach mit dem Einsatz im Nordjemen eintrat.

Die günstige Verteilung der bestehenden und noch zu schaffenden Amateurfunk-Clubstationen des THW über das gesamte Bundesgebiet garantiert ein optimales Sende- und Empfangsnetz bei wechselnden Entfernungen und Tageszeiten.

Dadurch können bei Bekanntwerden einer Katastrophe schnellstens die Stationen aktiviert und die Amateurfrequenzen auf allen Bändern abgehört werden.

Durch das Sammeln von Informationen kann so schon im Vorfeld eines Einsatzes über die Lage im Katastrophengebiet informiert und der Einsatz abgestimmt werden.

Bei Auslandseinsätzen kann künftig über die Amateurfunk-Clubstationen des THW, wie kürzlich im Nordjemen, sichergestellt werden, daß ständig eine oder mehrere Stationen in Deutschland für die Einheit im Einsatzgebiet ansprechbar sind. Damit ist gewährleistet, daß in einem Notfall keine Zeit verlorengeht.

Arbeitskreis wird gebildet

Als erste Maßnahme sollen nun alle im THW mitwirkenden lizenzierten Funkamateure namentlich erfaßt werden. Weiterhin wird ein Arbeitskreis gebildet, der die bisherigen Erfahrungen auswertet und einheitliche Grundsätze für den Einsatz und die Ausstattung des Amateurfunks im THW erarbeitet, um die Maßnahmen in den Ortsverbänden zu erleichtern.

Die Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen des Deutschen Amateur-Radio-Clubs sollte ebenfalls verstärkt und die von THW und DARC getroffenen Maßnahmen in Sachen Not- und Katastrophenfunk miteinander abgestimmt werden.

An die im THW tätigen lizenzierten Funkamateure, die an einer Mitarbeit im Not- und Katastrophenfunk innerhalb des THW interessiert sind, ergeht die Bitte, dies schriftlich mit Angabe der Anschrift, des eigenen Rufzeichens und des THW-Ortsverbandes der THW-Geschäftsstelle Aachen, Eckenstr. 51 in 5100 Aachen, mitzuteilen.

BUNDESANSTALT TECHNISCHES HILFSWERK THW



ORTSVERBAND AACHEN

THW-CLUBSTATION

DFØHW

GERMANY DOK G Ø1

ZONE 14



TECHNICAL AID SERVICE OF CIVIL DEFENSE
GROUP AACHEN

SERVICE DE SECOURS TECHNIQUE DE LA
PROTECTION CIVILE
ASSOCIATION LOCALE D'AIX-LA-CHAPELLE



Zwischen Nord- und Ostsee

Neustadt. Zwei neue Selbstschutzberater sind in Neustadt tätig: Paul Kaffka und Herbert Zimpel haben diese ehrenamtliche Tätigkeit übernommen. Ihre Aufgabe wird es sein, die Stadt bei Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes zu unterstützen und sich für eine Zusammenarbeit der örtlichen Hilfsorganisationen einzusetzen.

Zimpel, langjähriger Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr, sowie Kaffka, der auch das Amt eines stv. Schiedsmannes ausübt, sind nach Meinung der Stadt besonders dafür geeignet.

Neustadts Bürgermeister Birkholz betonte bei der Aushändigung der Ernennungsurkunden, daß sich die Stadt in Zusammenarbeit mit dem BVS bemühe, die organisatorischen und personellen Voraussetzungen für den weiteren Aufbau des Selbstschutzes zu schaffen.

Uetersen. Von der Hausapotheke bis zum Schutzraum stellte der BVS in Uetersen alles vor, was die Bevölkerung besitzen sollte, um im Katastrophen- und Verteidigungsfall sich selbst schützen und helfen zu können.

Der Ort der Ausstellung war gut gewählt: Die Eingangshalle des Uetersener Rathauses wurde täglich von vielen Menschen auf dem Weg in die Amtsstuben durchquert.

Marne. In einem Interview mit der „Marner Zeitung“ stellte BVS-Dienststellenleiter Ingram Bonny, Itzehoe, den Lesern die Aufgaben des BVS dar. Die Fragen, die Bonny gestellt wurden, hatten u. a. die Anzahl der Schutzräume in Schleswig-Holstein, die Lage und Ausstattung der Räume, die Sicherheitsanforderungen an Schutzräume sowie die Kosten zum Inhalt.

Flensburg. Elf ehrenamtliche Helferinnen und Helfer aus dem Kreis Schleswig-Flensburg wurden für langjährige Zugehörigkeit zum BVS von Landesstellenleiter Dr. Heinrich Sahlender mit einer Urkunde ausgezeichnet.

Die Ehrungen erhielten für 25jährige Mitarbeit: Gerhard Krause, Tönning; für 20jährige Mitarbeit: Gerd Schreiber, Flensburg, und Friedel Ripken, Schleswig; für 10jährige Mitarbeit: Peter Aichner, Schleswig, Hans-Jörg Beyer, Wanderup, Horst Fischer, Tarp, Hans und

Margarethe Green, Kotzenbüll, Annelene Hiebsch, Frörup, Eleonore Hiebsch, Barderup, Volker Mick, Weding.

Für die ehrenamtliche BVS-Fachlehrerin Friedel Ripken war die Teilnahme an der kleinen Feierstunde gleichzeitig die letzte dienstliche Tätigkeit. Frau Ripken wurde wegen Erreichens der Altersgrenze verabschiedet.

Nachrichten aus Bremen

Bremen/Bremerhaven. Weit über 10000 Besucher kamen an drei Tagen in die Bremerhavener Stadthalle: Zum ersten Male wurde in der Seestadt die Ausstellung „Rund ums Haus“ gezeigt. Die zentralen Themen waren der Hausbau, die Innenausstattung, Möblierung und Haustechnik.

Auch der BVS beteiligte sich mit einem Stand und informierte die Besucher unter anderem über Möglichkeiten und Vorteile des privaten Schutzraumbaus. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BVS-Landesstelle Bremen standen interessierten Bürgern zu Beratungsgesprächen zur Verfügung, umfangreiches Informationsmaterial lag aus. Darüber hinaus wurden BVS-Informationenfilme gezeigt.

„Unser Ziel war es“, so Landesstellenleiter Diethelm Singer, „den Besuchern deutlich zu machen, daß jeder in seinem privaten Bereich Vorsorge für den Notfall treffen kann.“

Quer durch Niedersachsen

Westerstede. Anlässlich einer Mitgliederversammlung der Ammerländer F.D.P. hielt der Leiter der BVS-Dienststelle Wilhelmshaven, Pietz, ein Referat über den Selbstschutz. Pietz hob dabei hervor, daß im Verteidigungsfall ein Schutzraum optimalen Schutz für die betroffenen Bürger biete. Unter Hinweis auf Zuschüsse des Staates sowie Abschreibungsmöglichkeiten empfahl Pietz, beim Neubau eines Hauses einen Schutzraum gleich einzuplanen.

Wildeshausen. In Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und den örtlichen Hilfsorganisationen veranstaltete der BVS vom 14. bis 19. März eine Selbstschutzwoche in Wildeshausen. Unter

der Schirmherrschaft von Bürgermeister Manfred Rollié wurde ein umfangreiches Programm abgewickelt.

Den Auftakt bildete ein Informationsabend, bei dem Lt. Kreisverwaltungsdirektor Wolfgang Haubold einen Vortrag über die Bedeutung des Zivil- und Selbstschutzes in der Bundesrepublik hielt. Haubold stellte zunächst fest, daß die notwendigen gesetzlichen Grundlagen und die verwaltungsorganisatorischen Maßnahmen für einen wirkungsvollen Zivilschutz in den letzten Jahren geschaffen worden seien. Woran es noch immer mangle, sei das Engagement der Bürger für ihre eigene Sicherheit. Obwohl die Abneigung gegen die Beschäftigung mit diesem unangenehmen Thema verständlich sei, könne doch kein Zweifel daran bestehen, daß der Zivilschutz, der auch die Selbsthilfe der Bürger umfasse, eine unverzichtbare Aufgabe sei.



Wie immer zieht das Ablöschen einer brennenden Puppe mit Hilfe einer Decke viele Zuschauer an. (Foto: Wehen)

„Es wäre töricht, Sicherheitsvorkehrungen nur deshalb zu vernachlässigen, weil man sich keine unsicheren Verhältnisse wünscht. Mit dem Verdrängen unangenehmer Sachverhalte löst man keine Probleme, sondern verstärkt sie eher. So verstanden hat der Selbstschutz eine gleichrangige moralische Bedeutung wie der Krankenhausbau für den Krankheitsfall oder die Rentenversicherung für die Altersvorsorge“, sagte Haubold.

Im weiteren Verlauf der Selbstschutzwoche wurden Veranstaltungen zu den

Themen „Selbstschutz – wichtiger Bestandteil des Zivilschutzes“, „Selbstschutz in Betrieben und Behörden – eine Möglichkeit der Menschenrettung und Schadensbekämpfung“ und „Selbstschutz als Vorsorge und Eigenhilfe des Bürgers im Rahmen des Zivilschutzes“ angeboten.

Informationsstände in den Straßen, Filmvorführungen, zwei Ausstellungen mit den Themen „Zivilschutz“ und „Kinder malen Katastrophen- und Selbstschutz“ sowie eine große Abschlußveranstaltung, an der sich unter dem Motto „Bürger helfen Bürgern“ alle örtlichen Hilfsorganisationen beteiligten, rundeten das gut vorbereitete Programm ab.

Hannover. Als erfolgreich erwies sich die Zusammenarbeit der BVS-Dienststelle Hannover mit den Volkshochschulen. Das Interesse der Teilnehmer an vom BVS durchgeführten Kursen war so stark, daß inzwischen erste zusätzliche Informationsveranstaltungen stattfanden und zahlreiche Interessenten auch an Selbstschutz-Grundlehrgängen teilnahmen.

Besonders erfreulich war die Resonanz in Barsinghausen, wo mittlerweile auch Ergänzungslehrgänge angeboten wurden und bei den Teilnehmern guten Anklang fanden.

Rinteln. Mit der Ausbildung von sechs Selbstschutzberatern ist es der Stadt Rinteln gelungen, alle Wohnbereiche des Stadtgebiets mit einem Berater zu besetzen. Nach einem Lehrgang legten Gerhard Brandt, Horst Loose, Philipp Basler, Hermann Scheiper, Heinrich Prasuhn und Gerhard Aldag ihre Prüfung erfolgreich ab.

Ihre Aufgabe wird darin bestehen, den Bürgern für den Verteidigungsfall Verhaltensregeln zu ihrem Schutz zu vermitteln. Als Ansprechpartner für alle vorbeugenden Maßnahmen sollen sie den Bürgern ihres Wohnbereichs Hilfe zur Selbsthilfe leisten.

Wehrbleck. Die BVS-Dienststelle Nienburg veranstaltete in Wehrbleck eine Informationstagung für kommunalpolitische Mandatsträger. Einleitend referierte Oberst i. G. a. D. Elmar Resch über „Moderne Waffen und die Bedrohung der Bevölkerung aus militärischer Sicht“.

BVS-Dienststellenleiter Wilhelm Schaper machte in seinem Vortrag deutlich, daß Zivilschutz eine gemeinsame Aufgabe von Bürgern und Staat ist. „Zivilschutzmaßnahmen sind notwendig, weil erst der Schutz derjenigen, die es zu verteidigen gilt, die Glaubwürdigkeit des Ver-

teidigungswillens der Bundesrepublik unterstreicht. . . Der Selbstschutz als Grundlage des Zivilschutzes soll die Bürger in die Lage versetzen, alle Maßnahmen zu treffen, um im Notfall sich und anderen bestmöglichst zu helfen. Diese Selbsthilfe wird durch umfangreiche behördliche Maßnahmen ergänzt.“

Kreisdirektor Dr. Peter Schroer erläuterte, daß im Landkreis Diepholz etwa 750 freiwillige Helfer in den verschiedenen Hilfsorganisationen zur Verfügung stehen, es sind 50 Fahrzeuge für den Katastrophenschutz vorhanden. Während in dieser Hinsicht die Ausstattung einigermaßen befriedigend ist, bestehen im Bereich der medizinischen Versorgung noch Mängel, erläuterte Dr. Schroer. So steht noch kein Stammpersonal für das Syker Hilfskrankenhaus bereit.

Unzureichend ist auch der Bestand an Schutzräumen. In Sulingen, so Dr. Schroer, gibt es einen Schutzraum für 1200 Personen. Im Neubau der Kreissparkasse Syke soll ein Schutzraum für 400 Personen entstehen. Auch das in der Planung befindliche Diepholzer Rathaus soll Schutzräume erhalten, und ferner bestehen Überlegungen, die Kellerräume des in Diepholz zu erstellenden Krankenhauses entsprechend auszugestalten. Wenig ermutigend sieht es im Bereich des privaten Schutzraumbaus aus. Ganze 24 Hausschutzräume sind im gesamten Kreisgebiet vorhanden, fügte Dr. Schroer hinzu.

Hannover. Im gesamten Bundesgebiet heulten am Mittwoch, dem 16. März 1983, probeweise die Sirenen. In mehreren Städten und Gemeinden Niedersachsens nahmen die örtlichen BVS-Dienststellen den Probealarm zum Anlaß, die Bevölkerung an Informationsständen über das richtige Verhalten im Ernstfall zu informieren.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf. Landesstellenleiter Peter Eykmann verabschiedete den langjährigen Leiter der BVS-Dienststelle Düsseldorf, Friedel Aghte, in den Ruhestand. Eykmann würdigte die großen Verdienste Aghtes am Aufbau der Dienststelle. Bereits im Jahre 1965 wurden auf Initiative des Dienststellenleiters Schulungsräume und Übungsanlagen mit Unterstützung der Stadt Düsseldorf und zahlreicher ehrenamtlicher Mitarbeiter renoviert und aufgebaut.

Zahlreiche Verbindungen zu Behörden, Betrieben, insbesondere zur Presse, wurde gefestigt bzw. geschaffen, so daß



BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann verabschiedet Dienststellenleiter Friedel Aghte.

(Foto: Schwarz)

die Leistung der Dienststelle im Laufe der Jahre stetig anstieg. Bereits 1976 würdigte der damalige Beigeordnete, Dr. Landwers, die Verdienste Aghtes am Aufbau des Selbstschutzes in Düsseldorf durch die Verleihung der „Goldenen Ehrennadel“ der Landeshauptstadt.

Köln. Besonderen Dank übermittelte die Industrie- und Handelskammer (IHK) Köln für eine Veranstaltung der BVS-Dienststelle im Katastrophenschutzzentrum der Stadt: Anfang März besuchten Mitarbeiter der IHK einen Fachlehrgang „Brandschutz“.

Alle Teilnehmer waren von der Übung „Ablöschen einer brennenden Person mit Hilfe einer Decke“ besonders beeindruckt. Jeder konnte selbst versuchen, eine solche Situation zu bewältigen. Neu war auch für die Mitarbeiter der IHK, die Handhabung eines Feuerlöschers kennenzulernen und zu üben. Durch den Erfolg der Veranstaltung ermutigt, beabsichtigt die IHK, in nächster Zeit weitere Lehrgänge dieser Art durchzuführen.

Viersen. Die Stadt Mönchengladbach hat dem BVS eine neue Ausbildungsstätte zur Verfügung gestellt: Im ehemaligen Rathaus Waldhausen stehen der Dienststelle Viersen ein Schulungsraum, ein Geräteraum und ein Aufenthaltsraum für die Selbstschutzausbildung zur Verfügung. In einer Feierstunde übergab Oberstadtdirektor Helmut Freuen symbolisch die Schlüssel an BVS-Beauftragten Franz Peter Leufgens.

Viele Gäste waren erschienen, unter ihnen die Bundestagsabgeordneten Wolfgang Feiendegen (CDU) und Professor Dr. Laermann (F.D.P.), Landtagsabgeordneter Helmut Harbich (CDU), der ört-



Oberstadtdirektor Helmut Freuen (rechts) und BVS-Beauftragter Franz-Peter Leufgens freuen sich über die neue Ausbildungsstätte.

(Foto: Tressat)

liche Vorsitzende des Ausschusses für zivile Verteidigung, Helmut Kohlen, Polizeipräsident Cassen sowie BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann. In seiner Begrüßungsansprache stellte Leufgens die langjährige gute Zusammenarbeit der Stadt mit dem BVS in den Vordergrund.

Der Oberstadtdirektor freute sich, daß dank dieser neuen Schulungsstätte nun auch weiterführende Selbstschutzlehrgänge an einem zentralen Ort durchgeführt werden können. Eykmann hob in seiner Ansprache hervor, daß die Bevölkerung in verstärktem Maße an einer Selbstschutzausbildung interessiert sei.

Körtlinghausen. Die Fachbearbeiterinnen „Frauenarbeit“ der BVS-Dienststellen in Nordrhein-Westfalen trafen sich an der BVS-Schule Schloß Körtlinghausen zu einer Arbeitstagung. Unter der Leitung von Anita Lindlar, Fachgebietsleiterin bei der Landesstelle, wurden Aktivitäten des vergangenen Jahres besprochen und analysiert sowie Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 1983 gesetzt.

Landesstellenleiter Peter Eykmann stellte das „Rhetorik- und Argumentationstraining unter besonderer Berücksichtigung BVS-typischer Thematik zur Frauenarbeit“ vor. Theoretische Ausführungen und Video-Spots zeigten, wie die Öffentlichkeitsarbeit für die Zielgruppe „Frauen“ verbessert und intensiviert werden kann. Die Ausführungen Eykmanns fanden große Resonanz bei den Teilnehmerinnen.

Recklinghausen. Die BVS-Dienststelle Recklinghausen beteiligte sich in Dorsten und Recklinghausen mit Informa-

tionsständen an der Vorstellung eines komplett ausgestatteten Fertigschutzraums einer namhaften Firma. Der auf einem Spezialtiefader transportierte Ganzstahlschutzraum wurde von Schutzbauberatern der BVS-Dienststelle begleitet.

170 Bürger nahmen die Gelegenheit wahr, sich über den Bau eines Schutzraums zu informieren. Die BVS-Dienststelle veranstaltete in dem Schutzraum „auf Rädern“ außerdem eine Arbeitsgemeinschaft.

Wesel. Rund 12400 Bürger besuchten eine Ausstellung der BVS-Dienststelle Wesel zum Thema „Selbstschutz“, die in elf Städten, überwiegend in Kaufhäusern, Banken, Sparkassen und Schulzentren, gezeigt wurde. Viele Besucher ließen sich durch einen Computer über eine Lebensmittelnotbevorratung und über die Möglichkeiten des Baus eines Hauschutzraums informieren.

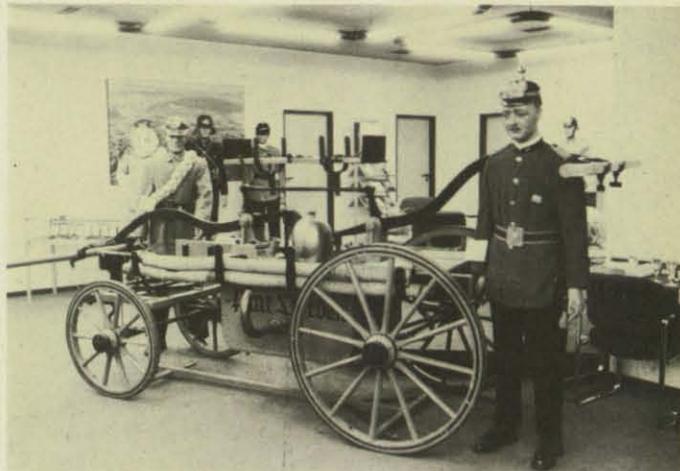
Paderborn. In einer Feierstunde im Kreise ihrer Kollegen wurde Gertrud Bonder in den Ruhestand verabschiedet. BVS-Dienststellenleiter Schröder überreichte der Scheidenden eine Dankurkunde.

Frau Bonder, Ende des Krieges aus Danzig nach Westfalen verschlagen, nahm ihre Tätigkeit beim BVS 1973 als Bürohilfskraft der Dienststelle Paderborn auf. Später übte sie die Funktion einer Bürosachbearbeiterin aus.

Paderborn. Stadtdirektor Walter Anderson eröffnete vor zahlreichen Ehrengästen die BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“ in der Volksbank Höxter. Mit Hilfe von Exponaten, die die örtliche Feuerwehr sowie ein Sammler historischer Feuerwehrgeräte zur Verfügung gestellt hatten, wurde die Ausstellung anschaulich ergänzt. Die Besucher wurden von BVS-Beauftragtem Gottlieb Angresius über die Notwendigkeit heutiger Vorsorgemaßnahmen informiert.

Mit Hilfe von Exponaten der Feuerwehr wird die Ausstellung anschaulich ergänzt.

(Foto: Neue Westfälische)



Hessenspiegel

Wiesbaden. In der Zeit vom 21. bis 28. Februar 1983 führte die Taunusgemeinde Niedernhausen erstmalig eine Zivilschutzwoche durch. Neben den ortsansässigen Hilfsorganisationen wie Feuerwehr, DRK, ASB und THW war auch die BVS-Dienststelle Wiesbaden beteiligt. So wurde im Feuerwehrstützpunkt die BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“ gezeigt, die vom Schirmherrn, Bürgermeister Klaus Erhart, vor zahlreichen Gästen eröffnet wurde.

Werbewirksam waren die in allen Gemeindeteilen durchgeführten Straßenaktionen. Hier wurde besonders auf die während der Veranstaltungswoche angebotenen Informationsveranstaltungen und Selbstschutzlehrgänge hingewiesen. Zum Erfolg dieser dann sehr gut besuchten Veranstaltungen trug u. a. auch das von der Gemeinde erstellte Programm bei, das in mehreren tausend Exemplaren an die Bürger verteilt wurde.

Abschluß und Höhepunkt der Zivilschutzwoche war ein „Tag der offenen Tür“, an dem neben Fahrzeug- und Gerätevorführungen auch Einsatzübungen gezeigt wurden.

Wiesbaden. In Zusammenarbeit mit dem „Büro für Staatsbürgerliche Frauenarbeit e. V.“ führte die BVS-Dienststelle Wiesbaden eine ganztägige Informationsveranstaltung durch. 13 Damen aus dem südhessischen Raum waren der Einladung gefolgt.

Themen waren die Aufgaben und Ziele des Zivilschutzes und seiner Teilbereiche, vor allem des Selbstschutzes. Besonders diskutiert wurde das Thema „Vorsorge und Eigenhilfe – ein Auftrag für die Frau“, wobei die Situation der Frau in Not- und Krisenzeiten ausdrücklich hervorgehoben wurde.

Die Vorsitzenden des „Büros für Staatsbürgerliche Frauenarbeit“, Frau Leichert-Boos und Frau Klute, sprachen in einem

Schlußwort von einer informativen und gelungenen Veranstaltung, auf die durch entsprechende Selbstschutz-Lehrgänge aufgebaut werden müsse.

Wächtersbach. Zu einer Informations-tagung über die Bedeutung des Selbstschutzes hatte Kreislandwirt Helmut Weider, Ostheim, die Ortslandwirte und die Mitglieder des Gebietsagrarausschusses des Main-Kinzig-Kreises nach Wächtersbach eingeladen. Weider betonte in seiner Einleitung, daß den Landwirten die Problematik des Selbstschutzes in der Landwirtschaft in Not- und Krisenzeiten sowie bei Katastrophen nähergebracht werden sollte.

Er wies darauf hin, daß bereits bei starken Unwettern, bei schweren Verkehrsunfällen und bei sonstigen Unglücken Schäden eintreten können, deren Folgen nur gemildert werden, wenn ein möglichst großer Teil der Bevölkerung weiß, was in einem solchen Fall zu tun ist. Nicht sofort können die Hilfsorganisationen zur Stelle sein. Oft ist es wichtig, daß in der Überbrückungszeit das Richtige getan und das Falsche unterlassen wird.

Das Hauptreferat hielt BVS-Mitarbeiter Aloys Wagner. Er informierte die Landwirte über den Selbstschutz und die Aufgaben des BVS und wies auf die vom Verband angebotenen Selbstschutzlehrgänge hin.

Als Kreisbeigeordneter forderte Weider die Bürgermeister des Main-Kinzig-Kreises auf, das Angebot des BVS stärker in Anspruch zu nehmen, um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, sich im Selbstschutz auszubilden.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Unkel/Asbach. Die BVS-Dienststelle Koblenz hat bereits vor längerer Zeit mit fast allen im Dienstbereich ansässigen Supermärkten die Vereinbarung getroffen, dort für die Dauer einer Woche Informationsstände einzurichten.

So auch in Unkel und Asbach: Die Stadt Unkel am Rhein gilt als Einkaufsstadt für das gesamte Hinterland, ebenso wie Asbach, Mittelpunkt dieser Region, auf den Höhen des Westerwaldes gelegen.

Um die Bevölkerung auf die Informationsstände des BVS aufmerksam zu machen, erschien im Lokalanzeiger „Rhein-Wied-Kurier“ ein Artikel unter der Überschrift „Was man braucht, kann man kaufen!“.

Die Mitarbeiter der Dienststelle Koblenz gaben den Kunden der Märkte Hinweise für eine sinnvolle Lebensmittelbevorra-

tung und informierten interessierte Bürger über die Möglichkeiten des Selbstschutzes sowie des Schutzraumbaus.

Bad Kreuznach. Die BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“ wurde im Foyer der Kreisverwaltung Bad Kreuznach gezeigt. Landrat Hans Schumm eröffnete die Bilderschau und begrüßte die Gäste, unter ihnen den rheinland-pfälzischen Landtagspräsident, Albrecht Martin, sowie Vertreter der Hilfsorganisationen und Parteien.

Schumm erwähnte die letzte Hochwasserkatastrophe, die den Bürgern der Stadt Bad Kreuznach und des Nahetales noch in guter Erinnerung sei, wobei die örtlichen Hilfsorganisationen während und nach der überraschenden Naheflut bemerkenswerte Hilfe geleistet hätten.

BVS-Dienststellenleiter Helmut Klippel erläuterte anhand der einzelnen Ausstellungsbilder sowohl die Bedrohung der Menschen als auch die seinerzeit getroffenen Schutzmaßnahmen.

Mit den anwesenden Bürgermeistern und Kommunalpolitikern wurde anschließend das Ausbildungsangebot des BVS erörtert. Breiten Raum nahm auch die Diskussion über die fehlenden Schutzräume ein.

Saarland-Rundschau

Saarbrücken. Die von der BVS-Landesstelle in den Geschäftsbereichen der einzelnen Ministerien verstärkt eingeleitete Unterstützung der Ausbildung des Behördenselbstschutzes zeigt eine gute Entwicklung. In den meisten nachgeordneten Behörden konnte über die Selbstschutz-Grundlehrgänge hinaus die Fachausbildung intensiviert werden. Der gute personelle Aufbau- und Ausbildungsstand wird auch bei der Einplanung von Staffelführerlehrgängen, die an der BVS-Schule in Birkenfeld stattfinden, sehr deutlich. So sind für dieses Jahr wieder acht Fachlehrgänge vorgesehen.

Auch im kommunalen Bereich macht der Aufbau des Behördenselbstschutzes gute Fortschritte.

Saarlouis. In der St.-Elisabeth-Klinik konnte die BVS-Dienststelle in den letzten Wochen neun BKO-Lehrgänge durchführen. Weitere Fachlehrgänge sind geplant.

Saarbrücken. Mit den Landesverbänden der Katholischen Familienbildungsstätte und der Evangelischen Frauenhilfe steht die Fachgebietsleiterin „Frauenarbeit“ bei der BVS-Landesstelle Saarland in gutem Kontakt. Die Gespräche haben

mittlerweile zu einem Teilergebnis geführt. Danach ist beabsichtigt, im Rahmen einer Informationsreihe zunächst Zivilschutz-Informationstagungen durchzuführen.

Südwest aktuell

Reutlingen. 19 Selbstschutzberater der Landkreise Reutlingen und Tübingen fanden sich zu einem Fortbildungslehrgang im Unterrichtsraum der BVS-Dienststelle Reutlingen ein.

Nach der Begrüßung durch Dienststellenleiter Rolf Holder stand unter anderem der Aufbau des Selbstschutzes der Stadt Reutlingen auf dem Programm. Dabei wurden die Teilnehmer durch den Selbstschutz-Sachbearbeiter der Stadt Reutlingen, Ascher, über den neuesten Stand, insbesondere über die Entwicklungs- und Aufbauphase der Selbstschutz-Beratungsstellen der Stadt informiert. Außerdem wurde die Möglichkeit diskutiert, die Selbstschutzberater der Bevölkerung in den Gemeinde-Mitteilungsblättern vorzustellen.

Im Anschluß daran wurden die Selbstschutzberater in einer Planübung intensiv in ihren Aufgaben geschult.

Karlsruhe. Bereits zum dritten Male konnte der Dezernent für Zivil- und Katastrophenschutz der Stadt Karlsruhe, Bürgermeister Dr. Horst Rehberger, Selbstschutzberater der Stadt Karlsruhe verpflichten. Geladen hatte dazu die Stadt in ihr Gästehaus. Im Kreis vieler bereits bestellter Selbstschutzberater nahm Dr. Rehberger in einer Feierstunde die Verpflichtung vor.

Mit diesen Neuverpflichtungen verfügt die Stadt Karlsruhe nunmehr über 82 Selbstschutzberater und ist damit ihrem Ziel, pro Wohnbereich einen Selbstschutzberater zu bestellen, recht nahe gekommen.

Der Dank des Bürgermeisters galt auch BVS-Dienststellenleiter Hans Zunker, der zusammen mit seinen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern für die Ausbildung der Selbstschutzberater verantwortlich zeichnete.

Hockenheim. „Sorge vor und lerne helfen“, dieses Thema lockte in Hockenheim zahlreiche Mitglieder des Hausfrauenverbandes zu einer Informationsveranstaltung der BVS-Dienststelle Mannheim.

In einem anschaulichen Vortrag wies die Fachbearbeiterin „Frauenarbeit“, Skowronowski, u. a. auf das Ausbildungsangebot des BVS hin.

Nachrufe

Kürzlich verstarb der ehemalige BVS-Bereichsbeauftragte

Erwin Müller

Im Jahre 1954 trat Müller als ehrenamtlicher Helfer dem damaligen Bundesluftschutzverband bei. 1955 wurde er hauptamtlicher Sachbearbeiter für das Ausbildungswesen bei der Dienststelle Ulm und übernahm 1960 die Leitung dieser Dienststelle. Von 1967 bis zu seinem Ausscheiden war Müller als Leiter der Bezirksstelle und später als Bereichsbeauftragter des BVS im Regierungsbezirk Tübingen tätig.

Bei der Beisetzung Müllers würdigte BVS-Fachgebietsleiter Zürcher dessen Verdienste mit den Worten: „Sein Pflichtbewußtsein ist für unsere Mitarbeiter immer Vorbild gewesen.“

Der Verstorbene wird in unseren Reihen eine unvergessene Persönlichkeit bleiben.

Kürzlich verstarb im Alter von 91 Jahren der frühere ehrenamtliche BVS-Dienststellenleiter von Baden-Baden

Karl Fischer

Schon in jüngeren Jahren lag ihm die Sorge um den Schutz der Menschen sehr am Herzen. In seiner Eigenschaft als Stadtrat in Baden-Baden war er neben seinem Engagement für den Selbstschutz noch für weitere humanitäre Einrichtungen tätig. Für die Belange des Selbstschutzes hatte er immer ein offenes Ohr.

In Würdigung seiner Verdienste um die Allgemeinheit wurde Fischer bereits vor Jahren mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Sein Name wird für uns mit dem Selbstschutz untrennbar verbunden sein.

Bayern heute

Bamberg. Oberbürgermeister Paul Röhner kündigte bei einem Treffen der Bamberger Selbstschutzberater im Rathaus verstärkte Anstrengungen zum Aufbau eines wirkungsvollen Selbstschutzes an. Besonders sei daran gedacht, für mehr Schutzräume zu sorgen, das Angebot auf diesem Gebiet sei völlig ungenügend.

Das Stadtoberhaupt versicherte, daß er diese Aufgaben sehr ernst nehme, denn der moderne Krieg – den zu verhindern allen politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland höchstes Ziel sei – müsse nicht unbedingt der alles vernichtende Atomschlag sein, sondern könne sich durchaus im konventio-

nellen waffentechnischen Bereich darstellen. Der Aufbau des Selbstschutzes dürfe deshalb nicht länger vernachlässigt werden.

Röhner gab seiner Freude Ausdruck, daß die Stadt Bamberg derzeit schon mehr als 20 ausgebildete Selbstschutzberater habe. Leider seien dies noch nicht genug, denn das Stadtgebiet sei in 35 Selbstschutzberaterbezirke eingeteilt und somit noch nicht vollständig versorgt.

Der Oberbürgermeister bat deshalb die Selbstschutzberater, bei Verwandten, Freunden und Bekannten zu werben, damit sich weitere Männer und Frauen für diese wichtige öffentliche Aufgabe zur Verfügung stellen. Dies sei notwendig zum Wohl und Schutz der Stadt und ihrer Bürger.

Sehr erfreulich sei, so Röhner, daß die von einem privaten Unternehmen geplante Tiefgarage Geyerswörth 3000 öffentliche Schutzplätze ausweisen werde. Dies sei ein Schritt in die richtige Richtung.

Es werde aber auch an den zahlreichen Stollenanlagen unter den sieben Hügeln Bambergs etwas getan: Soweit diese Stollenanlagen während des 2. Weltkrieges als Luftschutzräume gedient hätten, werden sie heute mit Mitteln des Bundes wieder hergerichtet und ausgebaut.

München. Die BVS-Dienststelle München hatte anlässlich der Sirenenprobe am 16. März 1983 zwei Informationsstände zur Beratung der Bevölkerung aufgebaut. Der erste Standort war im Stachus-Untergeschoß. Hier fand sich auch das Bayerische Fernsehen ein und filmte ein Beratungsgespräch des BVS-Dienststellenleiters Hans-Joachim Gör-

nemann mit dem Auszubildenden Hans-Heinrich Illner, das später im Rahmen der Gesamtberichterstattung ausgestrahlt wurde.

In der Zeit von 9.00 bis 16.00 Uhr besuchten rund 1100 Münchner diesen Informationsstand. Der zweite Stand war im Olympischen Dorf aufgebaut. Hier wurden von 9.00 bis 12.00 Uhr 90 Bürgerinnen und Bürger informiert.

Rosenheim. Unter dem Thema „Sorge vor und lerne helfen“ wurden angehende Kindergärtnerinnen, Hauswirtschaftlerinnen und Erzieherinnen der Berufsfachschule des Ordens der Benediktinerinnen auf der Insel Frauenchiemsee durch Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Rosenheim über Selbsthilfemaßnahmen informiert.

Besonders die Thematik des Brandschutzes hat nicht nur die Schülerinnen, sondern auch die Ordensschwwestern interessiert. Die Chiemseeinsel bietet nur wenige Arbeitsplätze, so daß die männlichen Inselbewohner tagsüber auf dem Festland tätig sind. Bei einem Brandfall müßte die Feuerwehr mit Hilfe einer Fähre von Gstadt zur Fraueninsel übergesetzt werden.

Durch die BVS-Informationsveranstaltung wurden die Nonnen angeregt, auch einen Selbstschutz-Fachlehrgang „Brandschutztrupp und -staffel“ zu besuchen, um einen Brand solange bekämpfen zu können, bis organisierte Hilfe eintritt.

Beim Ablöschen einer brennenden Person sowie der Handhabung der Einstellspritze und dem Gebrauch von Handfeuerlöschern haben sich die Benediktinerinnen bereits bestens bewährt.



Besonders interessiert die Schülerinnen der Berufsfachschule das Ablöschen von Bränden.



Baumfällen mit der Hydro-Press

Schleswig. Eine schwierige Aufgabe wurde den Helfern des THW-OV Schleswig in den ersten Februartagen gestellt: Ein vom Sturm im Januar stark geschädigter Baum auf dem Gelände des Schleswiger Kanu-Clubs sollte gefällt werden. Im Prinzip kein Problem, aber Standort und Wuchs des Baumes waren alles andere als ideal. Der Stammdurchmesser betrug ca. 1,20 m, die Höhe ca. 25 m.

Zur seitlichen Sicherung wurden zwei Greifzüge angeschlagen. Eine Zugmöglichkeit in Fallrichtung anzubringen war nicht möglich, da sich in kurzer Entfernung vom Fuß des Baumes das Ufer der Schlei befindet. Und damit begannen die Probleme: Nachdem der Kerbschnitt gesägt war, wurde der Fällschnitt durchgeführt. Aber der Baum blieb stehen. Auch das Nachschlagen von Keilen und das Durchstoßen der Bruchkante im Kernholz brachte nicht den gewünschten Erfolg.

Was tun? Der Baum mußte im Fällschnitt zwei bis drei Zentimeter gehoben werden, um ein Abkippen zu erreichen. Zwischenzeitlich hatten heftiges Schneetreiben und starker Wind aus der Fallrichtung eingesetzt. Es blieb nur eins: die Hydro-Press! Auf der Rückseite des Baumes wurde mit der Motorsäge eine „Tasche“ in der Größe eines 20-t-Stempels der Presse ausgesägt, der Stempel eingesetzt, und schon nach wenigen Augenblicken lag der Baum da, wo er hin sollte – am Boden. K. F.

Neue Unterkunft übergeben

Hamburg-Bergedorf. Die Helfer des Bergedorfer THW-Bezirksverbandes besitzen jetzt eine eigene Unterkunft. Am Rande des Gewerbegebiets in Wentorf hatte der Bezirksverband ein rund 12000 Quadratmeter großes Grundstück gefunden.

Rund 150 THW-Helfer, gegliedert in zwei Bergungszüge, einen Instandsetzungszug und den Versorgungszug, haben an einem Wochenende gemeinsam mit der Jugendgruppe offiziell Besitz von dem Gelände und den Gebäuden ergriffen. In der Fahrzeughalle mit rund 700 Quadratmetern ist Platz für die Spezialfahrzeuge und zahlreiches Gerät. Das Unterkunftsgebäude mit einer Fläche von etwa 480 Quadratmetern dient



Feierliche Schlüsselübergabe (von links): stv. THW-Landesbeauftragter Erich Leppek, THW-Bezirksbeauftragter Andreas Busold, Regierungsdirektor Gerd Jürgen Henkel, BZS. (Foto: v. Essen)

der Verwaltung, Versorgung sowie der theoretischen Schulung der THW-Helfer.

Rund zwei Millionen Mark hat sich der Bund die Anlage kosten lassen – für die Allgemeinheit gut angelegtes Geld, wie die Festredner bei der Einweihung bestätigten. THW-Bezirksbeauftragter Andreas Busold begrüßte – bei „Kaiserwetter“ – Vertreter der Parlamente und Verwaltungen Bergedorfs und Wentorfs, der Hilfsorganisationen sowie der Bürgervereine. Busold: „Wir sind froh, hier nach der Enge in der Bergedorfer ‚Mäuseburg‘ eine unseren Erfordernissen entsprechende Unterkunft gefunden zu haben. Sechs Jahre der Planung haben sich für unser neues Heim bewährt.“

Wenig Erfreuliches hatte Regierungsdirektor Gerd Jürgen Henkel, Bundesamt für Zivilschutz, für auswärtige THW-Helfer zu verkünden: „Dies ist eine der letzten THW-Unterkünfte, für die es noch Finanzmittel gibt. In Zukunft müssen wir den Gürtel enger schnallen.“

Wentorfs Bürgervorsteher Arnold Mex lobte den optisch gelungenen Bau und betonte: „Die Männer zeigen mit ihrem Engagement, daß Bürgersinn in unserer Gesellschaft lebt.“ Er überreichte zum Einzug ein Wentorfer Wappenschild.

Für das Bergedorfer Bezirksamt lobte Sozialdezernent Klemens Kemsies das THW als „gutes Gewissen“ des regionalen Katastrophenschutzstabes des Bergedorfer Bezirksamtes: „Auf diese Männer ist Verlaß, wenn das Hochwasser der Elbe an den Deichen steht. Auf sie können wir stets bauen.“ P. v. E.

Leistungsstand unter Beweis gestellt

Bremen. Erfolgreich schlossen weitere 24 Helfer aus Bremen-Osterholz und

Bremen-Huchting ihre Grundausbildung ab. Sie bestanden die vorgeschriebene Abschlußprüfung in der Unterkunft des Ortsverbandes Bremen-Osterholz. THW-Landesbeauftragter Dirk Göbel äußerte sich zufrieden über den hohen Stand der Ausbildung, den die Helfer nach seinen Worten bei der Lösung der gestellten Aufgaben eindrucksvoll unter Beweis gestellt hätten.

Zunächst war von den Helfern der theoretische Teil zu absolvieren, bei dem sie 40 Fragen aus dem Bereich des Katastrophenschutzes zu beantworten hatten. Danach galt es für sie, die praktischen Aufgaben zu bewältigen. Dazu gehörten unter anderem das Arbeiten mit der Motorsäge, die fachgerechte Bearbeitung von Holz und die Gesteinsbearbeitung. Die 24 praktischen Aufgaben wurden ebenfalls von den Helfern zur vollsten Zufriedenheit der Prüfer gelöst.



Ein praktischer Grundausbildungsteil: Inbetriebnahme der Starklichtlaterne. (Foto: Werner)

Insgesamt 19 der 24 Helfer, die jetzt die Abschlußprüfung bestanden, gehören zum Ortsverband Bremen-Osterholz. Die anderen fünf Helfer begannen vor anderthalb Jahren im Ortsverband Bremen-Huchting mit der Ausbildung.

U. W.

Nachruf

Im Alter von 43 Jahren verstarb am 25. März 1983 unser Kamerad

Gottfried Tolksdorf

Seit seinem Eintritt 1960 in das THW hat er den Katastrophenschutz Bremens aktiv in verschiedenen Führungspositionen mitgestaltet.

Wir betrauern seinen frühen Tod.

Ortsbeauftragter für Bremen-West
Landesbeauftragter für Bremen

THW-Unterkunft „eingenebelt“

Norheim. Sieben Mann der Gerätegruppe des THW-OV Norheim mußten sich am Freitagabend, dem 18. März 1983, einer Atemschutzausbildung unter erschwerten Bedingungen unterziehen. Unter Leitung von Gruppenführer Horst Beikirch probten die THW-Helfer den Ernstfall unter Einsatz von schweren Atemschutz-Geräten.



Schon der Transport der schweren Atemschutzgeräteausrüstung war eine starke Belastung. (Foto: Wendenburg)

Nach einer kurzen theoretischen Einführung in die Sicherheitsbestimmungen und den Umgang mit den Geräten mußten die Männer zunächst im Gelände verschiedene Hindernisse überwinden und anschließend einen Kriechgang durchqueren. Dabei stellte bereits der Transport der 33 kg schweren Geräte eine nicht unerhebliche Belastung dar. Nach kurzer Verschnaufpause schickte Beikirch die Helfer in den Turm der THW-Unterkunft, den er inzwischen mit einer Mischung aus Rauch und Reizgas „eingenebelt“ hatte. Mehrere Male mußten die Helfer den Turm – eine simulierte Gefahrenzone – erklimmen, um Geräte für die Verletztenbergung hinaufzuschaffen.

Die Ausbildung war Bestandteil einer umfangreicheren Unterrichtseinheit zur Arbeit mit Atemschutz. Der Einweisung in den Umgang mit schweren und umluftunabhängigen Atemschutzgeräten war bereits eine Woche zuvor ein Training mit Schutzmasken und Filtern vorausgegangen. Ziel war es dabei, den individuellen Preßluftverbrauch der Helfer zu testen sowie das Verhalten bei Gefahr und die Orientierung bei schlechten Sichtverhältnissen zu üben. M. A.

Zwei Mädchen absolvieren Abschlußprüfung „Grundausbildung“

Nordenham. Landesweit sind sie bei Abschlußprüfungen „Grundausbildung“ bereits vereinzelt zu finden, für den

THW-OV Nordenham bildet die Teilnahme zweier Mädchen an der Prüfung im März dieses Jahres jedoch ein echtes Novum. Hannelore Bohlen und Andrea Kurzer stellten sich, zusammen mit acht männlichen Kollegen, der Prüfungskommission, um einen Leistungsbeweis für das in 150 Ausbildungsstunden Erlernte abzugeben.

Und sie taten es mit Erfolg: Bei der Auswertung des Prüfungskatalogs hielten sie mit guten Ergebnissen sowohl im theoretischen als auch im praktischen Bereich einen der vorderen Plätze. R. B.

Ausstellungen am laufenden Band

Hannover. Um die Bevölkerung verstärkt über Aufgaben, Ausstattung und Ausbildung des THW zu informieren, führt der Landesverband Niedersachsen, in Fortsetzung der im vergangenen Jahr begonnenen Zusammenarbeit, eine Ausstellungsreihe in Kassenhallen der Norddeutschen Landesbank (Nord LB) durch.

Seit Februar 1983, vorläufig befristet bis Juni dieses Jahres, ist die Ausstellung, bei der der Gabo-Stand zum Einsatz kommt, in Stadtoldendorf, Wolfenbüttel, Schöningen, Bad Harzburg und Langelsheim bei Goslar jeweils drei Wochen lang zu sehen.

Angekündigt wird die Ausstellung durch Presseartikel, in denen gleichzeitig eine Vorstellung des örtlichen bzw. des in der Nähe befindlichen THW-Ortsverbandes einschließlich seines Ortsbeauftragten erfolgt.

Als Höhepunkt und Abschluß der Ausstellungstätigkeit bei der Nord LB in diesem Jahr ist im Foyer der Hauptniederlassung in Hannover für August die BZS-Ausstellung „Mehr als schöne Worte“ eingeplant, die eine internationale Plakatsammlung zu den Themen zivile Verteidigung, Zivil- und Katastrophenschutz beinhaltet. R. B.



Mitten in der Nacht stürzte der Mitteltrakt des im Umbau befindlichen Hotels ein. (Foto: Reuber)

Hotel eingestürzt

Bad Homburg/Oberursel. Am Montag, dem 7. März 1983, stürzte gegen 22.40 Uhr der Mitteltrakt eines 100 Jahre alten Bad Homburger Nobelhotels ein. Die Ursache ist die Einwirkung von Wind, Regen und Schnee, da schon vor Jahren mit dem „Auskernen“ des Gebäudes begonnen worden war.

Durch das Bauaufsichtsamt wurde ein Teilabriß des Traktes sowie die Absicherung der beiden stehengebliebenen Flügel angeordnet. Für die Absicherungsmaßnahmen wurde das THW angefordert. Mit 24 Helfern und fünf Fahrzeugen, unter Leitung von Zugführer Wolfgang Reuber, wurden die Sicherungsmaßnahmen durchgeführt. Man hatte sich dazu entschieden, mit Hilfe von Kanthölzern und Drahtseilen die Gebäudeteile in sich zu verspannen. Hierzu



Für die Absicherungsmaßnahmen wurde das THW angefordert. (Foto: Reuber)

wurden jeweils in den beiden oberen Stockwerken Kanthölzer in einer Länge von 4,5 Metern an der Straßenfront angebracht. Im Inneren des Gebäudes wurde die gleiche Größe von Kanthölzern als Widerlager angebracht. Hier mußten eine ganze Reihe verschiedener Befestigungstechniken angewandt werden, wie z. B. Verbolzen mit den Dek-

kenbalken oder Einlassen und Verkeilen im Mauerwerk. Nach Abschluß dieser Arbeiten wurden die Balken mit Drahtseilen verspannt.

Die Seile wurden in entsprechender Länge mit Augenden versehen und um die Kanthölzer gelegt. Das eine Ende des Seils wurde mit einem Drahtseilstropp am gegenüberliegenden Balken angeschlagen. Mit einem Greifzug wurde nun das Seil gespannt und am Schnittpunkt acht Drahtseilklemmen angeordnet. Nach dem Festziehen der Klemmen konnte der Greifzug wieder gelöst werden.

Bei diesem Einsatz wurde den Helfern die ganze Palette der Improvisation beim Aussteifen abgefordert. W. R.

Übergabe von zwei Spürfahrzeugen

Gießen. In einer kleinen Feierstunde übergab Landrat Ernst Klingelhöfer dem Ortsbeauftragten des THW-OV Gießen, Bernd Helm, die Schlüssel für zwei neue Spürfahrzeuge. Durch die Übernahme der neuen VW-Busse und dem seit Sommer 1981 dort stationierten Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug (DMF) verfügt der Ortsverband nunmehr über die Fahrzeugausstattung des ersten ABC-Zuges des THW in Hessen.



Landrat Ernst Klingelhöfer (Bildmitte) übergab THW-Ortsbeauftragten Bernd Helm die neuen Spürfahrzeuge. (Foto: Kielwein)

Der Sollbestand von 42 Helfern wird bis zum Jahresende erreicht sein, ebenso werden die noch fehlenden Ausrüstungsgegenstände voraussichtlich noch in diesem Jahr geliefert, wie z. B. Heißwasserdruckstrahlgeräte oder zusätzliche Alarmempfänger, die die ständige Erreichbarkeit der ABC-Helfer ermöglichen. M. K.

Katastrophenschutzübung „Eisvogel '83“

Gießen. „Seit Tagen hat es im Großraum Gießen langanhaltend und sehr ergiebig geschneit, so daß der Straßen- und Schienenverkehr sowie Bereiche

der Versorgung zusammenbrachen. Die durch den pausenlosen Einsatz erschöpften Feuerwehren, Straßenräumdienste und Hilfsorganisationen bedürfen dringend einer Ablösung. Deshalb ordnet der Landrat als Hauptverwaltungsbeamter für den Landkreis Gießen Alarmstufe 3 für die Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes an.“

Diese Übungsaufgabe stellte sich den Helfern der Freiwilligen Feuerwehren Kleinlinden, Allendorf und Lützellinden, der DLRG-Ortsgruppe Heuchelheim, des DRK-Kreisverbandes Gießen und der THW-OV Grünberg und Gießen. Übungsleiter und Technische Einsatzleitung dieser Stabsrahmenübung waren in den Räumen des THW-OV Gießen untergebracht, von hier aus stellte die Fernmeldezentrale die Verbindung über Funk und Telefon zu den eingesetzten Gruppen sicher. Diese Gruppen hatten laut Übungsplan zahlreiche Schadensfälle zu melden, um sie dann nach Anweisung des Stabes bzw. der TEL zu „bekämpfen“.

Laut Übungsplan waren über 100 Störfälle zu bearbeiten, wie Stromausfälle in Kliniken und Altersheimen, Störungen durch Schneeverwehungen im Straßenverkehr, überflutete Keller, lebensgefährliche Situationen für Menschen und Tiere und die Notlandung eines Sportflugzeugs auf einem zugefrorenen See, das zu versinken drohte. Auf dem Gießener Ring ereignete sich ein schwerer Unfall, bei dem aus einem Tankwagen Ammoniak ausströmte; an anderer Stelle kam es zu einem Ferngasleitungsbruch, an der sich das ausströmende Gas entzündete und ein Waldgebiet gefährdete.

Zur Bewältigung dieser Aufgaben standen fünf Löschzüge, zwei Bergungszüge, je ein Sanitäts-, Betreuungs-, Schnelleinsatz- und Fernmeldezug sowie ein ABC-Zug und ein Instandsetzungszug zur Verfügung. Ferner waren eine Rettungstaucherguppe, zwei Verbrauchsgütertrupps und drei Verpflegungstrupps im Einsatz.



Im Ernstfall bestehen diese Einheiten aus insgesamt 450 Helfern mit 96 Fahrzeugen. Da es sich hier aber um eine Stabsrahmenübung handelte, nahmen daran nur die jeweiligen Zugtrupps der Einheiten teil. Zusammen mit Technischer Einsatzleitung und Übungsleitung waren insgesamt 150 Helfer beteiligt. Im Verlauf der Großübung informierten sich zahlreiche Gäste über den Ausbildungsstand der Gießener Katastrophenschutz-einheiten, unter ihnen Landrat Ernst Klingelhöfer, Kreisbrandinspektor Otto Schaaf, Vertreter der Bundesbahn, der Stadt Gießen, der Polizei, des DRK, der Wasserschutzpolizei und der Bundeswehr.

THW-Ortsbeauftragter Bernd Helm und Wehrführer Hans Jürgen Volk äußerten sich als Initiatoren erfreut über die rege Teilnahme der Katastrophenschutz Helfer und über das Interesse bei den Vertretern der Öffentlichkeit. Schon während der Übung ließen sich nach Meinung von Helm Erfolge der guten Zusammenarbeit der Gießener Katastrophenschutzler erkennen, zumal es sich um die erste Übung dieser Art in Gießen handelte. M. K.

Altes Werkstattgebäude abgerissen

Pfungstadt. Der 1. Bergungszug des THW-OV Pfungstadt beseitigte im Rahmen einer Übung eine völlig ausgebrannte ehemalige große Betriebswerkstatt im Steinbruchgelände der Odenwälder Hartsteinindustrie. Die 35 Helfer, unter Leitung von Zugführer Geissler, rissen die Mauern und Steinwände mit zwei GKW und einem MKW ein. Vorausgegangen war eine Brandübung der Mühlthal-Feuerwehren in Zusammenarbeit mit BVS, ASB sowie DRK.

Am darauffolgenden Ausbildungsabend wurden von einem Teil des 1. Bergungszugs die Stahlträger aus den Trümmern gezogen, in transportfähige Stücke zerlegt und abgefahren. P. H.

„Land unter“ am Rhein

Braubach. Während des Hochwassers im April waren 25 Helfer des THW-OV Lahnstein im Bereich der Verbandsgemeindeverwaltung Braubach im Einsatz. Vom 11. bis 17. April leisteten sie insgesamt 1549 Helferstunden.

Bei einem Hochwasserstand, der nur 20 cm unter dem Höchststand von 1970 lag, stellte die Pumpengruppe mit Mehrzweck- und Schlauchbooten den Fährbetrieb in der Altstadt von Braubach sicher und pumpte vollgelaufene Keller und Straßen leer.



Mit Mehrzweck- und Schlauchbooten stellten die THW-Helfer den Fährbetrieb in der Altstadt von Braubach sicher. (Foto: Bröder)

Nach einem Wassereinbruch in der Trinkwasser-Pumpstation kam auch die AÖ-Gruppe zum Einsatz. Durch Auspumpen der Station sicherte sie die Trinkwasserversorgung für die Stadt.

Aus den Ortsverbänden Westerburg und Montabaur und vom THW-Landesverband Rheinland-Pfalz wurden insgesamt 14 Tauchpumpen zur Verfügung gestellt. In unermüdlichem Einsatz schafften die THW-Helfer Sandsäcke herbei, räumten gefährdete Wohnungen und Geschäfte und säuberten nach Rückgang des Hochwassers die Bundesstraße 42 und die Ortsstraßen Braubachs.

Nach Beendigung des Einsatzes waren sich alle Beteiligten einig: Die Zusammenarbeit mit der Feuerwehr klappte wieder einmal hervorragend. B.

Dankbar wurde die Hilfe des THW angenommen.

(Foto: Bröder)



Am „Tor zur Welt“

Besigheim. Das preisgünstige Angebot der Bundesbahn „Abteil des Jahres“ hatte 45 Helfern des THW-OV Besigheim, teilweise mit Angehörigen, einen interessanten Ausflug ermöglicht: Über das Wochenende reisten sie zum „Tor zur Welt“ – der Hansestadt Hamburg. Die Führung zu den Sehenswürdigkeiten der Stadt hatte als aufmerksamer Gastgeber der THW-Bezirksverband Hamburg-Altona übernommen.

Am Freitagabend setzten sich die Helfer in Bietigheim in den Zug, zusammen mit der Freiwilligen Feuerwehr Asperg, die das gleiche Ziel gewählt hatte. Nach einer zwar langen, aber auch recht heiteren Zugfahrt erreichte man am frühen Samstagmorgen das Ziel, wo der THW-Bezirksverband Altona die Besucher in Empfang nahm. Busse des Malteser-Hilfsdienstes standen bereit, um die Gäste aus dem Schwabenland zur THW-Unterkunft zu bringen.

Ortskundige Helfer des Altonaer THW hatten sich als Führer für eine Stadt- und Hafenbesichtigung zur Verfügung gestellt. Es ging zu den modernen Hafenanlagen des Container-Terminals und zu den riesigen Lagerschuppen. Hier informierten sich die Besucher über die verschiedenen Arten des Löschens, der Verfrachtung und Lagerung von Waren, die in alle Welt gehen und aus vieler Herren Länder in die Bundesrepublik kommen. Im alten Elbtunnel unterquerte man den Fluß und traf am Hafen auf den britischen Flugzeugträger „Hermes“, der im Falkland-Krieg Geschichte gemacht hatte und gerade an der Überseebrücke in Hamburg ankerte.

Moderne Busse standen für die Besichtigung der Sehenswürdigkeiten Hamburgs zur Verfügung. Zum Besuch des Hamburger Wahrzeichens, dem Michel, und des ältesten erhaltenen Hanseatischen Viertels, den Krameramtswohnungen, hatte man jedoch einen Fußmarsch vorgezogen. Weiter bummelten die Besucher durch die Stadt, am Rathaus vorbei und entlang der Binnenalster zurück zur Unterkunft. Gewarnt vor Nepp und



Sichtlich wohl fühlten sich die THW-Helfer in Hamburg. Gastgeber war der THW-Bezirksverband Hamburg-Altona.

Schlepp ging es abends in Begleitung der Gastgeber zur Reeperbahn.

Sonntagmorgen auf dem Hamburger Fischmarkt beeindruckte die Schwaben besonders der Marktschluß, bei dem um 9.30 Uhr der Schleuderverkauf der verderblichen Ware beginnt. Eine Hafenerundfahrt auf einer Barkasse und der Aufstieg auf den Michel schlossen sich an.

Mit einem herzlichen Dank und dem beiderseitigen Wunsch, die Kontakte weiter aufrecht zu erhalten, verabschiedeten sich die THW-Helfer aus Schwaben von ihren hanseatischen Gastgebern. T.

THW-Jugendgruppe im Biwak

Müllheim. Auch in diesem Jahr fuhr die Jugendgruppe des THW-OV Müllheim wieder ins Biwak. Es war inzwischen das sechste Biwak, das diese Gruppe durchführt.

Ziel war zum ersten Male das schöne Obermünstertal. Hier, unweit der Talstation des Heidsteinliftes, wurden die Zelte aufgebaut. Leider hatte kurz vor der Abfahrt das Wetter umgeschlagen, und es goß fast ununterbrochen in Strömen. Dies konnte jedoch der Freude der jungen Helfer zunächst keinen Abbruch tun.

Am Freitagvormittag fuhr man mit den Fahrzeugen des 1. Bergungszugs des Landkreises Breisgau weiter bis zum zweiten Lagerplatz. Schnell waren die Zelte aufgebaut, und alsbald loderte ein zünftiges, gemütliches Lagerfeuer, an dem man sich etwas zum Abendessen aufwärmen konnte. Inzwischen wurde es dunkel, Notstromaggregate und Scheinwerfer wurden aufgebaut.

Leider wurden in dieser Nacht die Wetterverhältnisse wesentlich schlechter: Es regnete immer stärker, der Schnee schmolz. Doch in den Zelten wurde keinem kalt, und es wurde auch niemand naß. Mitgebrachtes Stroh, das auf dem Boden des Nachtlagers ausgebreitet wurde sowie eine Belegung von zehn

Helfern pro Zelt sorgten für die notwendige „Nestwärme“.

Am darauffolgenden Tag, nach dem gemeinsamen Frühstück, sollte der Höhepunkt des diesjährigen Biwaks stattfinden: Eine gemeinsame Suchübung war geplant, die mit der Rettungshundestafel Oberrhein, der Bergwacht Münstertal und der Technischen Einsatzleitung des THW-OV Müllheim durchgeführt werden sollte.

Zur gleichen Zeit hatte der Ortsverband Müllheim eine große Alarmfunktübung, und es war anfänglich schwierig, ein Fahrzeug für die Technische Einsatzleitung herauszulösen, was dann aber doch noch gelang.

Vor Beginn der Übung wurden einige Junghelfer in einem unübersichtlichen Gelände im Schnee versteckt, sie sollten die Verletzten darstellen. Kurze Zeit später traf die Rettungshundestafel mit acht Suchhunden ein. Schnell wurden die „Verletzten“ von den tüchtigen Hunden geortet und von der Bergwacht im Akja zu Tal gebracht. Hier wurden sie zunächst vom Bergwachtarzt Dr. Loose versorgt. Inzwischen war auch der Malteser-Hilfsdienst eingetroffen, der für den weiteren Abtransport sorgte.

Bürgermeister Walz, der Technische Leiter der Landesleitung der Bergwacht, Bucherer, und der Orts- und Kreisbeauftragte des THW-OV Müllheim, Ertel, waren kritische Beobachter dieser gemeinsam durchgeführten und recht gut gelungenen Übung. Bei der anschließenden Manöverkritik wurde der Erfolg und die gute Zusammenarbeit der Organisationen lobend erwähnt.

Nach kurzer Absprache zwischen dem Leiter der Jugendgruppe und seinen jungen Helfern wurde beschlossen, das Biwak, bedingt durch das Regenwetter, frühzeitig abubrechen. Durch die Übung waren die meisten Junghelfer durchnäßt, so daß gegen eine gemeinsame Heimfahrt niemand etwas einzuwenden hatte. W. E.

Landesleistungsvergleich der THW-Instandsetzungszüge in Baden-Württemberg

Horb. „Die Trinkwasserversorgung eines Ortsteils ist ausgefallen. Die Versorgung der Bevölkerung ist mit improvisierten Mitteln wieder herzustellen. Gleichzeitig ist eine Abwasserleitung beschädigt worden. Das anfallende Abwasser soll provisorisch gefaßt und in die intakte Kanalisation geleitet werden. Zum Betreiben der erforderlichen Pumpen und anderer elektrischer Geräte ist die Versorgung mit Strom sicherzustellen.“ Dies waren die Aufgaben beim

Landesleistungsvergleich der THW-Instandsetzungszüge, Aufgaben, wie sie dem THW immer wieder im Katastrophenfall zufallen. Um die ganze Situation realistisch darzustellen, hatte Petrus alle Schleusen geöffnet.

Die Helfer der zehn Instandsetzungszüge, die sich in den regionalen Wettkämpfen für die Landesausscheidung qualifiziert hatten, fanden auf dem großen Exerzierplatz der früheren Ypernkaserne ein ideales Übungsgelände vor. Helfer des Ortsverbandes Horb hatten die Bahnen ausgesteckt, alles notwendige Material übersichtlich geordnet und für eine gute Verpflegung gesorgt. Richtig gesehen hätte der Ortsverband Horb dafür den Sieg des Tages verdient, denn außerdem stellte Horb auch noch eine Wettkampfmannschaft. Aber beim Wettkampf selber wurde die Mannschaft von den Instandsetzungszügen aus Aalen, Zollern-Alb-Kreis, Reutlingen und Ludwigsburg überrundet. Vielleicht war es auch Fairneß; man sollte als Gastgeber nicht den Heimvorteil voll ausspielen.

Da die Instandsetzungszüge Aalen und Zollern-Alb-Kreis punktgleich aus dem Wettkampf hervorgingen, mußte das Los

entscheiden: Aalen erhielt den Siegpokal für das erste halbe Jahr, der Zollern-Alb-Kreis wird die baden-württembergischen Farben beim Bundesvergleich der Instandsetzungszüge in Darmstadt vertreten. Sch.

Ein langes Einsatzwochenende

Waldshut/Mühlacker. Es war ein heißes – oder besser gesagt: ein feuchtes und schmutziges – Wochenende für die Helfer des THW-OV Waldshut. Am Samstag rückten sie aus, um in Oberlauchringen Sandsäcke zu füllen; vorsorglich, man befürchtete, daß die Zuflüsse des Rheins, die Wutach, Steina und Schlucht, über die Ufer treten. Hinzu kam um 18.00 Uhr die Bergung einer Freileitung mit Hilfe von Gabelstützen aus einem Bach.

Am Sonntag um 5.00 Uhr ging es dann weiter: Ein Berghang oberhalb von zwei Wohnhäusern war ins Rutschen gekommen, gut 100 Kubikmeter Erdreich hatten sich in Bewegung gesetzt. Es war für die 34 THW-Helfer eine schwere



Die THW-Helfer halfen, den wertvollen Tierbestand an Land zu bringen. (Foto: Üblacker)

Knochenarbeit, die Erdmassen zum Stehen zu bringen. Eine Spundwand wurde gerammt, das überquellende Wasser in Rinnen abgeleitet und schließlich die ganze Rutschwand gegen weitere Aufweichungen abgedeckt.

Auch andere Ortsverbände wurden alarmiert, um Hilfe für die Bürger zu bringen. Der THW-OV Mühlacker hatte mit den Männern der Feuerwehr einen besonderen Einsatz: Ein Zirkuszelt stand in Gefahr, in den Fluten der Enz zu versinken. Feuerwehrmänner und THW-Helfer halfen, das Zirkuszelt abzubauen und den wertvollen Tierbestand auf trockenes Land zu bringen. K. S.

Nachrufe

Der THW-OV Backnang trauert um seine Helferin

Gerhild Wildermuth

die unerwartet verstarb.

Wir verlieren mit ihr eine gute Kameradin, die sich unserer Sorgen stets annahm.

Der Ortsbeauftragte und die Helferschaft des Ortsverbandes Backnang

*

Der THW-OV Rheinfelden trauert um seinen Helfer

Meinrad Maier

der unerwartet im Alter von 25 Jahren verstarb.

Mit ihm verliert der Ortsverband einen pflichtbewußten und guten Kameraden. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des THW-OV Rheinfelden

Erfolgreicher Brückenbau

Erlangen. Nachdem der Abriß der Schleifmühlbrücke durch den THW-OV Erlangen schon ein in der Öffentlichkeit viel beachteter Einsatz war, konnten die Helfer der Erlanger Bevölkerung nun beweisen, daß sie auch den Brückenbau perfekt beherrschen.

Zehn Stunden lang arbeiteten zwölf Helfer am Neubau der Fuß- und Radwegbrücke über den Wasserdurchlauf zwischen dem Großen und dem Oberen Bischofsweiher. Gleichzeitig brachen sie die alte und schon sehr morsche Brücke ab. Damit ist nun der auch von Nürnberger Wanderern viel benutzte Weg um den Dechendorfer Weiher, der durch die baufällige Brücke an dieser Stelle



Perfekt beherrschen die Helfer des THW-OV Erlangen den Brückenbau.

(Foto: Schreiter)

unterbrochen war, wieder voll begehbar.

Nach dem Abriß der Schleifmühlbrücke war das Tiefbauamt der Stadt Erlangen an die THW-Helfer mit der Bitte herangetreten, den Abbruch und Neubau auch dieser Brücke zu übernehmen. Die Helfer ließen die Holzkonstruktion zunächst auf dem Papier entstehen und berechneten auch die Statik selbst. Nach Überprüfung und Genehmigung durch das Tiefbauamt wurde gleich mit der Arbeit begonnen.

Die neue Brücke hat eine nutzbare Breite von 1,72 Metern und eine freie Stützweite von fünf Metern. Und damit jeder Wanderer auch weiß, wem er den komfortablen Weg über den Wasserdurchlauf zu verdanken hat, wurde von den Helfern eine kleine Plakette mit dem Hinweis auf das THW angebracht.

H.-D. Sch.

Doch im Laufe der letzten Jahre bahnte sich an, was schon lange zu erwarten war: die Eingliederung der Regieeinheit in das THW. Die Stadt sah sich nicht mehr in der Lage, die „Bergung“ optimal zu unterstützen, da das Hauptaugenmerk auf die ABC-Einheit gerichtet werden mußte.

Die Fahrzeuge und das Gerät überstanden verständlicherweise nicht unbeschadet rund 20 Jahre Benutzung. Nachrüstung gab es fast überhaupt nicht, und defekte Ausrüstungsteile konnten oftmals nur notdürftig instandgesetzt werden. Aber niemals kam bei den Helfern und Führungskräften der Gedanke des

THW-OV Nürnberg erhielt Verstärkung

Nürnberg. Im Januar 1983 wurde verwirklicht, was bereits im Herbst vergangenen Jahres beschlossene Sache war: Die 1. Bergungsbereitschaft Nürnberg, eine Regieeinheit der Stadt, wurde dem THW angegliedert.

Seit dem 15. April 1964 bestand diese Einheit unter städtischer Führung. Wertvolle Aufbauarbeit leisteten in den frühen Jahren der erste Bereitschaftsführer Martin F. Dittrich, sein Nachfolger Erich Metz und der jetzige Bereitschaftsführer Kurt Baum. Die 1. BBN (S), so der taktische Name, wurde ein fester Bestandteil des Nürnberger Katastrophenschutzes.



Willkommen ist die 1. Bergungsbereitschaft Nürnberg beim THW (von links): Ortsbeauftragter Gerd Neubeck, THW-Landesbeauftragter Reiner Vorholz, Bereitschaftsführer Erich Metz.

(Foto: Schreiter)

Aufgebens auf. Man wußte sich mit dem vorhandenen Material wohl zu helfen. So war es für die 1. Bergungsbereitschaft ein begrüßenswerter Schritt, mit dem THW zu fusionieren. Die zu erwartende bessere Gerätschaft und Ausbildung wurde von allen Helfern honoriert, was das einstimmige Votum für das THW im Herbst 1982 bewies. Die Gesamtstärke des THW-OV Nürnberg erhöhte sich nunmehr auf 360 Helfer.

Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben gaben sich bei der offiziellen Übergabefeier ein Stelldichein, unter ihnen Dr. Sauber als Vertreter der Stadt

Nürnberg, Dipl.-Ing. Reiner Vorholz, THW-Landesbeauftragter für Bayern, Gerd Neubeck, Ortsbeauftragter des THW-OV Nürnberg, Generaldirektor Eberlein, Stadtparkasse Nürnberg, Vertreter der Polizei, der Bundeswehr und der ansässigen Hilfsorganisationen sowie Helfer der 1. und 2. Bergungsbereitschaft.

Einig waren sich die Festredner über die Zielsetzung dieser Fusion:

● Durch den Zusammenschluß wird die Leistungsfähigkeit auf dem Bergungssektor erheblich gesteigert. Einerseits

ergeben sich Material- und Mannschaftsvorteile für beide Seiten, andererseits kann durch eine zentrale und koordinierte Führung im Ernstfall schneller geholfen werden.

● Die Helfer der 1. Bergungsbereitschaft gehören nun einer großen, bundesweiten Organisation an. Ihr Rechtsstatus ist damit eindeutig definiert – ihre Rechte und Pflichten im Helferstatut festgelegt.

Besonders erfreulich war eine respektable Spende, die THW-Ortsbeauftragter Neubeck vom Generaldirektor der Stadtparkasse Nürnberg, Eberlein, überreicht bekam.

T. v. B.

Warndienst



Einsatzleiter Welf König verabschiedet

Geehrt und in den wohlverdienten Ruhestand entlassen wurde am 22. Februar 1983 der langjährige Mitarbeiter des Warnamtes VIII, Einsatzleiter Welf König.

Am 1. Januar 1960 trat König in den Warndienst ein und kam nach kurzer Ausbildungszeit zum damals bestehenden Planungsamt nach Stuttgart. Mit der Verlegung des Amtes von Stuttgart nach Bildechingen im Jahr 1960 übernahm König dort die Funktion eines Ausbildungsleiters und baute zielstrebig die Einsatzbereitschaft des Warnamtes mit auf. Ebenso war er mit den Planungs- und Durchführungsmaßnahmen zur endgültigen Einrichtung des Warnamtes VIII in Rottenburg im Jahr 1968 befaßt.

Seit 1974 war König Einsatzleiter für die Bereiche Organisation und Einsatz. Mit Unterbrechungen wurde er mehrfach mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Warnamtsleiters beauftragt.

Als Vertreter des Bundesamtes für Zivilschutz ging Ltd. Baudirektor Dr. August Jürgen Maske in seiner Rede auf die Verdienste Königs um den Zivilschutz ein. Sowohl beim Aufbau des Warnamtes als auch als Einsatzleiter sei er immer ein Vorbild für ehrenamtliche und freiwillige Helfer des Zivilschutzes gewesen. Der Vertreter des Innenministeriums Baden-Württemberg, Ministerialrat Dr. Erhard Müller, der Leiter der Katastrophenschutzschule des Landes Baden-Württemberg, Kullen, und der Leiter der Landesstelle Baden-Württemberg des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Wolfgang Raach, würdigten die

aktive Persönlichkeit Königs und sein vorbildhaftes Arbeiten im Zivilschutz. Auch Rottenburgs Oberbürgermeister Dr. Winfried Löffler bedankte sich für die gute Zusammenarbeit.

Im Anschluß an die offizielle Verabschiedung fand im Kreis der Kolleginnen und Kollegen des Warnamtes eine Verabschiedung in gemütlicher Runde statt.

P. Sch.

Ltd. Baudirektor Dr. August Jürgen Maske (links) verabschiedete Einsatzleiter Welf König in den Ruhestand.



Viele Gäste waren zur Verabschiedung erschienen.

(Fotos: Mozer)





Über 3 Millionen Menschen betroffen

Äthiopien – hoffnungslos?

Dürre, Krieg, Flüchtlingselend in Nordäthiopien –

DRK beteiligt sich an Hilfsaktionen

Korem, April 1983: Sie hocken in Gruppen herum. Erschöpft, krank, hungrig und jeglicher Hoffnung beraubt, außer jener, vielleicht zu überleben. 28000 Menschen sind es – Dürreopfer.

Sie kamen in dieses Lager, von den Provinzen Wollo und Tigray, aus über 100 Kilometern Entfernung. In den letzten beiden Tagen starben 15 ihrer Leidensgenossen an Unterernährung und Krankheiten wie Durchfall oder Lungenentzündung. 98 waren es in den letzten drei Wochen, Kinder vor allem und alte Menschen.

Sie hocken auf freiem Feld in 2400 m Höhe, ohne jeglichen Schutz vor Wind und nächtlicher Kälte. Zum Glück ist noch keine Regenzeit . . . wenn sie überhaupt einsetzt. Sie sahen ihr Vieh sterben, sie mußten ihre Hütten abreißen, um Feuerholz zum Kochen zu haben. Als nichts mehr da war, traten sie den langen Weg nach Korem an, zum Überleben, vielleicht.



In primitivsten, menschenunwürdigen „Behausungen“ müssen Tausende in Nordäthiopien campieren.

Die Dürre in den Provinzen Gonder, Tigray und Wollo trifft 3 Millionen Menschen. Wem wegen der Konfliktsituation im Nordwesten des Landes nicht geholfen werden konnte, der tritt den langen Weg in ein Lager wie Korem an. Im Oktober vorigen Jahres vegetierten hier 3000 Menschen. Ende März dieses Jahres sind es fast zehnmal so viele, meist alte Menschen, Frauen, Kinder. Die Männer versuchen im Heimatort zu erhalten, was zu erhalten ist.

Hilfe mit Unterstützung seiner Schwestergesellschaften leistet das Äthiopi-

sche Rote Kreuz in Korem mit freiwilligen Helfern für Kinder, stillende Mütter und Sieche. Das Hilfsprogramm des Äthiopischen Roten Kreuzes für Kinder begann im Februar. Die Kinder im Lager werden in drei Gruppen eingeteilt: 5 bis 10 Prozent sind akut gefährdet und bedürfen zum Teil intravenöser Ernährung, 40 Prozent sind effektiv unterernährt, und der Rest steht vor der Unterernährung. Man legt bei dieser Beurteilung das Verhältnis Körpergröße zu Gewicht zugrunde. Die meisten Mütter können nicht mehr stillen, sie erhalten proteinhaltige Nahrung zur Stärkung.

Zelte, Decken und Campingbetten werden ebenso dringend benötigt wie Medikamente, besonders in Anbetracht der bevorstehenden Regenzeit, die, wenn sie eintritt, die Lage der hier lebenden Menschen aussichtslos machen wird. Drei provisorische Unterkünfte für jeweils 300 Personen hat das Äthiopische Rote Kreuz aufgebaut, viel zu wenig für die Schutzsuchenden. Nicht am guten Willen fehlt es, sondern an Baumaterial. „Die Menschen sterben an Lungenentzündung durch die Kälte, ehe sie die Möglichkeit haben zu essen und sich damit Widerstandskräfte zu schaffen“, sagte der betreuende Arzt Dr. Smeth.

Ein besonderes Problem ergibt sich zudem durch Verständigungsschwierigkeiten. Die Lagerbewohner haben keine gemeinsame Sprache, sondern sprechen verschiedene Dialekte. Bestürzend ist die Apathie dieser hier zusammengewürfelten Menschen, die keinen Ausweg aus ihrer Lage sehen.

DRK will in Äthiopien helfen

Anhaltende Dürre, kriegerische Auseinandersetzungen, Zustrom von Flüchtlingen, Vertriebenen und Umsiedlern verschärfen die Notlage der Menschen vor allem im Norden Äthiopiens. Das Land kann diese Situation nicht mehr aus eigener Kraft lösen und bittet um internationale Unterstützung.

Bereits seit 1978 leistet das Deutsche Rote Kreuz in Zusammenarbeit mit der Liga der Rotkreuzgesellschaften und ihrer äthiopischen Schwestergesellschaft Hilfe in den besonders betroffenen Regionen des Landes. Seine Delegierten ermitteln seither den Bedarf und überwachen die korrekte Verteilung der Hilfsgüter, die vom Roten Kreuz zur Verfügung gestellt werden und insbesondere den Bewohnern der Nordprovinzen Äthiopiens zugute kommen.

Über 3 Millionen Menschen sind dort betroffen, von denen mehr als dreihunderttausend auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sind und ohne diese kaum Überlebenschancen haben. Besonders leiden unter der Notlage – die letzte Getreideernte lag bis zu 50 Prozent unter dem Durchschnitt, bis zu 80 Prozent des Viehbestandes gingen aufgrund mangelnder Weidemöglichkeiten ein – ältere Menschen und Kinder, von denen der Großteil weniger als 80 Prozent des Normalgewichtes erreichen. Krankheiten wie Masern und Typhus grassieren, und es bestehen zudem aufgrund der Überbevölkerung Unterbringungsnotstände und Mangel an Feuerungsmaterial.



Das Flüchtlingselend hat – wie überall auf der Welt – auch in Äthiopien besonders die Kinder betroffen.

Nach Schätzung der FAO (Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft) gibt es in Äthiopien bis zur nächsten Ernte im November 1983 einen Bedarf allein an Getreide in Höhe von rund 400000 Tonnen. Das Deutsche Rote Kreuz hatte bereits im vergangenen Jahr und im Januar 1983 bei Mitfinanzierung durch die Bundesregierung jeweils 1000 t Getreide in das Land gebracht und unter seiner und der Kontrolle des Äthiopischen Roten Kreuzes an die notleidenden Menschen verteilt. Zudem lieferte die „Flora“ weitere Grundnahrungsmittel, Zelte und Transportfahrzeuge im Januar nach Äthiopien. In Erfüllung seines humanitären Auftrages will das DRK in Zusammenarbeit mit der Liga der Rotkreuzgesellschaften und dem Äthiopischen Roten Kreuz auch in Zukunft seinen Anteil an der dringend erforderlichen Hilfe leisten.

Erste Hilfe – gewußt wie!

In acht Doppelstunden
kann jeder lernen,
was vielleicht lebensrettend ist

Unter diesem Motto stand der diesjährige Welt-Rotkreuz-Tag am 8. Mai, mit dem die Gesellschaften des Internationalen Roten Kreuzes weltweit auf ihre Aktivitäten in diesem Bereich aufmerksam machten.

Bereits seit 1907 wird die Ausbildung gerade der Zivilbevölkerung in Erster Hilfe gefordert. Diese Forderung ist auf alle Gefährdungsbereiche gerichtet, in denen Erste Hilfe notwendig werden kann:

- im Straßenverkehr,
- im häuslichen Bereich,
- am Arbeitsplatz,
- bei Wasser- und Bergnotfällen.

„Erfolgreich“ – kein Wort könnte treffender die Tätigkeit des Deutschen Roten Kreuzes in diesem Bereich beschreiben. Allein im Jahre 1982 wurden z. B. rund 650000 Bundesbürger in Erster Hilfe ausgebildet. Diese qualifizierte Ausbildung zum Ersthelfer wird vom DRK kostenlos angeboten und dient der Selbsthilfe der Bevölkerung. Sie dauert acht Doppelstunden und beinhaltet lebensrettende Sofortmaßnahmen in Notfällen wie bei Verletzungen, plötzlichen Erkrankungen und Vergiftungen im Haushalt, Betrieb, Straßenverkehr sowie in der Freizeit. Sie wird zudem bei der Beantragung des Führerscheins für alle Fahrzeugklassen anerkannt. Jedoch wird jedem Absolventen empfohlen, nach drei Jahren seine Kenntnisse in einem erneuten Lehrgang aufzufrischen, damit das „gewußt wie“ seine Berechtigung behält.

Notwendigkeit der Hilfeleistung – Notfälle

Die ständig wachsenden Unfallgefahren (Straßenunfälle 1980 ca. 1,7 Millionen; Haushaltsunfälle 1980 ca. 2,0 Millionen) machen es notwendig, daß möglichst viele Menschen Erste Hilfe leisten können. Erste-Hilfe-Maßnahmen werden aber nicht nur bei Unfallverletzten, sondern auch bei anderen Notfällen erforderlich. Notfälle sind neben schweren Erkrankungen auch Vergiftungen, bei denen die Anwendung lebensrettender Sofortmaßnahmen im Vordergrund steht.

Den Ablauf der Maßnahmen nach einem Notfall kann man mit einer Kette vergleichen, die aus fünf Gliedern besteht. Die einzelnen Kettenglieder stehen stellver-

trehend für eine Reihe von Handlungen, die notwendig sind, um Menschenleben zu retten. Sie greifen ineinander, angefangen von lebensrettenden Sofortmaßnahmen am Unfallort bis zur ärztlichen Versorgung im Krankenhaus.

Sofortmaßnahmen

Lebensrettende Maßnahmen z. B.: Retten, Atemspende, Blutung stillen, Absichern der Unfallstelle, Bewahren vor zusätzlichen Gefahren.

Notruf

Eine Meldung veranlassen: Was geschah? Wo geschah es? Wie viele Verletzte? Welche Art der Verletzung? Wer meldet?

Erste Hilfe

Durch ausgebildete Ersthelfer z. B.: sachgerechte Lagerung, Verbände anlegen, Zuspriechen, sonstige Leistungen.

Rettungsdienst

Übernahme von Notfallpatienten durch ausgebildetes Rettungsdienstpersonal (ggf. mit Notarzt) und fachgerechter Transport zum

Krankenhaus

Mit der ärztlichen Versorgung im Krankenhaus endet die Rettungskette.

Verpflichtung zur Hilfeleistung – sittliche und rechtliche Pflicht

Wer im Notfall von seinen Mitmenschen sachgemäße Erste Hilfe erwartet, sollte selbst fähig und willens sein, anderen zu helfen. Bei Unglücksfällen oder Not zu helfen, ist nicht nur eine sittliche, sondern auch eine rechtliche Pflicht.

§ 323c des Strafgesetzbuches: Wer bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not nicht Hilfe leistet, obwohl dies erforderlich und ihm den Umständen nach zuzumuten, insbesondere ohne erhebliche eigene Gefahr und ohne Verletzung anderer wichtiger Pflichten möglich ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 34 der Straßenverkehrsordnung (Auszug): Nach einem Verkehrsunfall hat jeder Beteiligte sofort zu halten, sich über die Unfallfolgen zu vergewissern und den Verkehr zu sichern.

Aufgaben des Ersthelfers: Erkennen – Überlegen – Handeln

Der Ersthelfer muß schnell und richtig erkennen, was geschehen ist, überlegen, welche Gefahr droht und zielstrebig – unter Berücksichtigung der jeweili-

gen Situation – handeln. Er darf keine Maßnahmen ergreifen, die Rettungssanitätern und Ärzten vorbehalten sind. Dazu gehört auch die Verabreichung von Medikamenten. Nach der Hilfeleistung gibt der Ersthelfer dem Betroffenen immer den Rat, daß ein Arzt aufgesucht werden soll.

Der Erste-Hilfe-Lehrgang

Nachstehend sind einige der Maßnahmen angeführt, die in dem acht Doppelstunden (je 2×55 Minuten) umfassenden Erste-Hilfe-Lehrgang vermittelt werden.

– Rettung von Verletzten bei akuter Gefahr, z. B. durch Retten aus dem Kraftfahrzeug

– Stillen einer bedrohlichen Blutung, z. B. durch Abdrücken am Oberarm und Druckverband

– Maßnahmen bei Atemstillstand, z. B. durch Überstrecken des Halses

– Schockbekämpfung, z. B. durch Blutstillung, Herstellen der Schocklage und Verhinderung weiteren Wärmeverlustes

– Bewahrung des Verletzten vor zusätzlichen Schädigungen und Gefahren, z. B. durch Herstellen der Seitenlage

– Veranlassung des Notarztes, z. B. mit Schilderung lebensbedrohlicher Verletzungen

– Linderung der Schmerzen durch sachgerechte Lagerung oder andere Hilfeleistungen, z. B. durch Ruhigstellung eines Knochenbruchs mit Dreiecktüchern oder Bauchmuskulentspannung durch Knierolle

– Erste Hilfe bei Vergiftung, ständig Puls und Atmung kontrollieren, bei Bewußtlosigkeit und vorhandener Atmung: Seitenlage herstellen, Notruf: Vergiftung, Informationszentrale für Vergiftungen, zusätzlich zum Notruf, anrufen, beim Erbrechen helfen, nicht das Erbrechen herbeiführen, Giftreste u. ä. zur Untersuchung in das Krankenhaus mitgeben

– Erste Hilfe bei Erkrankung, z. B. bei plötzlich auftretenden Schmerzen im Brust- und Bauchraum

– Sorge für Ruhe um den Betroffenen, Schockbekämpfung (Beine nicht anheben; keine Schocklage herstellen), Lagerung nach Verhalten des Betroffenen, z. B. bei Atemnot: halbsitzende Lagerung, Verbot von Trinken, Essen, Rauchen, Arzneimitteln, Notruf, keine Medikamente ohne ärztliche Verordnung

– Umgang mit Behinderten

Die Teilnahme am Erste-Hilfe-Lehrgang ist kostenlos. Bereits ab 14 Jahren kann man die Ausbildung genießen. Der Unterricht findet meistens an Abenden statt.

Horst F. Hamburg

Der ASB sprach mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Dr. Norbert Blüm

„... Nicht für jedes Wehwehchen muß die Solidargemeinschaft eintreten...“

Erfahrungsbericht über die Kostenbeteiligung im Gesundheitswesen bis Ende 1984 vorgesehen

Sparen wird heute in der Sozialpolitik großgeschrieben, denn die bundesdeutschen Kassen sind leer. So ist das Thema „Kostendämpfung“ von großer Brisanz. Mitglied des ASB-Bundesvorstands Karl-Jörg Wohlhüter unterhielt sich hierüber mit Minister Dr. Blüm.

asb: Der Bundesminister Dr. Norbert Blüm ist um sein Amt nicht zu beneiden. Die Bürden überwiegen die Würden. Denn der Rotstift diktiert weitgehend die Sozialpolitik.

Nun ist das Arbeitsministerium mit zuständig für die 5,- DM Selbstbeteiligung, die bei einem Krankentransport zu bezahlen sind. Bei den Kabinettsberatungen haben Sie ein Wort mitzureden. Von diesen 5,- DM wurde behauptet, daß der bürokratische Aufwand den Nutzen übersteigt. Obendrein wird bei den Patienten eine erhebliche Verärgerung produziert. Ist mit einer Rücknahme dieser Selbstbeteiligung zu rechnen? Müssen sich die Bundesbürger auf weitere derartig kleinkarierte und fragwürdige Sparmaßnahmen einrichten?



Dr. Blüm: Das Arbeitsministerium ist zuständig. Nur habe ich bei den Kabinettsberatungen zu diesem Punkt kein Wort mitreden können, weil bei Zustandekommen dieser Regelung eine andere Regierung war. Aber abgesehen davon, ich glaube nicht, daß der bürokratische Aufwand den Nutzen übersteigt.

Fahrtkosten werden von der Krankenkasse übernommen, soweit sie je einfache Fahrt mehr als 5,- DM betragen. Die Krankenkasse hat somit dem Versicherten den 5,- DM übersteigenden Betrag für jede Fahrt zu erstatten. Diese Leistung kann ohne besonderen Verwaltungsaufwand erbracht werden. Wenn der Transporteur die Kosten mit der Krankenkasse direkt abrechnet, kassiert er vom Versicherten die 5,- DM. Dies kann ebenfalls ohne großen bürokratischen Aufwand geschehen.

Bei Notfällen und Rettungsfahrten haben die Krankenkassen durch ihre Satzung bestimmt, daß von dem Versicherten kein Kostenanteil zu zahlen ist, so daß auch in solchen Fällen eine reibungslose Abrechnung der Fahrtkosten mit der Krankenkasse möglich ist.

asb: Rechnen Sie damit, daß weitere Formen der Selbstbeteiligung oder gar Karentage auf die Bürger zukommen?

Dr. Blüm: Der Deutsche Bundestag hat mich durch einstimmigen Beschluß beauftragt, bis Ende 1984 einen Bericht über die Erfahrungen mit den verschiedenen Selbstbeteiligungen im Gesundheitswesen und bei den Kuren der Rentenversicherung vorzulegen. Es gäbe wenig Sinn, vor diesem Termin weitere Selbstbeteiligungsformen einzuführen, für die die Kostenentwicklung in der Krankenversicherung auch keinen Anlaß gibt. Karentage bei der Lohnfortzahlung, das habe ich wiederholt betont, wird es unter einem Arbeitsminister Norbert Blüm nicht geben.

asb: In der jüngsten Zeit fordern Politiker aus den verschiedensten politischen Lagern ein Umdenken in der Sozialpolitik. Die Not des fehlenden Geldes bestimmt derartige Überlegungen. Sie persönlich fordern, daß man sich wieder stärker an den Prinzipien der Subsidiarität ausrichtet. Was kann man darunter praktisch verstehen?

Dr. Blüm: Subsidiarität in der Krankenversicherung bedeutet zum einen: Nicht für jedes Wehwehchen des einzelnen muß die Solidargemeinschaft eintreten. Deshalb wurden verschiedene einfache Arzneimittel aus der Leistungspflicht der

Krankenversicherung herausgenommen. Zum anderen bedeutet Subsidiarität, daß wir den Zug zu den großen Apparaten stoppen. Durch eine stärkere Unterstützung der häuslichen Pflege in der Familie soll die stationäre Versorgung, soweit medizinisch vertretbar, verkürzt oder im Einzelfall ganz überflüssig werden. Das setzt aber voraus, daß wir die Familie durch Sozialstationen und sachgerechte Leistungen der Krankenversicherung bei der häuslichen Pflege unterstützen.

asb: Welche Bedeutung messen Sie derzeit und in der Zukunft der Arbeit der freien Wohlfahrtsverbände zu? Sie können zweifellos schneller auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren, und häufig erbringen sie ihre Leistungen kostengünstiger als amtliche Stellen. Aber ganz ohne staatliche Förderungen können auch Wohlfahrtsverbände nicht wirken. Müssen sie aufgrund der angespannten Haushaltslage mit einer Begrenzung der Zuschüsse rechnen oder dürfen sie gar auf eine unbürokratische Hilfe zählen?

Dr. Blüm: Starke und caritative freie Wohlfahrtsverbände gehören unbedingt in das Bild einer freien, subsidiär gegliederten Gesellschaft. Sie können in der Tat schneller reagieren als der Gesetzgeber, und sie erbringen ihre Leistungen vielfach kostengünstiger als staatliche Einrichtungen. Allerdings stehen auch die Wohlfahrtsverbände in der Gefahr, sich stark von staatlichen Richtlinien und Zuwendungen abhängig zu machen, so daß sie schließlich in Einzelbereichen vorgegebene Aufgabenstellungen nur noch verwalten.

Zur Finanzierung kann es keine Generalklauseln geben. Einerseits können der Staat und können die Träger sozialer Maßnahmen kein Geld ausgeben, das sie nicht haben. Andererseits verändern sich soziale Aufgabenstellungen nicht mit der öffentlichen Kassenlage. Generell zielt meine gesellschaftspolitische Philosophie eher auf eine weitere Stärkung der Wohlfahrtsverbände als auf ihre Schwächung.

Ein neues Dach über dem Kopf

Mehr als 500 Samariter, Gäste und Freunde des ASB waren anläßlich der Einweihung der neuen Rettungswache in der Pfungstädter Straße in Darmstadt-Eberstadt in das Festzelt gekommen, das die Samariter neben ihrer neuen Wache errichtet hatten, um die Fertigstellung des größten Projektes in der

Darmstädter ASB-Geschichte gebührend zu feiern. Finanzielle Hilfe bekamen die Samariter von der Stadt Pfungstadt. Sie stellte 50000 DM für den Bau bereit. Mit weiteren größeren Beträgen half auch die Stadt Darmstadt und der Landkreis Darmstadt-Dieburg.

Mehrere Jahre hatten die Samariter in einer kleinen Holzhütte am Rande der Eberstädter Kliniken gehaust. Ständige Platznot förderte das Organisationstalent der Verantwortlichen, derweil die Fäulnis die Hütte Stück für Stück infizierte. Das Planen einer dauerhaften Unterkunft währte lange – gut Ding will Weile haben. Jetzt aber ist es Wirklichkeit geworden: ein festgebautes Haus, in dem alle Dienstbereiche Platz haben, alle Büroräume untergebracht werden konnten, in dem alle Lagerräume zu finden sind, in dem künftig alle Ausbildungskurse und Lehrgänge stattfinden werden, in dem die Jugend ihr eigenes Reich hat, ja, für den Rettungswagen gibt es jetzt sogar eine Garage.



Die neue Rettungswache des ASB Darmstadt.

Auf alle diese Selbstverständlichkeiten hatten die rund 400 Aktiven eines Vereins von mittlerweile rund 6500 Mitgliedern, die jährlich über 6500 Krankentransporte und rund 4500 Behindertenfahrten durchführen und über 75000 warme Mahlzeiten ausfahren, jahrelang verzichten müssen. Der nunmehr seiner Bestimmung übergebene Neubau gibt der Arbeit des ASB endlich die seinem sozialen Stellenwert entsprechende Kulisse.

Vorsitzender Walter E. Hummel würdigte die Arbeit der auf Ehrenamtlichkeit basierenden Hilfsorganisationen. Zum Neubau sagte Hummel, es sei erfreulich, daß das gesetzte Ziel, eine Bau-summe von 800000 DM nicht zu überschreiten, erreicht werden konnte. Es entspricht der Eigenart der Darmstädter Samariter, sich nicht auf erzielten Lorbeeren auszuruhen, sondern gleich weiterzudenken: „Nächstes Projekt“, so Hummel, „soll der Bau eines an die Rettungswache anzuschließenden Altenwohn- und Pflegeheims sein.“

Die Liste der Festredner und Überbringer guter Wünsche wurde vom Darmstädter Bürgermeister und Sozialdezer-

nenten Horst Seffrin angeführt. Nicht zuletzt Seffrins engagiertem Einsatz für die gute Sache der Samariter ist die Erstellung der neuen Rettungswache zu verdanken. Seffrin erinnerte in seiner Ansprache an das Verbot der Arbeiterorganisation vor 50 Jahren und sagte, es sei bewundernswürdig, was der ASB in Darmstadt seit dem Neubeginn im Jahre 1969 geleistet habe. Vor allem äußerte er Bewunderung für das Ehrenamt, das die Samariter versehen; der ASB sei ein Beispiel für praktische Selbsthilfe.

Für den ASB Hessen beglückwünschte Vorsitzender Erich Kirchner die Darmstädter Samariter und lobte die in Darmstadt und Umgebung erworbene Anerkennung und die freundschaftliche Zusammenarbeit mit den anderen Hilfsorganisationen.

ASB-Bundesvorsitzender Martin Ehmer hob hervor: „Der ASB Darmstadt ist ein vorbildlicher Ortsverband.“ Man sehe es gerne, wenn hier neue Aufgaben übernommen würden.

Bleibt nach erfolgtem Umzug in das künftige Domizil zu hoffen, daß die neue Rettungswache möglichst bald von den Aktiven angenommen und genauso wie die alte Holzhütte geliebt werden wird. Dann wird auch dieses ASB-Haus ein Symbol aktiver Hilfe werden.

Ralf Köbler

Weg frei für Neubau

Nach einem langen Marsch durch Instanzen und Behörden ist für den Arbeiter-Samariter-Bund in Berlin der Weg frei, mit dem Neubau der Leitstelle für den Wasserrettungsdienst in Staatwinkel zu beginnen. 5,7 Millionen DM wird das seit langem geplante, von Architekt Gerd Schneider entworfene Projekt kosten; die Gelder stellt die Deutsche Klassenlotterie Berlin zur Verfügung. Wenn alles gut geht, soll im Spätsommer dieses Jahres mit den Arbeiten begonnen werden.

Der Komplex am Tegeler See – zwischen den Wasserwerken und Reiswerder gelegen – wird das eigentliche Hauptgebäude und ein Bootshaus umfassen. Der Neubau löst die alten Gebäude aus dem Jahre 1928 ab, die den heutigen Erfordernissen seit langem nicht mehr entsprechen.

Sechzig Helfer des ASB und der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) – die in der Regel zwischen Ostern und Herbst jedes Wochenende in Staatwinkel und auf sechs umliegenden Außenstationen ihren ehrenamtlichen Dienst leisten – werden in dem neuen Haus Platz finden. Die Funkleitstelle wird auf den modernsten Stand gebracht,



Schon lange reicht die alte ASB-Rettungsstation nicht mehr aus.

ebenso die Werkstätten, die sanitären Anlagen und die Unfallstation.

Das ist noch nicht alles: Die sieben Rettungsboote (Jahrgang 1927 bis 1981) werden in einer Bootshalle wieder ein festes Dach bekommen, natürlich mit den erforderlichen Werkstätten. Das alte Bootshaus war im Krieg zerstört und aus Geldmangel nicht mehr aufgebaut worden.

Die Leitstelle Staatwinkel des ASB war übrigens mit Unterstützung des Berliner Magistrats entstanden. Die Berliner Stadtväter stellten dem ASB damals nicht nur 1885 qm Land in Erbpacht zur Verfügung, sondern griffen den Samaritern auch mit einem zinslosen Kredit (50000 DM) unter die Arme. Staatwinkel war sozusagen ein Modellfach für den ASB auf Reichsebene, in der Wasserrettung aktiv zu werden. Sanitäter und Boote stellte der ASB, die Wasserretter kamen aus den Reihen der „Freien Schwimmer“. Alarmiert wurde damals auf „primitive“ Art: mit Leuchtraketen; jede der drei Stationen zwischen Tegel, Heiligensee und Spandau hatte eine bestimmte Farbe. Erst in den sechziger Jahren wurde per Telefon und Sprechfunk alarmiert.

Mit dem Verbot des ASB am 1. September 1933 gingen Haus und Inventar in den Besitz von SA und DRK über. Erst lange nach dem Kriege wurde Staatwinkel an den wiederzugelassenen ASB zurückgegeben.

Heute sind die Samariter von den Gewässern der Oberhavel und des Tegeler Sees nicht mehr wegzudenken. Der ASB hat in der Berliner Arbeitsgemeinschaft Wasserrettungsdienst neben dem DRK und der DLRG einen festen Platz.

Die vielen Freizeitkapitäne wissen die uneigennützigste Arbeit der Samariter zu schätzen. So waren es 1982 genau 279 gekenterte Boote, die geborgen wurden. Siebenmal suchten die Helfer nach Ertrunkenen, sechsmal hatten sie Glück. Fachdienstleiter Helmut Pohl: „Am schlimmsten waren die Luftmatratzen-Schwimmer, da gab es manche gefährliche Situation.“

Konrad Beck

Wolfgang Jendsch

Farbgebung und Kennzeichnung von Sanitätsfahrzeugen

Tips und Hinweise für Modellbauer – Die Fahrzeuge der JUH

Bemalen und Beschriften von Sanitätsfahrzeugmodellen – aber wie? Das ist die Frage, die mir Leser und Interessenten persönlich und in ihren Briefen immer wieder stellen.

Und in der Tat, ganz einfach ist es sicher nicht, vorbildgetreu zu unterscheiden zwischen Rettungs- und Sanitätsfahrzeugen des DRK, MHD, ASB und der JUH, darüber hinaus zwischen Dienst- und Katastrophenschutzfahrzeugen der Organisationen und „durchzublicken“ durch all die Farb- und Beschriftungsvarianten, die es außerhalb jeder Norm bei allen Organisationen gibt.

Da sind z. B. Fahrzeuge in Weiß, Elfenbein, Rot, Hellgrün, Blau, Oliv, Dunkelgrün, Weiß-Grau, Grau und sicher einige weitere Farben, die ich mir aufzuzählen ersparen möchte.

Dieser Beitrag, der sich mit den Fahrzeugen der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) befaßt, will einige Hinweise geben zur Farbgebung, Beschriftung und Kennzeichnung von Einsatzfahrzeugen. Sicherlich können hier nur Stichworte gegeben werden, die aber hilfreich sein werden für den Bastler von KTW, RTW, NAW, NEF u. a. Fahrzeuge.

Grundsätzlich – und das gilt zunächst für alle im Rettungsdienst zugelassenen Fahrzeuge – erfolgt Anstrich und Beschriftung nach der DIN 75080 (Teil 1–3). Die Norm wurde vom Arbeitskreis „Krankentransportmittel des Normenausschusses Rettungsdienst und Krankenhaus (NARK) im DIN (Deutsches Institut für Normung e. V.)“ erarbeitet. Nach dieser Norm gilt für alle Fahrzeuge bzgl. der Farbe: Aufbau elfenbein glänzend (RAL 1014 nach Farbbregister 840 HR), Felgen schwarz glänzend (RAL 9005 nach Farbbregister 840 HR) oder silberfarben (z. B. RAL 9006). Innenräume von Fahrerhaus und Krankenraum werden hell lackiert.

Bzgl. der Beschriftung heißt es in der Norm: „... müssen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Verwendungszweck stehen“ (z. B. RETTUNGSWAGEN, NOTARZT), zusätzliche Hinweise

und Beschriftungen dürfen nur an den Fahrerhaustüren angebracht sein (z. B. JOHANNITER-UNFALL-HILFE, KREIS-VERBAND STUTTART).

In Ergänzung dieser Vorschriften geben die Rettungsorganisationen in der Regel Leitfäden heraus, die genauere Angaben

über Schriften, Embleme und Zusatzfarben machen.

Die Johanniter-Unfall-Hilfe unterhält in der Regel Fahrzeuge, die die Farbe Elfenbein (RAL 1014) tragen. Ausgenommen hiervon sind Fahrzeuge des Katastrophenschutzes, die bundeseinheitlich z. B. in Oliv (RAL 7008, alte Farbge-



Krankentransportwagen (KTW) der Johanniter-Unfall-Hilfe Dortmund.



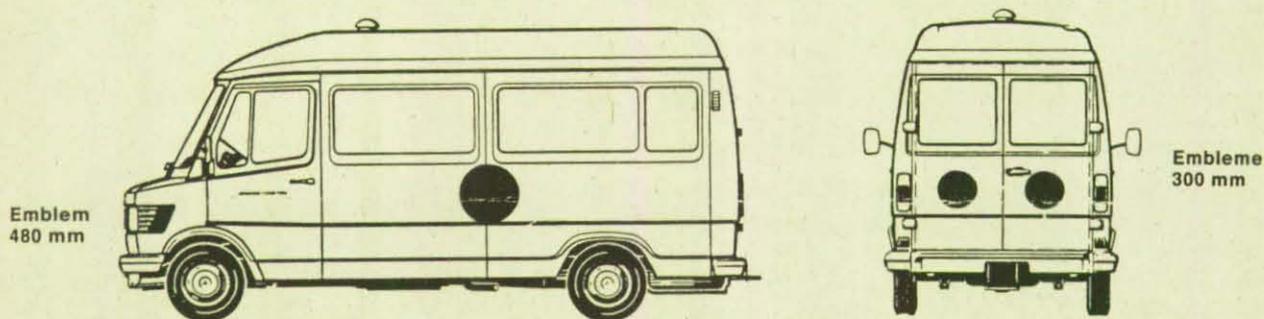
Rettungswagen (RTW) der Johanniter-Unfall-Hilfe Hamburg.



Krankentransportwagen der Johanniter-Unfall-Hilfe



Rettungswagen/Notarztwagen der Johanniter-Unfall-Hilfe



Schulbus/Behindertenfahrzeug der Johanniter-Unfall-Hilfe

Skizzen 1-3: Kennzeichnung von JUH-Einsatzfahrzeugen mit satzungsgemäßem Emblem (hier durch Kreise angedeutet) und umlaufenden Streifen in leuchtrot (RAL 3024) sowie Beschriftungen

bung), Hellorange (RAL 2004) oder Grau (RAL 7005) sein können. Fahrzeuge, die speziell im Krankentransport und Rettungsdienst eingesetzt sind (RTW, NAW, KTW, NEF), erhalten zusätzlich ein oder zwei horizontal umlaufende Streifen in Leuchttrot (RAL 3024). Farbqualität nach DIN 14502, Teil 2 (siehe auch Skizze 1 und 2). Dabei liegt der obere Streifen am Dachrand, der untere in der Gürtellinie des Fahrzeugs. Die Streifen sollen zwischen 100 und 150 mm breit sein.

Für die Beschriftung der JUH-Fahrzeuge – wie bereits beschrieben – werden Buchstaben des Schrifttyps „Helvetica, halbfett, schwarz“ verwendet (Türbeschriftung 48 mm, Seitenbeschriftung 110 mm, Dachbeschriftung 300 mm). Bestimmte Fahrzeuge erhalten ferner

Sonderbeschriftungen wie Einsatzfahrzeuge des Bundeskatastrophenschutzzuges an den Türen (BUNDESKATASTROPHENSCHUTZZUG), Behindertenfahrzeuge u. U. eine Spendenaufschrift (SPENDE AKTION SORGENKIND): ferner erhalten Kats-Fahrzeuge taktische Zeichen.

Für das Fahrzeugdach bei Rettungsfahrzeugen gilt zur Kennung für Luftfahrzeuge (z. B. Rettungshubschrauber) das Anbringen des Funkrufnamens AKKON (zusätzlich mit Kennzahl und/oder Zuständigkeitsbereich: AKKON RASTATT 1). Das Anbringen von Funkkanalbezeichnungen wird für nicht sinnvoll gehalten.

Zur Kennzeichnung des jeweiligen Fahrzeugs darf nur das satzungsgemäße

JUH-Emblem in den Größen (Ø) 200 mm, 300 mm und 480 mm verwendet werden. Die Skizzen 1-3 zeigen die Positionen der Embleme bei den Fahrzeugtypen, diese sind bei anderen Fahrzeugtypen sinngemäß anzubringen.

Die Fotos zeigen Beispiele für JUH-Fahrzeugkennzeichnung und -farbgebung. Bastler können sich wegen vorbildgetreuer Farben, Modellfahrzeugbeschriftungen und Organisationskennzeichen an die Firma Karl-Heinz Müller, Friedrich-Wilhelm-Str. 87, 5900 Siegen, wenden. Ein großes Sortiment bietet die Gewähr für einwandfreie Gestaltung der H0-Modelle.

(Mit Genehmigung der alba Publikation, Düsseldorf, aus modell magazin 3/83.)

MHD-Bundesversammlung appelliert an Bundestag

Gegen eine Fehlentwicklung in der Kostendämpfung im Gesundheitswesen hat sich der Malteser-Hilfsdienst (MHD) gewehrt. Während ihrer Tagung am 16./17. April in Würzburg hat die 24. Bundesdelegiertenversammlung per Resolution eindringlich an Bundestag und Bundesregierung appelliert, den Modus der Selbstbeteiligung der Patienten an den Krankentransportkosten neu zu regeln.

In Ausführung der Sozialgesetzgebung müssen die Sanitätsorganisationen seit einem Jahr bei der Beförderung von Patienten pro Fahrt 5,-DM kassieren. Dem Rettungsdienst- und Sanitätspersonal kann – wie dem Patienten – während der Fahrt nach Auffassung des MHD das Einkassieren nicht zugemutet werden.

Der Betrag muß von den Sanitätsorganisationen durch Rechnungslegung eingefordert werden, die bei diesen weit höhere Verwaltungskosten verursacht, als für die Krankenkassen an Kostenentlastung entsteht. Die MHD-Versammlung erklärte, eine Kostendämpfung auf dem Rücken der Sanitätsorganisationen müsse gerechterweise und im Sinne einer sinnvollen Patientenbetreuung abgestellt werden. Die Delegierten bekannten sich ausdrücklich zur Notwendigkeit der allgemeinen Kostendämpfung.

Während der Versammlung hatte sich der Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, Werner Chory, in einer Ansprache zur Jugendarbeit und zum Zivildienst



Oben: Generalsekretär Johannes Freiherr Heereman berichtet über die Arbeit der Zentrale.

Links: Die Delegiertenversammlung des MHD in Würzburg.

geäußert und erklärt, Jugendliche fühlten sich in der Gesellschaft oft allein gelassen. Das Gespräch zwischen den Generationen müsse fester geknüpft werden. Das Risiko „kaputter Gespräche“ müsse dabei in Kauf genommen werden. Auch die Erwachsenen und Politiker brauchten Zeit zum Lernen, brauchten die Chance, sich auf neue Fragen und Inhalte, auf einen anderen Stil einzustellen.

Chory betonte, er halte den MHD für besonders geeignet, Jugendarbeit zu betreiben. Seine große Aufgabe fordere Einsatz und Anstrengungen junger Menschen heraus, das Bekenntnis zum Glauben sei wichtige Grundlage für die Tätigkeit in den sozialen Diensten des MHD und der Verband fördere das notwendige gemeinsame Handeln der älteren und jüngeren Menschen.

Die Delegierten besprachen in Ausschüssen aktuelle Fragen des Katastrophenschutzes, des Rettungswesens, der Jugendarbeit und des Funkbetriebs. Die Ausbildung der Rettungssanitäter, so ein Ergebnis des Ausschusses Rettungsdienst, soll durch eine Intensivierung der regelmäßigen Fortbildung auf 30 Jahresstunden weiter verbessert werden.

Die nächste Bundesdelegiertenversammlung des Malteser-Hilfsdienstes wird im April 1984 in Trier stattfinden.

W. G.

Schwerbehinderte zur Romwallfahrt eingeladen

Zu einer Romwallfahrt im Heiligen Jahr 1983 hat der MHD schwer körperbehinderte Menschen eingeladen. Die Pilgerreise findet in der Zeit vom 30. Oktober bis 6. November 1983 statt. Im Mittelpunkt der Tage in Rom steht eine Audienz beim Heiligen Vater.

An der diesjährigen Wallfahrt werden 700 Personen aus der ganzen Bundesrepublik, Rollstuhlfahrer und Helferinnen und Helfer des MHD, teilnehmen können. Zu der Idee der Wallfahrt erklärte MHD-Generalsekretär Johannes Freiherr Heereman: „Häufig ist es bei den bisherigen Wallfahrten so, daß Schwerbehinderte ungewollt zurückgesetzt werden. Für die Veranstalter ist der technische und organisatorische Aufwand einer Behindertenteilnahme eine Unmöglichkeit. Aufgrund unserer Organisationsstrukturen und unserer Ausrüstung sind wir in der Lage, auch und gerade den Menschen, die wir zum Beispiel in unseren sozialen Diensten tagtäglich betreuen, die vielleicht einmalige Chance einer Romwallfahrt zu bieten. Der Aufwand ist auch für uns riesig, aber nicht unüberwindlich.“

Die Pilgergemeinschaft wird mit einem Sonderzug reisen, der in Münster startet und über Köln, Stuttgart und München geführt wird. Unterkunft in Rom sind zwei große Pilgerhäuser. Die Fahrten in Rom werden mit modernen Reisebussen durchgeführt. Während der Bahnreise, beim Besteigen und Verlassen der Busse und in den Unterkünften sind die Helfer behilflich. MHD-Ärzte und Schwestern stehen am Tag und in der Nacht für die Betreuung aller Teilnehmer bereit.

Zum Programm in Rom zählen feierliche Gottesdienste mit Besichtigungen in den vier Hauptkirchen St. Peter, St. Paul vor den Mauern, St. Johann im Lateran und St. Maria Maggiore, Stadtrundfahrten und eine Begegnung mit dem Fürst-Großmeister des Malteser-Ordens.

Eine Wallfahrt mit Helfern und Behinderten nach Rom hat der MHD bereits einmal im Herbst 1981 anlässlich des Jahres der Behinderten durchgeführt. 180 Rollstuhlfahrer und 500 Malteser hatten daran teilgenommen. Im Petersdom war es zu einer ergreifenden Begegnung zwischen den Schwerbehinderten und Papst Johannes Paul gekommen, der den Wallfahrern einzeln die Hand reichte und sie einlud, ihre Gebrechen als einen Weg in Christi Spuren anzunehmen. Der erfolgreiche Verlauf des damaligen Unternehmens hat die Leitung des Malteser-Hilfsdienstes dazu bewogen, die Pilgerfahrt ein weiteres Mal zu organisieren.

An der diesjährigen Wallfahrt können in beschränktem Umfang auch Begleitpersonen der Behinderten teilnehmen. Für die teilnehmenden Behinderten ist es wichtig, daß sie uneingeschränkt sitzfähig sind. Der Teilnahmebeitrag beträgt 880,-DM. Prospekt und Anmeldeformular sind erhältlich beim:

Malteser-Hilfsdienst Münster, Daimlerweg 33, 4400 Münster.

MHD-Bundesarzt Dr. Wedel verabschiedet

Admiralarzt Dr. Karl-Wilhelm Wedel, seit 1969 Bundesarzt des Malteser-Hilfsdienstes, ist am 16. April während der 24. MHD-Bundesdelegiertenversammlung aus seinem Ehrenamt ausgeschieden. Präsident Dieter Graf Landsberg-Velen verabschiedete ihn mit herzlichen Worten des Dankes für seine 23jährige aktive Tätigkeit.

Dr. Wedel, Facharzt für Chirurgie, wurde 1961 Mitglied des MHD. Er begann seine ehrenamtliche Mitarbeit mit der Durchführung von Erste-Hilfe-Kursen, die damals noch unter der Leitung eines

Arztes standen. In Bonn organisierte und konzipierte Dr. Wedel die ersten Lehrgänge für Schwesternhelferinnen. 1962 leitete er den ersten Ausbilderlehrgang des MHD. Mit der Erfahrung, die er dabei sammelte, entwarf er einen Leitfaden für die Ausbilder-Ausbildung, der Grundlage für die 1964 erscheinende Ausbildungsvorschrift MHD-AV 1 war.



Die 7. MHD-Delegiertenversammlung 1966 in Würzburg wählte Dr. Wedel zum stellvertretenden leitenden Arzt des MHD. 1969 entstand unter Mitwirkung von Dr. Wedel die Ausbildungsvorschrift MHD-AV 3 für die Unterrichtung in Sofortmaßnahmen am Unfallort. Im gleichen Jahr wurde Dr. Wedel während der 10. Delegiertenversammlung in Augsburg zum leitenden Arzt, d. h. Bundesarzt ernannt.

1972 erschien der von Dr. Wedel erarbeitete Leitfaden für die Sanitätsausbildung MHD-AV 2. 1977 fand in Homburg unter der Leitung von Dr. Wedel der erste Bundesleistungswettbewerb des MHD statt. Als 1978 die zentralen Ausbilderlehrgänge von Bad Godesberg nach Köln verlegt wurden, hat Dr. Wedel in ununterbrochener Reihenfolge in fast 120 Kursen die ärztliche Leitung inne gehabt. Für seine Verdienste wurde er 1963 mit der MHD-Plakette in Gold, 1964 mit dem Offizierskreuz und 1968 mit dem Kommandeurskreuz des Malteser-Ritterordens ausgezeichnet.

Dr. Wedel hatte aus beruflichen Gründen um seine Entlassung gebeten. Graf Landsberg betonte in der Verabschiedung, die umfangreichen Aktivitäten des Arztes in Diensten des MHD seien Ausfluß eines echten inneren Engagements im Sinne der Aufgaben und Ziele des Malteser-Hilfsdienstes gewesen.

CTIF-Tagung in Amsterdam

Keine Unterstützung für den „Weltverband der Freiwilligen Feuerwehren“

Neue Richtlinien für die internationalen Feuerwehrwettbewerbe beschlossen – CTIF-Vizepräsident Gebhardt wiedergewählt



Das Internationale Ausstellungs- und Kongreßzentrum RAI in Amsterdam war vom 2. bis 7. Mai 1983 Tagungsort des CTIF (Internationales Technisches Komitee für Vorbeugenden Brandschutz und Feuerlöschwesen). Dieser nunmehr seit über 70 Jahren bestehenden Feuerwehrvereinigung gehören 30 Nationen aus Europa (West und Ost), Afrika und Südamerika an. Das CTIF ist der Zusammenschluß der Feuerwehren dieser Nationen, ob Freiwillige, Berufs-, Werkfeuerwehren oder die Jugendgruppen in den Feuerwehren. Die diesjährigen Tagungen des CTIF waren verbunden mit dem „14. Internationalen Symposium“, welches sich im zweijährigen Rhythmus mit den Problemen des Vorbeugenden und Abwehrenden Brandschutzes beschäftigt.

Bericht des Präsidenten

Bei der diesjährigen Tagung des Permanenten Rates des CTIF, die jährlich einmal in einer der Mitgliedsnationen stattfindet, waren 25 Nationen vertreten. CTIF-Präsident Oberst Dollinger (Strasbourg) erstattete Bericht über die Tätigkeiten im Berichtszeitraum 1982/83. Alle anwesenden Nationen bekräftigten nochmals einmütig ihren letztjährigen Beschluß, dem vom Japanischen Feuerwehrverband ins Leben gerufenen „Weltverband der Freiwilligen Feuerwehren“ nicht beizutreten, da das CTIF für alle internationalen Feuerwehrfragen als bestehende und bewährte Organisation der Ansprechpartner ist. Einmütigkeit bestand im Permanenten Rat darüber, daß die Gründung eines neuen „Weltverbandes“ der gemeinsamen Zielsetzung der Feuerwehren nicht dienlich ist und daß jegliches Konkurrenzdenken letztlich nur negative Auswirkungen haben kann.

Anerkennung für den DFV

In diesem Zusammenhang sprach Präsident Dollinger dem Deutschen Feuerwehrverband – namentlich genannt – den Dank des CTIF dafür aus, daß er gemäß des letztjährigen einstimmigen CTIF-Beschlusses klar und deutlich den Bemühungen aus Japan entgegengetreten ist, die den DFV (und damit die deutschen Feuerwehren) als Mitglied im neuen „Weltverband“ gewinnen wollten. Die vom Deutschen Feuerwehrverband praktizierte Loyalität zum CTIF sei ein Beispiel für eine gute und vertrauensvolle internationale Zusammenarbeit im CTIF.

Nach den in Europa bekanntgewordenen Berichten über die im letzten Jahr in Japan mit 17 Nationen vollzogene Gründung des „Weltverbandes der Freiwilligen

Feuerwehren“ sollen auch Mitgliedschaften aus England und Italien erfolgt sein. Die offiziellen Vertreter beider Nationen erklärten in der jetzigen CTIF-Tagung, daß die Feuerwehren beider Länder nicht dem „Weltverband“ beigetreten sind und daß die in Japan anwesenden Einzelpersonen dieser Nationen nicht im Auftrage der Feuerwehren handelten.

Wettbewerbe des CTIF

Nach dem Bericht des CTIF-Präsidenten finden die im zweijährigen Rhythmus stattfindenden „Internationalen Jugendfeuerwehrwettbewerbe“ 1983 in Holland, 1985 in Österreich, 1987 (N.N.) und 1989 voraussichtlich in der ČSSR statt. Die für diesen Wettkampf bestehenden Richtlinien wurden im vergangenen Jahr



Als Vertreter des „Nationalen Komitees der Bundesrepublik Deutschland im CTIF“ weilten in Amsterdam DFV-Präsident Struve (links) als Vorsitzender dieses Komitees, Oberbranddirektor Gebhardt (Mitte) in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des CTIF und DFV-Bundesgeschäftsführer Voßmeier (rechts) als Sekretär des Nationalen Komitees. Das „Nationale Komitee der Bundesrepublik Deutschland im CTIF“ wird gebildet vom Deutschen Feuerwehrverband und der VFDB.

überarbeitet und sind für die kommenden Wettkämpfe verbindlich.

Die nächsten „Internationalen Feuerwehrwettkämpfe des CTIF“ finden im Juli 1985 in Vöcklabruck/Oberösterreich statt. Die hierfür gültigen Richtlinien wurden im vergangenen Jahr überarbeitet und werden den Mitgliedsnationen des CTIF in den nächsten Wochen zur Verfügung gestellt und können beim Versandhaus des DFV Bonn bestellt werden. Auf Antrag des Deutschen Feuerwehrverbandes beschloß der Permanente Rat einstimmig, die Teilnehmerrichtlinien dahingehend zu ändern, daß künftig je Nation zehn Wettkampfgruppen „Männer“ und zusätzlich bis zu zwei Wettkampfgruppen „Frauen“ teilnehmen können. Bisher war die Zahl der „Frauengruppen“ im Kontingent von zehn Wettkampfgruppen enthalten.

Endgültige Wettkampfrichtlinien wurden seitens des CTIF auch für die „Internationalen Feuerwehr-Sportwettkämpfe“ erarbeitet und herausgegeben. In Abänderung der bisherigen Richtlinien können künftig neben den Berufsfeuerwehren auch Freiwillige Feuerwehren an diesem „Internationalen Feuerwehr-Sportwettkampf“ teilnehmen; die Wertung erfolgt jedoch getrennt nach Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren. Der Deutsche Feuerwehrverband hofft, daß 1985 auch mindestens eine deutsche Berufsfeuerwehr an diesen Sportwettkämpfen teilnimmt, nachdem dieses bei den letzten Wettkämpfen 1981 in Böblingen nicht der Fall war.

Das Ergebnis der Neuwahlen

Gemäß der Satzung des CTIF mußten dieses Jahr die sieben Vizepräsidenten des CTIF, der Generalsekretär und Kassenverwalter neu gewählt werden (Wahlzeit vier Jahre, mit jährlicher neuer Bestätigung). Die bisherigen Vizepräsidenten Gebhardt (Bundesrepublik Deutschland), Funck (Luxemburg), Kast (Österreich), Obuchov (UdSSR) wurden einstimmig wiedergewählt. Als neue Vizepräsidenten wählte die Versammlung die Herren Tiezzi (Italien), Whiteaker (England) und Varga (Ungarn). Sie traten an die Stelle der bisherigen, teils langjährigen Vizepräsidenten Giomi (Italien), Birkevold (Norwegen) und Jarosch (Polen), die aus Altersgründen nicht erneut kandidierten. Der bisherige Generalsekretär des CTIF und Präsident des Schweizerischen Feuerwehrverbandes, Willi Pfefferli, wurde einstimmig in seinem Amt bestätigt. Ebenfalls einstimmig erfolgte die Wiederwahl des bisherigen Kassenverwalters Schwaller (Schweiz).

Nächste Tagung in Dresden

Die nächste Tagung des Permanenten

Rates des CTIF findet im September 1984 in Dresden statt und wird vom „Nationalen Komitee der Feuerwehren der Deutschen Demokratischen Republik“ ausgerichtet. Weitere Tagungsorte dieses Gremiums sind 1986 Ungarn, 1987 Frankreich, 1988 (N.N) und 1989 voraussichtlich CSSR. Es bestehen Plannungen, das nächste „Internationale Symposium des CTIF“ im Jahre 1987 in Paris durchzuführen.

Großes Interesse am Symposium

Eine große Zuhörerbeteiligung konnte das diesjährige „14. Internationale Symposium des CTIF“ in Amsterdam verzeichnen, welches sich mit folgenden Hauptreferaten beschäftigte:

- Erfahrungen mit Bränden und Brandursachen
- Bautechnische und organisatorische Maßnahmen
- Maßnahmen für die Rettung von Personen/Brandbekämpfung

31. Delegiertenversammlung des DFV

Einstimmige Beschlüsse zum Haushalt und zur Satzungsänderung

Das diesjährige 150jährige Bestehen des Landkreises Helmstedt war Anlaß zur Durchführung der 31. Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes am 15./16. April 1983 in Helmstedt, um dabei u. a. einmal die Probleme des Zonenrandgebietes aus nächster Nähe kennenzulernen. Eingeleitet wurde die diesjährige Delegiertenversammlung mit einer tags zuvor abgehaltenen Vorstands- und Präsidiumstagung des DFV. Für die richtige „Einstimmung“ auf diese jährliche Hauptversammlung des DFV sorgte am Abend vorher ein vom Kreisfeuerwehrverband Helmstedt veranstalteter Unterhaltungsabend, der vorwiegend von Feuerwehrmusikzügen des Kreises gestaltet wurde. Über 500 Besucher, Delegierte und Aktive des Kreises mit ihren Frauen waren vom mehrstündigen Programm begeistert.

Zahlreiche Gäste

Präsident Struve konnte in seiner Begrüßungsansprache u. a. vom Hessischen Ministerium des Innern Ministerialrat Pflock (Wiesbaden) als neuen Vorsitzenden des Unterausschusses „Feuerwehrangelegenheiten“ des AK V der Innenministerkonferenz willkommen hei-

● Maßnahmen zur Beratung und Unterstützung des Managements von Hotels und Gaststätten.

Das Interesse am diesjährigen Symposium war im Vergleich zu früheren Veranstaltungen dieser Art sehr groß, welches sich auch in den teils sehr umfangreichen Diskussionen im Anschluß an die Referate widerspiegelte. Auch aus der Bundesrepublik Deutschland waren zahlreiche Symposium-Teilnehmer von Feuerwehren und Verwaltungen nach Amsterdam gekommen.

Im Rahmen des CTIF wurde als neue Unterkommission „Ärztlicher Dienst in den Feuerwehren“ gegründet, die im Rahmen dieser Tagung ihre erste Arbeitstagung abhielt. Unter den derzeit sechs beteiligten Nationen in dieser Unterkommission ist auch der Deutsche Feuerwehrverband mit einem Feuerwehrarzt vertreten. Ebenfalls tagte in Amsterdam die Unterkommission „Brandschutz auf Flughäfen“ und beschäftigte sich mit Fragen der Löschmittel und Prüfmethode für Löschmittel, speziell für Flugzeugbrände.

Ben. Pflock hat diese Funktion Anfang Februar 1983 übernommen. In seiner Begrüßungsansprache dankte Präsident Struve dem Landkreis und der Stadt Helmstedt mit Rat, Verwaltung und Feuerwehr sowie dem Landesfeuerwehrverband Niedersachsen für die gute Vorbereitung und Betreuung der Gäste anläßlich der Veranstaltungstage des DFV in Helmstedt.

Im „öffentlichen“ Teil der Delegiertenversammlung konnte der Präsident dann auch als Vertreter des niedersächsischen Innenministers Ministerialdirigent Berndt sowie als Vertreter ihrer Länder die Ministerialräte H.-J. Thomas (Niedersachsen) und Müller (Schleswig-Holstein) begrüßen. Sein weiterer Gruß galt den drei DFV-Ehrenmitgliedern Kurt-Werner Seidel (Berlin), Albert Rau (Rottweil) und Benno Ladwig (Wallmenroth).

Einmütige Beschlüsse

Die Beschlußfähigkeit der 31. Delegiertenversammlung war mit 115 anwesenden Delegierten (Soll: 126) gegeben. Aufgrund einer intensiven Vorbereitung der einzelnen Beratungspunkte im Vorstand und Präsidium des DFV konnten sämtliche Regularien in kürzester Zeit mit überwiegend einstimmigen Be-

schlüssen abgewickelt werden. Die Jahresrechnung 1982 wurde im Anschluß an den Bericht der Kassenprüfer ohne weitere Diskussion einstimmig genehmigt. Ebenso einstimmig folgte dann die Entlastung der Kassenführung (in der Bundesgeschäftsstelle) und des Vorstandes. Beschlossen wurde ebenfalls der vom Vorstand und Präsidium vor Wochen bereits vorberatene Haushaltsplan für das Geschäftsjahr 1983, der bei gleichbleibendem Mitgliederbeitrag in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen gestaltet werden konnte.

Satzungsänderung

Nach erläuternden Hinweisen durch Präsident Struve zur vorgelegten Satzungsänderung wurden die Änderungen zu § 2 und § 18 Abs. 3 der Satzung des DFV ohne weitere Aussprache einstimmig beschlossen. Die Neufassungen lauten:

§ 2 Zweck und Aufgabe

Der Deutsche Feuerwehrverband

1. ist für seine Mitglieder berechtigt, auf Bundesebene die Belange der Feuerwehren und ihrer Mitglieder zu vertreten und zu gesetzlichen und anderen Regelungen die den Aufgabenbereich der Feuerwehren betreffen, Stellung zu nehmen,
2. bewirkt die Förderung des gesamten Feuerschutz- und Rettungswesens, des Umwelt- und Katastrophenschutzes,
3. fördert die nationale und internationale Zusammenarbeit im Feuerschutz- und Rettungswesen, beim Umwelt- und Katastrophenschutz,
4. betreut und fördert die Jugendarbeit der Feuerwehren,
5. betreut und fördert das Musikwesen und den Sport der Feuerwehren,
6. betätigt sich in der Öffentlichkeitsarbeit für die Feuerwehren,
7. unterstützt das Wirken der Mitglieder auf kulturellen und sozialen Gebieten,
8. pflegt die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Einrichtungen,
9. verhält sich in religiösen, parteipolitischen und tarifrechtlichen Fragen neutral,
10. erkennt besondere Leistungen auf dem Gebiet des Feuerwehrwesens an und zeichnet verdiente Personen aus,
11. kann zur Erreichung seines Zwecks und seiner Aufgaben Arbeitsgemeinschaften mit anderen Körperschaften und Vereinigungen bilden,
12. verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Vorschriften der Abgabenordnung in der



Sehr zügig und harmonisch verlief die 31. Delegiertenversammlung des DFV am 16. April 1983 im Helmstedter Bürgerhaus. Die Landesfeuerwehrverbände/Landes-/Bundesgruppen waren mit 115 Delegierten vertreten.

jeweils gültigen Fassung, ist selbstlos tätig, verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke, verwendet Mittel des Verbandes nur für die satzungsmäßigen Zwecke und gibt seinen Mitgliedern keine Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes,

13. darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Verbandes fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen.

§ 18, Abs. 3 (ergänzen)

Bei Auflösung des Verbandes und bei Wegfall seines Zwecks und der Aufgaben (gem. § 2) wird das nach Abzug der Verbindlichkeiten bleibende Vermögen auf die zu diesem Zeitpunkt dem Verband angehörenden und **als gemeinnützig anerkannten** Landes-Feuerwehrverbände (gem. § 3, Abs. 1.1) im Verhältnis ihrer ...

Delegiertenversammlung 1984

Die 32. Delegiertenversammlung des DFV findet auf Beschluß am Freitag,

Präsident Struve bedankte sich bei den Mitgliedsverbänden und ihren Vertretern in den verschiedensten DFV-Organen für die im Berichtszeitraum gewährte Unterstützung und für das ihm entgegengebrachte Vertrauen.



dem 1. Juni 1984, im Zusammenhang mit den Bundesausscheidungen des DFV für die „Internationalen Feuerwehrwettkämpfe“ (1./2. Juni 1984) in Holzminden/Weser statt.

Neue Kennzeichnung für Pkw

Der Delegiertenversammlung wurde ein neues Kennzeichen (Plastikschild mit Befestigungssauger) vorgestellt, welches künftig beim Einsatz von den Aktiven der Feuerwehren an ihren Privatfahrzeugen im ruhenden Verkehr zwecks Kenntlichmachung angeheftet werden kann. Das Bundesministerium für Verkehr hat sich gegenüber dem DFV mit Schreiben vom 4. März 1983 nach vorausgegangenen Beratungen im zuständigen Bund-/Länderausschuß befürwortend zu dieser Kennzeichnung ausgesprochen. Der DFV wird in einer der nächsten Ausgaben in der Feuerwehr-Fachpresse auf diese neue Kennzeichnungsmöglichkeit hinweisen. Die

Schilder können beim Versandhaus des DFV (Bonn) von der Gemeinde bzw. der Feuerwehr bezogen werden.

Deutscher Feuerwehrtag 1990

Auf Anfrage teilte Präsident Struve mit, daß sich gegenwärtig die Städte Friedrichshafen (Baden-Württemberg) und Augsburg (Bayern) um die Durchführung des 26. Deutschen Feuerwehrtages im Jahre 1990 beworben haben. Nach dem gegenwärtigen Informationsstand sei nicht auszuschließen, daß sich in den nächsten Wochen noch weitere Städte um die Durchführung dieser großen repräsentativen Feuerwehrveranstaltung im Jahre 1990 bewerben. Die Durchführung der Ausstellung INTERSCHUTZ sei dagegen Angelegenheit der VFDB, mit der es in Fragen der Durchführung dieser Ausstellung einen ständigen Kontakt gebe.

Facharbeit des DFV

Im Mittelpunkt des „öffentlichen Teils“ der Delegiertenversammlung standen Berichte des Präsidenten und der Vizepräsidenten (als Fachgebietsleiter) zur Facharbeit des Deutschen Feuerwehrverbandes. Präsident Struve wies in seinen Ausführungen auf die Vielfalt der im DFV zu behandelnden Probleme hin. Bei der vom Verband neu organisierten Facharbeit gehe es im Interesse der Feuerwehren ausschließlich um die jeweilige Sache, bei der hin und wieder auch Mehrheitsentscheidungen nicht zu umgehen seien. Ein wichtiges Anliegen des DFV sei u. a. auch die Unterstützung des „Deutschen Feuerwehrmuseums“ in Fulda. Hierbei forderte Präsident Struve die Bundesländer zur Unterstützung bei den notwendigen Investitionen auf. Die zur Facharbeit abgegebenen Berichte werden in der nächsten Ausgabe dieser Zeitschrift veröffentlicht.

R. Voßmeier, BGFü DFV

Zum 70. Geburtstag des Ehrenpräsidenten des DFV Albert Bürger

Das 70. Lebensjahr vollendet am 13. Juni 1983 der Ehrenpräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Herr Archi-

7. BRANDSCHUTZWOCHE

bundeseinheitlich – bundesweit

Motto

„... sicherheitshalber – Deine Feuerwehr“

17. 9. – 25. 9. 1983

Eröffnungsfeier am 17. 9. 1983
im Rahmen der Bundeswertungsspiele des DFV
in Grünberg/Hessen

tekt Albert Bürger aus Zimmern o. R. Die Feuerwehren der Bundesrepublik Deutschland gratulieren sehr herzlich und wünschen ihrem Ehrenpräsidenten für die kommenden Jahre Gesundheit und Zufriedenheit.

Schon frühzeitig galt das Schaffen und Streben Albert Bürgers den Feuerweh-

Sehr schnell begann er, internationale Kontakte aufzunehmen. Bereits im Jahre 1952 erreichte er, daß die Bundesrepublik Deutschland in das Internationale Komitee für vorbeugenden Brandschutz und Feuerlöschwesen (CTIF) aufgenommen wurde. Erst als Nationaldelegierter, dann als einer der Vizepräsidenten und zuletzt als stellvertretender Präsident vertrat er im CTIF nicht nur deutsche Interessen. Durch die Schaffung der übernationalen Brandschutzsymposien und der internationalen Wettkämpfe sind Bewegungen großen Ausmaßes in die Feuerwehren gekommen. Durch die menschlichen Begegnungen ist Verstehen und Verständnis über die nationalen Grenzen hinweg geweckt worden.

Im Inneren der Deutschen Feuerwehren war die soziale Absicherung der Feuerwehrmänner ebenso sein Anliegen wie das Einfließen der Feuerwehridee in die Jugend. Nachdem erste Versuche zur Gründung der Deutschen Jugendfeuerwehr fehlgeschlagen waren, konnte es dann doch im Jahre 1964 zur Gründung einer Deutschen Jugendfeuerwehr kommen.

Im Jahre 1975 konnte ein weiteres Ziel des Präsidenten Albert Bürger verwirklicht werden. Der Beitritt der Werk- und Berufsfeuerwehren zum Deutschen Feuerwehrverband wurde beschlossen.

Mit von Geduld und Verständnis getragener Zähigkeit hat Albert Bürger seine Ziele immer wieder erreicht. Bedenkt man, daß Albert Bürger das Ehrenamt des Präsidenten neben seinem Beruf als freier Architekt ausübte, und daß dieses Ehrenamt nicht sein einziges war, so kann man das Übermaß an Arbeitsleistung erahnen.

Indem wir unserem Ehrenpräsidenten in Treue und Kameradschaft Dank bekunden, wünschen wir ihm Gottes Segen, Gesundheit und Zufriedenheit!

Hinrich Struve
Präsident des Deutschen
Feuerwehrverbandes



ren. Unmittelbar nach Kriegsende setzte er sich in seinem Heimatland für die Wiedergründung der 1938 abgeschafften Feuerwehrverbände ein. In unermüdlicher Verfolgung seiner Ziele konnte am 13. Januar 1952 der Deutsche Feuerwehrverband gegründet werden. Getragen vom großen Vertrauen, das Albert Bürger sich erworben hatte, wurde er zum Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes gewählt. In den nahezu 30 Jahren, in denen Albert Bürger als Präsident an der Spitze der Feuerwehren der Bundesrepublik Deutschland stand, hat er durch seine Menschlichkeit, sein Fachwissen und das ihm eigene Verhandlungsgeschick den deutschen Brandschutz im In- und Ausland Geltung und Ansehen verschafft. Sein Amt war ihm Aufgabe, Berufung und Verpflichtung. So ist Albert Bürger zum Vorbild für uns alle geworden.

DLRG verbessert den Wach- und Rettungsdienst in Südwestfalen

Neue Katastrophenschutz-Einheit am Bigge-Stausee in Dienst gestellt

Staatssekretär Dr. Leister taufte die „Westfalen 5“

„Ich habe zwar schon einige Erfahrung mit der Taufe von Booten und Schiffen aus früheren Zeiten, dies aber nur im militärischen Bereich; umso lieber komme ich heute dieser Aufgabe im rein zivilen, gänzlich friedlichen Bereich nach“. Mit diesen Worten, zurückblickend auf seine frühere Tätigkeit im Verteidigungsministerium, gab Staatssekretär Dr. Leister seiner Freude über die Taufe eines Rettungsbootes Ausdruck. Ermutigend sei es auch, daß in der heutigen Zeit, in der allzu oft menschlicher Eigennutz den ersten Platz einnimmt, die Mitarbeiter der DLRG sich dem Kampf gegen den nassen Tod verschrieben haben. So viel Bürgersinn und soziales Engagement verdiene große Anerkennung. Dann taufte er mit schäumendem Sekt die „Westfalen 5“ und stellte die neue Katastrophenschutz-Einheit des DLRG-Landesverbandes Westfalen in Dienst.

Die „Westfalen 5“ wird an ihrem Taufort, der Rettungsstation „Bruchwalze“ in Sondern am Biggensee, ihren Sitz haben. Als „Hausherr“ begrüßte der Leiter des Bezirkes Südsauerland, Eberhard Drews, neben Staatssekretär Dr. Klaus-Dieter Leister und Ministerialdirigent Hans Maier-Bode vom NW-Innenministerium auch Landrat Limper, Oberkreisdirektor Dr. Grünwald und den Bürgermeister von Lennestadt, Beckmann. Der Leiter der westfälischen DLRG, Prof. Dr. Konrad Gelzer, stand an der Spitze der DLRG-Verantwortlichen, die aus dem Landesverband und aus benachbarten Bezirken und Ortsgruppen gekommen waren. Daß auch ein Schwesterschiff der „Westfalen 5“, die „Westfalen 1“, die im Bezirk Bochum stationiert ist, der Taufe beiwohnte, und später interessierten Gästen die Möglichkeit bot, eine Probefahrt auf dem Biggensee zu machen, wurde besonders anerkannt.

Nach der Taufe simulierten Rettungsschwimmer des Bezirkes Südsauerland unter der Leitung von Tauchwart Jürgen Schüttler einen Taucherunfall. Einem aufmerksamem Publikum demonstrierte man, wie ein verunglückter Taucher geborgen, an Land gebracht, versorgt und schließlich mit dem Rettungshubschrau-



Die neue Katastrophenschutz-Einheit „Westfalen 5“ mit ihrer Stammbesatzung. Die Einheit wird auf dem Bigge-Stausee im südlichen Sauerland den Wach- und Rettungsdienst der DLRG spürbar verbessern.



Staatssekretär Dr. Leister beim Taufakt. Er wünschte der neuen Katastrophenschutz-Einheit bei künftigen Einsätzen viel Erfolg sowie immer eine „Handbreit Wasser unter dem Kiel“.



Dr. Leister nach einer Probefahrt im Gespräch mit dem Technischen Leiter des DLRG-Landesverbandes Westfalen, Gerd Neumann.



Rescuedemonstrationen: Einem „verunglückten Taucher“ wird Erste Hilfe zuteil.



Staatssekretär Dr. Leister, rechts Landesverbandspräsident Prof. Dr. Gelzer und Bezirksleiter Drews. (Fotos: Gotthardt)

ber zur nächsteh Druckkammer gebracht wurde.

Dafür, daß ein noch größerer Kreis von der Indienststellung der neuen Katastrophenschutz-Einheit erfuhr, sorgte der WDR in der Sendung „Echo West“. Zum Zeitpunkt des Taufaktes an der Bigge wurde ein Interview gesendet, das am Vortage WDR-Sprecherin Gudrun Schmidt mit LV-Leiter Prof. Dr. Konrad Gelzer geführt hatte und auf die Katastrophenschutz-Einheiten der westfälischen DLRG, besonders aber auf die neue „Westfalen 5“, Bezug nahm.

Hermann Gotthardt

Württembergischer DLRG-Rettungstaucher trainierten im Chiemgau

„Sechs ausgedehnte Übungstauchgänge innerhalb von vier Tagen an drei verschiedenen Seen, darunter ein Nachttauchgang, die herzliche Gastfreundschaft – die Fahrt hat sich gelohnt!“ So war es von der siebenköpfigen Tauchergruppe aus dem DLRG-Bezirk Rems-Murr, Landesverband Württemberg, zu hören, die das Osterwochenende als Gast der Ortsverbände Traunstein-Siegsdorf und Ruhpolding im Chiemgau verbrachte.

Um den hohen Anforderungen des Einsatzes zu genügen, müssen Rettungstaucher eine bestimmte Anzahl von Tauchgängen pro Jahr nachweisen können. Die Aktiven um Bezirkstauchwart Manfred Stärk und Werner Dewald vom Landesverband, alle aus der Nähe von Stuttgart, verbinden bei ihrem schon traditionellen „Osterantauchen“ die Erfüllung dieser Forderung mit dem Kennenlernen neuer Gewässer. Gleichzeitig wird der Zusammenhalt der Gruppe gefestigt, neue Kontakte ergeben sich.

Schon kurz nach ihrer Ankunft am Karfreitag auf der DLRG-Wachstation Prienstock am Chiemsee, die von Traunstein betreut wird, zog es die Rettungstaucher und -anwärter förmlich ins Wasser, ungeachtet der niedrigen Luft- und Wassertemperaturen. Unter der Führung von Manfred Koller vom Ortsverband Ruhpolding absolvierten sie den ersten Tauchgang von der Krautinsel.

Im Rahmen der bereits vielfach praktizierten guten Zusammenarbeit der beiden benachbarten Ortsverbände über-

nahm am Karsamstag Ruhpolding die Betreuung der Gäste. Am Vormittag Tauchen im Weitsee, am Abend im Thumsee, dazwischen Pflege der Ausrüstung, Aufwärmen im Wellenhallenbad und beim Kaffee – ein volles Programm! Dabei kam es zu einem regelrechten „DLRG-Meeting“: Nachdem es ihnen beim Fußballturnier Mitte März in Ruhpolding so gut gefallen hatte, waren einige Kameraden vom OV Tegernsee kurzentschlossen angereist, um das Wellenbad zu besuchen. Die Ruhpoldinger Vorstandschaft, „immer auf DLRG-Achse“, schien vorher telefonisch kaum erreichbar – daher war das Zusammentreffen vor dem Bad ein glücklicher Zufall. Die Tegernseer schlossen sich natürlich gleich an, und nach dem „gemeinsamen Bad“ begab man sich, jetzt 18 Mann (und Frau) hoch, noch zum gemütlichen Kaffeepausch in die „Windbeutelgräfin“, einem stilvoll eingerichteten Tagescafé in einer ehemaligen Sommerresidenz der Salzburger Bischöfe aus dem 18. Jahrhundert.

Die beiden noch verbleibenden Tage nutzten die Gäste aus Schwaben zu ausgiebigen Tauchgängen im Chiemsee. Zur Verabschiedung organisierten die Aktiven aus Traunstein-Siegsdorf einen Diaabend mit bayerischer Brotzeit auf der Wachstation. Dabei bedankte sich die Gruppe aus Rems-Murr mit einem Wandteller für die herzliche Aufnahme und die gute Betreuung. Die neugeknüpften Kontakte sollen noch ausgebaut werden, weitere gegenseitige Besuche sind geplant.

Rosa Schäfer



Gründlich sind die Vorbereitungsarbeiten vor einem Tauchgang.



Die Tauchergruppe aus Württemberg auf dem Weg zum ersten Taucheinsatz. (Fotos: Schäfer)

600 DLRG-Gliederungen beteiligen sich am „Tag der DLRG-Jugend 1983“

DLRG-Ortsgruppen informierten bundesweit über Wasserrettung und Badesicherheit

Zentral gesteuerte Werbeaktion wird zum sechsten Male durchgeführt

Über Fragen der Sicherheit im und am Wasser informierte am 7. Mai die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft: An einer bundesweit angelegten Informations- und Werbekampagne beteiligten sich 600 regionale DLRG-Gliederungen mit einigen tausend Mitarbeitern mit Volksschwimm-Aktionen, Rettungsübungen, sportlichen Vergleichswettkämpfen, Informationsständen in Stadtzentren sowie Jugendpflege-Veranstaltungen. Die Aktion, die jährlich unter dem Motto „Tag der DLRG-Jugend“ durchgeführt wird, soll sowohl über Fragen der Badesicherheit informieren wie auch Einblick geben in die Ausbildungs- und Einsatzarbeit der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft.

Der Veranstalter, das Präsidium der DLRG, unterstützte auch in diesem Jahr seine Gliederungen „vor Ort“ mit umfangreichen Werbe- und Informationsmaterialien. Neben speziell für den 7. Mai produzierten Plakaten und Faltblättern zählte hierzu auch ein Preisausschreiben, bei dem es noch bis zum 31. August 1983 ABC-Taucherausrüstungen zu gewinnen gibt. Die relativ hohen Kosten, die mit einer solch großen Veranstaltung zwangsläufig verbunden sind, konnten durch großzügige Unterstützung der BARMER und des Frankfurter Wirtschaftsdienst-Verlages erfreulicherweise niedrig gehalten werden.

-bersch-



Nicht nur zuschauen – viele Interessierte wurden zu Aktivitäten ermuntert.

Geräteschauen vermitteln dem Publikum einen breiten Einblick in die moderne DLRG-Technik.



Rettungssportvergleiche – hier Bootfahren als Wettkampfdisziplin – dokumentieren eindrucksvoll die Einsatzbereitschaft der DLRG-Rettungsschwimmer.



Eine freundliche Geste: Im Rahmen einer Informationsveranstaltung in der Innenstadt Kassels verteilen deutsche und holländische Rettungsschwimmer Rosen an die Bevölkerung.

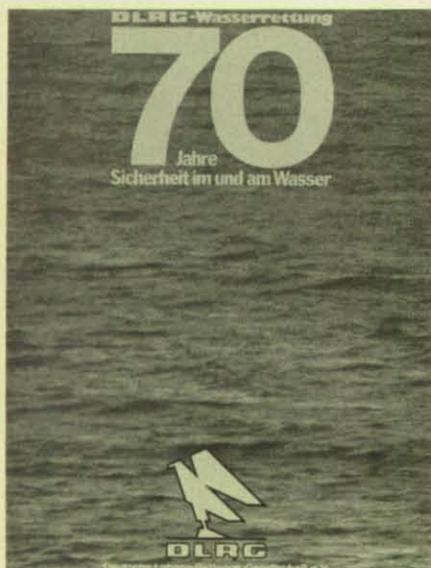


Viele Tausend Werbe- und Informationschriften wurden von den Helfern der DLRG an den Informationsständen verteilt.



DLRG-Bildkalender zum 21. Male erschieden: Hoher Stellenwert in der Öffentlichkeitsarbeit

Die neueste Ausgabe des DLRG-Bildkalenders wurde dieser Tage dem Präsidium der DLRG auf dessen Sitzung in Saarbrücken vorgestellt. Mit 24 teils vierfarbig bedruckten Kalenderblättern wurde hier wieder ein Werbe- und Informationsmedium geschaffen, das durch Fotos sowie umfangreiche Sachinformationen über die Arbeit der DLRG berichtet und vielerorts als willkommenes Informationsmaterial begrüßt wird.



Der DLRG-Kalender dient der Information und Aufklärung im Hinblick auf mehr Sicherheit im und am Wasser sowie der Werbung um Mitglieder, Helfer und Förderer. Bilder und Texte werden von einem vom Präsidium der DLRG eingesetzten Redaktionsausschuß ausgewählt, so daß der Kalender den Aufgaben und Auffassungen der DLRG in vollem Umfang entspricht. Der Kalender erscheint in Ortsausgaben, getragen von Anzeigen der werbenden Wirtschaft. Durch öffentlichen Aushang an Stellen mit großem Publikumsverkehr erreicht er während des ganzen Jahres alle Bevölkerungsschichten. Auf dem Kalender wird die Anschrift der jeweiligen DLRG-Gliederung eingedruckt, so daß die Leser zusätzlich eine wichtige ortsbezogene Information erhalten.

Die hohe Bedeutung, die die DLRG diesem Werbe- und Informationsmittel beimißt, wird eindrucksvoll durch die Entwicklung dieses Mediums dokumentiert: Waren es im Jahre 1963 noch 127 DLRG-Gliederungen, die einen Kalender herausbrachten, so waren es im Jahre

1982 schon 217 Gliederungen, die den Kalender für die regionale Werbe- und Öffentlichkeitsarbeit einsetzen.

-bersch-

Gemeinsame Losbrieflotterie der DLRG, der LVW und des DRK in Hamburg eröffnet

„Wir kaufen jetzt ein Los . . . mit sehr großen Schritten . . .!“ So sang auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz der vielerorts bekannte „Gottlieb Wendehals“ alias Werner Böhm aus Blankenese. Mit diesem Song lockte er die Käufer in der verkehrsreichen Zeit um 12.00 Uhr, besonders die Berufstätigen von ihrer Mittagspause, zu den Losverkaufsständen auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz. Mit dem Lospreis von 50 Pfennig kann man einen Tausender gewinnen und noch viele kleinere Geldpreise. Selbst das Sammeln von 40 Nieten im Laufe von viereinhalb Monaten lohnt sich, um eine Eintrittskarte für zwei Personen zum großen Familientreff am 14. 8. 1983 auf der Stadtparkwiese zu gewinnen (Wert DM 40,-).

Drei Hilfsorganisationen – das DRK, die Landesverkehrswacht und die DLRG – haben sich in Hamburg zu einer gemeinsamen Hamburger Losbrieflotterie vom 3. 3. bis 15. 7. 1983 zusammengesetzt, um später aus dem Erlös die notwendigen Einsatzgeräte zu beschaffen. Außerdem gibt es DM 336000,- insgesamt zu gewinnen. Innensenator Alfons Pawelczyk ermunterte die Hamburger auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz, kräftig Lose zu kaufen, um diesen ehrenamtlich tätigen Hilfsorganisationen die nötige Unterstützung zukommen zu lassen.

DLRG-Ortsgruppen im Bezirk Fulda veranstalteten Rettungssport-Wettstreit

Der DLRG-Bezirk Fulda veranstaltete im Fuldaer Hallenbad die alljährlichen Rettungswettkämpfe. Unter der Devise „Mitmachen und Dabeisein“ konnte Vorsitzender Dieter Märtens über 80 aktive Teilnehmer aus den Ortsgruppen Gersfeld, Hünfeld, Künzell, Lauterbach, Neuhoef und der Rettungstauchergruppe Fulda begrüßen. Alle Altersgruppen von unter acht bis über 40 Jahren waren

vertreten und schwammen mit großem Einsatzwillen.

Daß der gemeinsame Gedanke der DLRG „für andere da sein“ auch in einem Wettkampf nicht verlorengeht, zeigte sich während der gesamten Veranstaltung. Mit Spaß und Freude war man bei der Sache, so daß alle Rennen reibungslos abliefen, was auch der guten Organisation zuzuschreiben ist.

Beim Abschied war man sich einig darüber: Auch im nächsten Jahr sind wir wieder dabei, denn außer dem Gefühl der Kameradschaft dient ein solcher Leistungsvergleich auch als Ansporn für unsere Jugend, den Sinn für die Gemeinschaft über den Eigennutz zu stellen.

DLRG gab „Nachhilfeunterricht“ für Prüfer

Nachhilfestunden für 18 Ausbilder mit Prüfberechtigung in der Schwimm- und Rettungsschwimmausbildung gab der Ausbildungsleiter der Essener DLRG, Helmut Henkel (45).

Feuerwehr, Polizei, Lehrer und DLRG-Ausbilder mit bereits erworbener Prüfberechtigung besserten ihr Wissen in einem dreitägigen Seminar der Essener DLRG auf. Dieses jährlich stattfindende Lehrschein-Fortbildungsseminar soll die Ausbildung im Schwimm- und Rettungsschwimmunterricht aktualisieren und den Ausbildern Anregungen für ihren Unterricht in den Schwimmbädern geben.

Dank der Mithilfe von Bezirksleiter Armin Quast, Geschäftsführer Rainer Lасhet und der Multiplikatorin im Anfängerschwimmen, Sigrid Wiesweg, konnte ein recht interessantes Seminar zur Verlängerung der Prüfberechtigung für Lehrscheininhaber durchgeführt werden. Alle Teilnehmer waren mit dem Verlauf dieser Veranstaltung sehr zufrieden.

DLRG-Präsident Prof. Dr. J. N. Schmitz dankt Gratulanten

Für die zahlreichen Glückwünsche – unter den Gratulanten befanden sich auch Bundespräsident Prof. Dr. Karl Carstens und Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl – anlässlich seines 70. Geburtstages dankt der Präsident der DLRG, Prof. Dr. J. N. Schmitz, den zahlreichen Gratulanten aus dem Bereich der humanitären Verbände sowie Hilfs- und Rettungsorganisationen.

Presseschau des Inlands

SDR und SWF informieren bei Katastrophen

Eine Vereinbarung zwischen dem Innenministerium des Landes Baden-Württemberg und dem Süddeutschen Rundfunk sowie dem Südwestfunk über die Mitwirkung der beiden Rundfunkanstalten an der Katastrophenbekämpfung ist jetzt von Innenminister Herzog und den beiden Intendanten Bausch und Hilf unterzeichnet worden. Danach erklären sich die Rundfunkanstalten bereit, im Katastrophenfall auf Anforderung amtliche Durchsagen und behördliche Mitteilungen in den Hörfunkprogrammen zu senden. Die Anforderung erfolgt nur durch das polizeiliche Lagezentrum des Innenministeriums, das die Rundfunkanstalten über Art, Inhalt und Umfang der Durchsagen und Mitteilungen unterrichtet.

Die Zusammenarbeit zwischen den Rundfunkanstalten und den Katastrophenschutzbehörden ist in den letzten Jahren intensiv geprüft worden, erklärte dazu das Innenministerium. Dabei wurden vor allem die Erfahrungen aus den Schneekatastrophen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen zur Jahreswende 1978/79 und im Februar 1979 verwertet, bei denen die Information der Bevölkerung über den Rundfunk zum wichtigen Mittel der Katastrophenbewältigung wurde. Durchsagen über den Rundfunk an die Bevölkerung im Katastrophenfall sind häufig ein unentbehrliches Mittel zur Katastrophenbekämpfung und -abwehr. Insbesondere der Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen ist darauf angewiesen, daß die zuständige Katastrophenschutzbehörde über den Rundfunk Verhaltensanweisungen an die Bevölkerung geben kann.

Zwei Arten von Rundfunkdurchsagen sind vorgesehen:

– Die Rundfunkanstalten strahlen im Katastrophenfall amtliche Durchsagen über

alle ihnen zur Verfügung stehenden Hörfunkprogramme aus (sogenannte „Katastrophendurchsagen“). Die Durchsage erfolgt in der Regel nach dem Sirensignal „Rundfunkgerät einschalten und auf Durchsagen achten“ (eine Minute Heulton). Das Sirensignal wird vor allem dann ertönen, wenn erstmals eine für die Bevölkerung und ihren Schutz wichtige Durchsage rasch ausgestrahlt werden muß. Die Durchsage kann auch ohne vorheriges Sirensignal erfolgen.

– Darüber hinaus kann bei Katastrophen der Ausstrahlung sonstiger behördlicher Mitteilungen an die Bevölkerung (Informationen, Verhaltensweise usw.) große Bedeutung zukommen. Diese Mitteilungen haben zwar informativen Charakter, stehen aber nicht unter Zeitdruck. Die Rundfunkanstalten strahlen diese Nachrichten in der Regel in ihren der Information dienenden Hörfunkprogrammen aus (sogenannten „Katastrophenmitteilungen“).

(Staatsanzeiger Baden-Württemberg)

Hamburg: Neue Katastrophenschutzordnung

Der Hamburger Senat hat eine neue Ordnung für den vorbeugenden und abwehrenden Katastrophenschutz beschlossen. Danach wurden der Innenbehörde darin „umfassende Lenkungs- und Gestaltungskompetenzen“ für die zuständigen sechs Fachbehörden und sieben Bezirksversammlungen übertragen.

Die dem Staatsrat in der Innenbehörde zugewiesenen Kompetenzen sollen sicherstellen, daß beim Katastrophenschutz nach einem einheitlichen Konzept gearbeitet wird und die Abwehrmaßnahmen der einzelnen Behörden ineinandergreifen. Die am 15. Februar in Kraft tretende Katastrophenschutzordnung löst die alte aus dem Jahre 1964 ab.

In Abstimmung mit den Fachbehörden soll die Innenbehörde Maßnahmen zur Vorbereitung der Bekämpfung von Katastrophen und zur Alarmierung der Bevölkerung veranlassen, Alarmkalender und Einsatzpläne erarbeiten und behördenübergreifende Ausbildungsveranstaltungen und Katastrophenschutzübungen organisieren.

Das Aufgabengebiet reicht von der Bekämpfung von Schiffsunglücken auf der Elbe über Hochwasser, große Brand-

und Sturmkatastrophen bis zu Flugzeugabstürzen über dem Hamburger Staatsgebiet.

Die Mittel zur Projektförderung „Katastrophenschutz“ sind in diesem Jahr im Vergleich zum Haushalt 1982 um 4,5 Prozent auf 1,045 Millionen Mark erhöht worden. In Hamburg stehen rund 3300 Helfer aus privaten Hilfsorganisationen zusätzlich zu dem vorhandenen Potential der Feuerwehren und des Technischen Hilfswerks von rund 7000 Menschen ständig einsatzbereit zur Verfügung.

(Bergedorfer Zeitung)

Möcklinghoff: Zivile Verteidigung ist unverzichtbar

Niedersachsens Innenminister Möcklinghoff hält die zivile Verteidigung in der Bundesrepublik für einen „unverzichtbaren Teil der glaubhaften Friedens- und Entspannungspolitik und der dazugehörigen Gesamtverteidigung“.

Vom westlichen Bündnis werde zwar niemals ein Krieg begonnen werden, sagte Möcklinghoff im Niedersächsischen Landtag, es könne aber andererseits „nicht mit letzter Sicherheit für alle Zeiten ausgeschlossen werden, daß trotz der bisher erfolgreichen Verteidigungspolitik durch Abschreckung ein Krieg gegen uns begonnen wird“. Der Minister nahm mit seinen Ausführungen Stellung zu einem Antrag der Fraktion der Grünen, die den Zivilschutz als „Vorbereitung auf den Atomkrieg im Bereich des Gesundheitswesens“ bezeichnet hatte.

Verstärkte Ausbildungsaktivitäten der Katastrophenschutzschule in Bad Nennendorf und der Hinweis des Innenministers, der den Zivilschutz in Bad Nennendorf als Bestandteil glaubwürdiger Verteidigungsanstrengungen bezeichnet habe, seien für die Grünen Grund genug gewesen, dieses Thema zur Sprache zu bringen, sagte der Abgeordnete Dieter Rohloff (Beverstedt). Er warf der Landesregierung vor, sie stelle sich „in Wahrheit auf eine atomare Auseinandersetzung ein“.

Sprecher von SPD, CDU und FDP waren sich einig, daß Zivilschutz und Vorsorgemaßnahmen im Gesundheitswesen notwendig seien. Sozialminister Hermann Schnipkoweit betonte, daß auch für den Verteidigungsfall in Ausübung humanitärer Pflichten Schutzvorkehrungen getroffen werden müßten...

(Nordsee-Zeitung)

Presseschau des Auslands

Schweiz: Übereifer beim Zivilschutz?

Ungewohnte Kritik an die Adresse der Zivilschutz-Verantwortlichen im Kanton Luzern: Obwohl die finanzielle Situation des Kantons nur noch das Allernötwendigste zulasse – so befanden Mitglieder der kantonalen Finanzkommission während der Session des Großen Rates diese Woche –, werde für den Luzerner Zivilschutz „Geld in Hülle und Fülle“ ausgegeben. Die Kommissionsmitglieder verlangen nunmehr eine Bremsung des laufenden Zivilschutzprogrammes.

Knapp vier Millionen Franken Zivilschutz-Ausgaben sind im Budget des Kantons Luzern für 1983 vorgesehen – „zuviel“, wie Großrat und Finanzkommissionsmitglied Alfred Vogel von der Liberalen Partei meinte. Angesichts der Finanzknappheit im Kanton verlangte er deshalb eine Verlangsamung der Zivilschutzausgaben zugunsten dringenderer Projekte im Bereich des Gewässerschutzes oder auch des öffentlichen Verkehrs. Obwohl nämlich der Luzerner Zivilschutz im schweizerischen Vergleich überaus gut dastehe (für 82 Prozent der Bevölkerung sind bereits Schutzplätze vorhanden), werde die „heilige Kuh Zivilschutz mit Übereifer“ weiter ausgebaut.

Im besonderen störte sich Vogel an den „Tausenden von Notrationen“, welche die Gemeinden anschaffen müßten, ohne daß die Lebensmittel in den nächsten Jahren gebraucht würden: In allen anderen Bereichen seien die Ausgaben wegen der Geldknappheit auch zurückgestutzt worden, einzig im Zivilschutz werde munter weiterinvestiert, kritisierte Vogel in der Großratsdebatte. Unterstützung fand er dabei auch beim Präsidenten der kantonalen Finanzkommission, CVP-Rat Peter Schaeli: Er verlangte eine Drosselung der Zivilschutzaufwendungen. Konkret sei das Programm, das bis 1990 abgeschlossen sein soll, bis ins Jahr 2000 auszudehnen.

Ganz gegenteiliger Meinung war derweilen der Luzerner Militär- und Polizeidi-

rektor Robert Bühler: Er erinnerte an die finanzschwachen Gemeinden, die beim Bau von Zivilschutzräumen dringendst auf die Subventionen vom Kanton angewiesen seien – im übrigen betragen die Zivilschutzaufwendungen weniger als ein Prozent der gesamten Kantonsausgaben: „Von Übereifer kann man da nicht reden.“

Weitere Auswirkungen hat die Zivilschutzdebatte im Großen Rat vorerst keine. Die beiden Kommissionsmitglieder beließen es bei ihrer Kritik, ohne konkrete Anträge zu stellen. Ungewiß ist allerdings noch, ob der Zivilschutz bei der nächsten Budgetberatung nicht wieder zum Thema werden könnte.

(Basler Zeitung)

Zivilverteidigungsdienst in Dänemark: Enge Kooperation mit den Streitkräften

Bei einer Gesamtbevölkerung von 5,1 Millionen Menschen umfassen die dänischen Streitkräfte 35050 Mann, unter ihnen 11850 Rekruten, die ihrer neunmonatigen Wehrpflicht genügen. Weitaus umfangreicher sind die Zivilverteidigungskräfte, da jede in Dänemark wohnende Person im Alter zwischen 16 und 65 Jahren zum Dienst in der Zivilverteidigung verpflichtet werden kann.

Angehörige des Zivilschutzkorps haben den Status von Wehrpflichtigen, die zur Dienstleistung einberufen worden sind. Sie erhalten eine entsprechende Ausbildung, die selbst Evakuierungsvorhaben einschließt. So ist beabsichtigt, auf kommunaler Ebene gewisse Evakuierungsmaßnahmen zum Schutze der Zivilbevölkerung anzuordnen. Für Unterbringung und Versorgung dieser Bevölkerungskreise sorgen die zuständigen Behörden nach schon erprobtem Schema. Innerhalb der Zivilverteidigung nimmt der „Einquartierungs- und Verpflegungsdienst“ diese Aufgaben wahr, den man auch als „Sozialdienst“ bezeichnet.

Die enge Kooperation zwischen Zivilschutz und Streitkräften stellt sicher, daß alle Behörden frühzeitig vor Luftgefahr gewarnt werden können. Der landesweite Warndienst hat seine Funktionsfähigkeit in Übungen bereits bewiesen. Das nach modernen Gesichtspunkten einge-

richtete Draht- und Rundfunk-Warndienst wird von entsprechend ausgebildeten Offizieren in den Operationszentralen unmittelbar bedient. In vielen Bereichen ist die Automatisierung gerade auf diesem Gebiet weit fortgeschritten.

Warnungen vor radioaktiven Niederschlägen (also ABC-Alarm) erfolgen schnell über die regionalen Rundfunkstationen von „Dänemark-Radio“ oder über den Drahtfunk. Die Behörden haben so die Möglichkeit, breite Bevölkerungsschichten unmittelbar über das Geschehen zu informieren. Eingeschaltet in diese Bemühungen werden auch die Fernsehsender.

Der Selbstschutz spielt in der Zivilverteidigung eine entscheidende Rolle. Er stützt sich nicht nur auf die modern ausgerüsteten Werkwehren, sondern auch auf Block- und Dorfwehren, die in ihren Bereichen als wertvolle Hilfs-Einrichtungen bestehen. Während Werks- und Blockwehren in Betrieben und für geschlossene Wohnviertel Vorschrift sind, bleibt die Bildung von Dorfwehren freiwillig. Um mehr Verständnis in Sachen Zivilverteidigung wirbt der Zivilverteidigungsbund als Landesorganisation auf freiwilliger Basis. Er empfängt staatliche Unterstützung und ist im ganzen Lande aktiv. Auf seine Initiativen gehen auch Ausbildungskurse zurück, die sich mit elementarer Brandbekämpfung, Erster Hilfe, Gesundheits- und Krankenpflege befassen.

Der vorbeugende Zivilschutz ist für die dänische Bevölkerung kein Novum. Bereits vor 22 Jahren hatte der Regierungschef eine Aufklärungsschrift mit hoher Auflage drucken und in allen Haushalten verteilen lassen. Sie trägt den Titel: „Falls ein Krieg kommt“ und enthält zahlreiche Hinweise für richtiges Verhalten im Verteidigungsfall. Diese Schrift hat auch heute noch volle Gültigkeit. Sie entspricht im wesentlichen jenen Verhaltensmaßregeln, die auch in jedem schwedischen Haushalt zu finden sind.

Zivilverteidigung und „zivile Bereitschaft“ sind in Dänemark gleichwertige Begriffe. Sie werden landessprachlich unter die Bezeichnung „Civilforsvar“ gestellt. Dieser Zivilschutz ist zu permanenter Hilfeleistung verpflichtet, also auch in Katastrophenfällen, die sich täglich ereignen können.

(Gefahrenabwehr,
SVA-Pressedienst Bonn)

Wissenschaft & Technik

Neues Handfunksprechgerät

Eine Fachfirma für Funksprechanlagen hat ein Handfunksprechgerät auf den Markt gebracht, das als „neue Generation im Funkgeräteeinsatz“ bezeichnet wird. Mit Microprozessor-Technik und kleinsten elektronischen Bauteilen sollen minimale Abmessungen, hohe Leistung und vielseitige Einsatzmöglichkeiten garantiert werden.



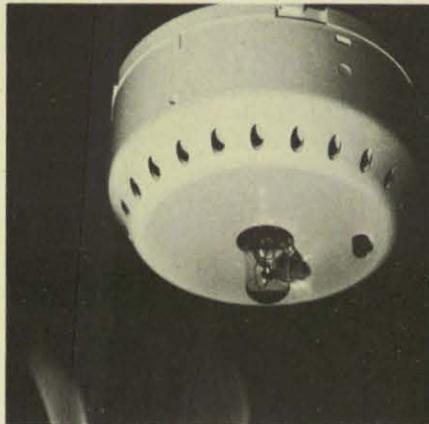
Das Gerät hat ein modernes Design, geringes Gewicht und eine einfache sowie sichere Bedienung. Weitere Vorteile des Handfunksprechgerätes: elektronisches Eingabefeld mit optischer und akustischer Bestätigung, beleuchtete LCD-Anzeige mit Anti-Reflexions-Filter, wodurch auch nachts oder bei Sonnenlicht gut abgelesen werden kann, elektronische Lautstärkeregelung, staub- und spritzwasserdichtes Gehäuse, bis zu 99 Tonrufmöglichkeiten und Gruppenruf, wiederaufladbare Akkus, die beim Laden im Funkgerät bleiben können, wobei das Gerät auch dann empfangsbereit ist.

(Foto: Storno Electronic)

„Sonnenblinder“ UV-Flammenmelder

Leicht entzündliche Baustoffe und erhöhte Wertkonzentrationen, z. B. in Hochregallagern, Kühlhäusern, Hochbauten usw., erfordern heute eine sehr frühe Branddetektion. Mit dem neuen UV-Flammenmelder ist es möglich, bereits ein kleines Feuer in wenigen Me-

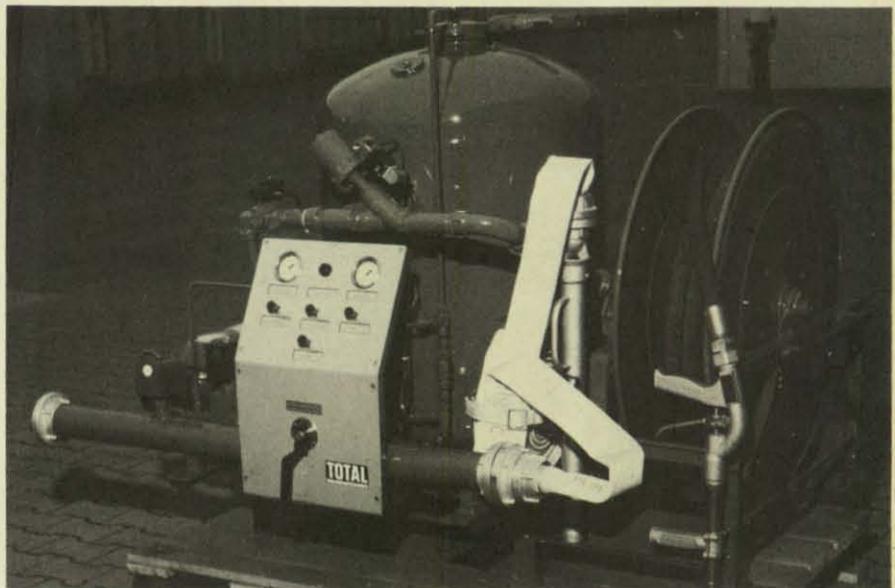
tern Abstand sekundenschnell zu erkennen. Dieser Melder reagiert auf die in den Flammensäumen entstehende ultraviolette Strahlung. Er ist speziell für den Spektralbereich zwischen 150 und 220 Nanometern ausgelegt, also durch andere, nützliche Strahlungsarten, wie z. B. Sonnenlicht, nicht beeinflussbar. Auch



Glühlampen und normale Leuchtstoffröhren sowie Infrarot-Strahlung lösen den Melder nicht aus. Gegen Fehlalarme durch elektrische Funken oder Blitze hat der Melder eine kurze Ansprechverzögerung. Daher eignet er sich besonders für die Kombination mit automatischen Löschanlagen.

Beim Anschluß an eine Brandmeldezentrale gemäß DIN 14675 und DIN 57833 läßt sich der UV-Flammenmelder auch mit anderen automatischen Meldern zusammen in der gleichen Meldelinie einsetzen. Eine im Melder eingebaute LED zeigt den Alarmzustand an. Wenn der Melder durch ein Feuer ausgelöst wurde, geht der Alarmzustand in Selbsthaltung. Wie alle automatischen Brandmelder dieses Herstellers hat auch der jetzt zur Hannover-Messe vorgestellte eine Riegelsteckfassung und läßt sich daher leicht montieren und auswechseln.

(Werkfoto: Zettler)



Prototyp einer Halon-Schaumanlage

In der Brandbekämpfung lassen sich bestimmte Löschschäume durch Zumischen von Halon in ihrer Löschwirkung noch steigern. Bisher scheiterte dies in der Praxis an technischen Problemen, wie z. B. Korrosion und Vereisung. Ein einschlägiger Hersteller von Feuerlöschgeräten hat jetzt die Entwicklung eines Gerätes abgeschlossen, mit dem Halon und Schaum als separate Löschmittel eingesetzt oder Halon dosiert dem Schaum zugemischt werden kann. Zur Hannover-Messe 1983 wurde der Prototyp einer Halon-Schaumanlage vorgestellt; verwendet wird sie bei Flüssigkeitsbränden mit erhöhten Risiken, z. B. auf Flughäfen oder in Raffinerien.

Kernstück der Anlage ist ein mit Halon 1211 gefüllter, aufladbarer 250-l-Drucktank und ein Wirkdruck-Zumischer, der dem Wasser/Schaumgemisch Halon automatisch zugibt. Das Wasser/Schaumgemisch entstammt einem zweiten Drucktank oder wird herangepumpt. Ohne nachzuregeln kann man einen oder bis zu sechs Verbraucher einzeln oder auch gemeinsam betreiben. Eine Zwangssteuerung verhindert das Vereisen der Anlage. Am Halontank ist eine separate Schlauchleitung mit Löschpistole für den Zusatz von Halon 1211 angeschlossen.

Versuchsergebnisse bestätigen, daß synthetische und fluorierte synthetische Schaummittel, wie z. B. AF₃, die besten Löscherfolge in Verbindung mit Halon erzielen, hingegen Protein-Schäume bei Halonzusatz rasch zerfallen. Die besten Ergebnisse werden erzielt durch Zumischen von Halon 1211 mit einem Siedepunkt von -4°C im Bereich von 5 bis 15%.

(Werkfoto: Krupp)

Neue Bücher

Grundlagen des Strahlenschutzes

Von Eugen Sauter
Thiemig-Taschenbücher Band 95/96
Karl Thiemig AG, München

In immer größeren Bereichen der Industrie werden Radionuklide in den Produktionsprozessen – besonders bei der Materialprüfung – eingesetzt. Um Gefahren von den Betriebsangehörigen und der Allgemeinheit fernzuhalten, sind bei Umgang mit radioaktiven Stoffen Strahlenschutzbeauftragte und für den Strahlenschutz Verantwortliche einzusetzen. Auch im Katastrophenschutz, bei den Feuerwehren und im Selbstschutz müssen sich zwangsläufig viele Bürger mit Fragen des Strahlenschutzes vertraut machen. Für diese Personenkreise ist hier ein Handbuch entstanden, das auf jede Fragestellung Antwort gibt.

Einleitend werden die allgemeinen physikalischen Grundlagen zum Atomaufbau, zur Radioaktivität und zur Dosimetrie ausgeführt; das weite Spektrum der Strahlenmeßgeräte sowie die Abschirmungsmaßnahmen und -berechnungen schließen sich an. Es folgen die Strahlenexpositionen und die biologischen Wirkungen ionisierender Strahlen. Weitere Kapitel sind der Inkorporation radioaktiver Stoffe sowie den vorbeugenden und therapeutischen Maßnahmen gewidmet. Die rechtlichen Grundlagen, Rechtsvorschriften, Atomgesetz, Strahlenschutz- und Röntgenverordnung werden skizziert und interpretiert. Abschließend liegt der Schwerpunkt auf der praktischen Durchführung des Strahlenschutzes, Einrichtungen und Gegenstände werden erläutert sowie die Behandlung von radioaktiven Abfällen eingehend beleuchtet.

Ergänzend und vertiefend sind im Anhang nochmals mathematische Formulierungen von Strahlenschutzgrößen gegeben sowie eine Datenzusammenstellung in zahlreichen Abbildungen und Tabellen. Das Werk ist einem großen Leserkreis als zuverlässiges Nachschlagewerk für die Praxis des Strahlenschutzes gewidmet.

Ölwehrhandbuch – Bekämpfung von Ölunfällen im Inland und auf See

Herausgeber: Rainer Leo
Unter Mitarbeit von Dr. L. J. Gerschler, H. Gödjen, R. Leo, R. H. Lillie, B. Nill, Dr. G. Rüdiger, D.-U. Spengler und Dr. W. Stegemann
K. O. Stork Verlag,
2000 Hamburg 50

Erstmalig ist in deutscher Sprache ein Handbuch erschienen, das die Maßnahmen zur Bekämpfung von Ölunfällen umfassend darstellt. Das Handbuch geht in den sechs Kapiteln auf physikalische und chemikalische Eigenschaften von Ölen, Verhalten und Eigenschaften nach Unfällen, Vorsorgeplanung, Ölunfallbekämpfungsmethoden, Reinigungsmethoden und Zuständigkeiten ein.

Die Texte werden durch Farbfotos und über 80 Graphiken und Illustrationen unterstützt. Im Anhang ist ein Verzeichnis der Lieferanten von Ölunfallbekämpfungsmethoden zu finden. Dieses Buch ist eine wichtige Hilfe für Mineralölgesellschaften und -firmen, Schiff-fahrtsbetriebe, Umwelt- und Wasserbehörden, Feuerwehren, THW, die Polizei, Sanierungsbetriebe und für die Industrie.

Feuerwehr-Welt-Album

Faksimile-Ausgabe
Kolumbus GmbH, Dietzenbach

Der Nachdruck des 1894 unter dem Titel „Feuerwehr-Welt-Album“ in Luxemburg erschienenen Werkes stellt die führenden Männer des Feuerwehrwesens der damaligen Zeit vor. Das Buch enthält die Porträts und Biografien von 72 vorwiegend europäischen Feuerwehrführern. „Weil das große internationale Institut der freiwilligen Feuerwehren deshalb um so mehr gefördert wird, je enger die kameradschaftlichen Beziehungen sind, welche die leitenden Feuerwehrräfte der Staaten untereinander verbinden, hatte ich bei der Herausgabe des vorliegenden Werkes den Zweck im Auge, es möchte das ‚Feuerwehr-Welt-Album‘ diese ‚engeren Beziehungen‘ im allgemeinen Interesse fördern helfen“, schreibt der Verfasser im Vorwort.

Ergänzt wird das zweisprachig – deutsch/französisch – angelegte Buch durch einen Anzeigenteil, der einen Einblick in die Ausrüstung der Feuerwehr vor der Jahrhundertwende gibt. Für den an der Feuerwehrgeschichte Interessierten stellt das Buch eine aufschlußreiche Lektüre dar.

„Die Roten Hefte“

Begriffe, Kurzzeichen, graphische Symbole des deutschen Feuerwehrwesens

Von Seidel/Hahn/Zacher
Heft 53, 1. Auflage
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Das vorliegende Heft, das die Reihe „Die Roten Hefte“ erweitert, bietet eine handliche Zusammenstellung von Begriffen, Kurzzeichen und graphischen Symbolen des deutschen Feuerwehrwesens. Dem Feuerwehrmann stellt sich damit eine Hilfe dar, mit der sich die Begriffs- und Zeichenvielfalt der Fachwelt leichter verstehen läßt. Das Thema wird besonders leicht verständlich durch den alphabetischen Aufbau, der dem Heft einen lexikalischen Charakter verleiht.

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Lüttgen/Biese/Kerutt/Versen
Handbuch des Rettungswesens
22. Ergänzungslieferung
Verlag v. d. Linnepe, Hagen

Die Ergänzungslieferung umfaßt die Abschnitte Rechtsgrundlagen, Organisation und Rettungsmittel. Neben zahlreichen Änderungen und Ergänzungen enthält die Lieferung die Bekanntmachung zur Alarmierung der Rettungsdienste zu Einsätzen der Feuerwehr in Bayern und ein aktuelles Gerichtsurteil über Schadenersatzansprüche aus Anlaß eines Arbeitsunfalles im Rettungsdienst.

Neu aufgenommen wurden ebenfalls die technische Beschreibung des Notarzt-Einsatzfahrzeugs nach DIN 75079 sowie das Ergebnis einer Umfrage zur medizinischen Ausstattung der Rettungshubschrauber.

Gerdemann/Korbmann/Kutter/
Stramka
Krankentransport und
Rettungswesen
21. Ergänzungslieferung
Erich Schmidt Verlag, Bielefeld

Der Schwerpunkt der 21. Lieferung zum Handbuch liegt bei der Komplettierung der Rechtsprechungs-Sammlung, die durch zahlreiche aktuelle Urteile aus den Bereichen Krankentransport und Rettungsdienst ergänzt wird. Außerdem enthält die Lieferung Verträge und Vereinbarungen, womit das Landesrecht Baden-Württembergs, Niedersachsens und Rheinland-Pfalz auf den neuesten Stand gebracht wird.

Paul Claes

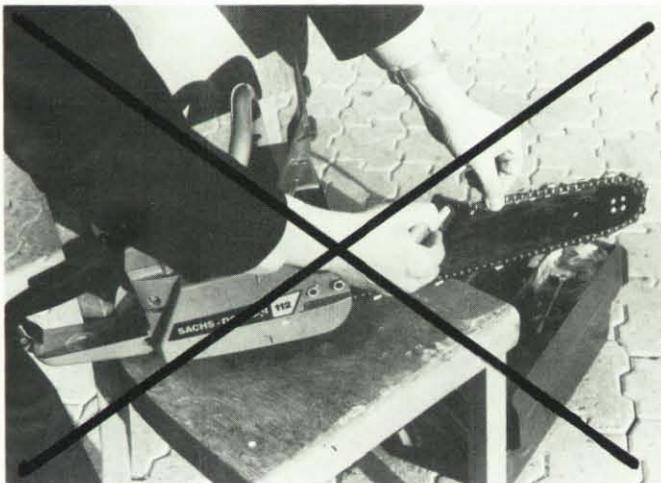
Das Minimagazin

Safety first – im Brandschutzdienst

Die jeweilige Paragraphenangabe bezieht sich auf die Unfallverhütungsvorschrift Feuerwehren vom 1. Juli 1972.



Schadhafte Ausrüstungen, Geräte und Fahrzeuge dürfen nicht benutzt werden; sie sind . . . der Benutzung zu entziehen (E zu § 5).
Fahrzeuge mit Führerhaus müssen mindestens zwei Rückspiegel haben . . . (§ 13 [1] UVV „Fahrzeuge“)



. . . Das Reinigen schneidender Maschinenteile darf nicht mit ungeschützten Fingern vorgenommen werden. (§ 7 [3] UVV „Forsten und Baumpflanzungen“)



Zum Erreichen oder Verlassen der Fahrer-, Beifahrer- und Mitfahrerplätze sowie der Arbeitsplätze auf Fahrzeugen sind die vorhandenen Aufstiege und Haltegriffe zu benutzen (§ 34 [1] UVV „Fahrzeuge“)

Das verheerende Hochwasser und seine Folgeschäden



„Kölner Altstadt überflutet“ und „Katastrophenalarm in Trier“ – Schlagzeilen vom Hochwasser, das an Rhein und Mosel im April die angrenzenden Städte und Dörfer bedrohte. Die Hilfsorganisationen hatten alle Hände voll zu tun, um Menschen in Sicherheit zu bringen und Güter vor dem Hochwasser zu schützen.

Während in Köln der Pegel des Rheins 9,80 Meter anzeigte, wurde von den Behörden in Trier Katastrophenvoralarm gegeben: Das Hochwasser hatte verheerende Ausmaße angenommen, die Mosel die Zehn-Meter-Marke überschritten und damit den höchsten Wasserstand seit ihrer Kanalisierung im Jahre 1964 erreicht.

Das „Zivilschutz-Magazin“ berichtete in der April-Ausgabe bereits ausführlich über das Hochwasser in Köln. Über die Situation an der Mosel und die Folgeschäden des Hochwassers insgesamt finden unsere Leser eine Zusammenfassung in diesem Heft.